



84. Sitzung

Mittwoch, 04. Juli 2007

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten 4439 A

Abwicklung und Ergänzung der
Tagesordnung

4439 A

Zur Geschäftsordnung

4439 A

Klaus-Peter Hesse CDU

4439 A

Britta Ernst SPD

4439 C

Jens Kerstan GAL

4439 D

Beschluss

4440 A

Bernd Reinert CDU

4449 A

Gesine Dräger SPD

4449 D

Jens Kerstan GAL

4450 C

Gunnar Uldall, Senator

4451 A, 4452 A

Barbara Ahrons CDU

4452 B

Hans-Christoff Dees SPD

4453 A

Gudrun Köncke GAL

4453 D

Aktuelle Stunde

4440 A

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von zwei vertretenden Mitgliedern der Kommission für Stadtentwicklung

– Drs. 18/6520 –

4454 C

Ergebnisse

4464 C

Fraktion der GAL:

Krümmel, Brunsbüttel, von Beust: Still- legen statt verlängern

Christa Goetsch GAL

4440 B

Hartmut Engels CDU

4441 A

Dr. Monika Schaal SPD

4441 D

Gunnar Uldall, Senator

4442 D

Christian Maaß GAL

4443 D, 4446 D

Jenspeter Rosenfeldt SPD

4444 D

Rüdiger Kruse CDU

4445 C

Thomas Böwer SPD

4446 B

Dr. Diethelm Stehr CDU

4447 D

Jens Kerstan GAL

4448 C

Senatsmitteilung:

Hamburg schützt seine Kinder

- Drs. 18/6369 -

4454 D

Dirk Kienscherf SPD

4454 D, 4464 A

Egbert von Frankenberg CDU

4456 B, 4462 A

4463 D

Christiane Blömeke GAL

4457 C, 4462 B

4463 A

Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin

4459 A

Carola Veit SPD

4460 C, 4461 C

Dr. Andrea Hilgers SPD

4463 B

Manuel Sarrazin GAL

4464 B

Beschluss

4464 D

Fraktion der CDU:

Wirtschaftswachstum und Arbeits- markt: Hamburg ist und bleibt der Mo- tor Norddeutschlands

Bericht des Verfassungsausschusses:

Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft

- Drs. 18/6495 -

4464 D

dazu

Antrag der Fraktion der GAL:

Änderung des Wahlrechts zur Bürgerschaft

- Drs. 18/6583 -

4465 A

Farid Müller GAL

4465 A, 4473 B

Kai Voet van Vormizeele CDU

4466 B, 4473 D

Dr. Andreas Dressel SPD

4468 B, 4472 B

Dr. Till Steffen GAL

4469 C

Dr. Manfred Jäger CDU

4470 D

Dr. Willfried Maier GAL

4471 C

Bernd Reinert CDU

4471 D

Beschlüsse

4474 B

und

Antrag der Fraktion der GAL:

Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit

- Drs. 18/6580 -

4491 C

sowie

Antrag der Fraktion der CDU:

Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit

- Drs. 18/6581 -

4491 C

Tanja Bestmann SPD

4491 D

Harald Krüger CDU

4493 B

Katja Husen GAL

4494 C

Olaf Böttger CDU

4495 C

Beschlüsse

4495 C

Bericht des Haushaltsausschusses:

Teilbörsengang der Hamburger Hafen- und Logistik Aktiengesellschaft

- Drs. 18/6550 -

4474 C

dazu

Antrag der Fraktion der GAL:

Teilprivatisierung der HHLA ohne Einflussverlust für Hamburg

- Drs. 18/6584 -

4474 D

Rüdiger Kruse CDU

4474 D

Gesine Dräger SPD

4475 D, 4490 C

Jens Kerstan GAL

4478 D, 4486 B

4488 A

Dr. Michael Freytag, Senator

4481 B

Ingo Egloff SPD

4483 C

Thies Goldberg CDU

4485 B, 4487 C

Gunnar Uldall, Senator

4488 C

Beschlüsse

4491 A

Antrag der Fraktion der CDU:

Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" Klimaschutz macht Schule

- Drs. 18/6511 -

4496 B

Beschlüsse

4496 B

Senatsmitteilung:

Krankenhausinvestitionsmittel

- Drs. 18/6270 -

4496 B

Beschlüsse

4496 C

Bericht des Haushaltsausschusses:

Ertüchtigung und Weiterentwicklung Hafenbahn

- Drs. 18/6549 -

4496 C

Beschlüsse

4496 C

Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz:

Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern

- Drs. 18/6484 -

4491 B

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit

- Drs. 18/6574 -

4491 C

A

Beginn: 15.00 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich beginne zunächst einmal mit ganz wichtigen Dingen, nämlich mit Geburtstagsglückwünschen. Ich freue mich ganz besonders, sie heute unserem Kollegen Uwe Grund aussprechen zu können. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nachdem wir fast das Wichtigste des heutigen Tages nun hinter uns gebracht haben,

(Zuruf von Werner Dobritz SPD)

habe ich Ihnen mitzuteilen, dass abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates die Tagesordnung um einen Punkt ergänzt werden soll. Es handelt sich dabei um den Bericht des Wissenschaftsausschusses aus der Drucksache 18/6560, der als Tagesordnungspunkt 48a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen worden ist. Der Bericht liegt Ihnen vor. Er wird morgen gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 47 zur Debatte aufgerufen werden.

Mir ist sodann mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der CDU-Fraktion vor Eintritt in die Tagesordnung gemäß Paragraph 44 in Verbindung mit Paragraph 26 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung das Wort gewünscht wird. Der Abgeordnete Hesse bekommt es.

B

Klaus-Peter Hesse CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion beantragt nach Paragraph 26 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft, für den Tagesordnungspunkt 34b, Drucksache 18/6550: Teilbörsengang der Hamburger Hafen- und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA), die Abstimmung über die zweite Lesung der Drucksache für morgen, Donnerstag, den 5. Juli vorzusehen, sofern erstens der Senat heute einer sofortigen zweiten Lesung nicht widerspricht und zweitens es heute Widerspruch gegen eine sofortige zweite Lesung aus dem Hause gibt.

Die Begründung erschließt sich wahrscheinlich den meisten hier im Haus, denn die von mir genannte Drucksache zur Teilprivatisierung der HHLA war in mehreren Ausschüssen Beratungsthema. Sie war Gegenstand von zum Teil umfänglichen Beratungen und auch Sachverständigenanhörungen. Die Fraktionen selbst, die hier im Hause sitzen, haben im Zuge der Ausschussberatungen vereinbart, dass diese Drucksache bei der Doppelsitzung der Bürgerschaft, also heute und morgen, abschließend beraten werden soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese offensichtliche Bereitschaft, die es wohl einmal gab, gibt es anscheinend nicht mehr. Es geht aber heute – und das mag dem einen politisch gefallen oder nicht – um eine wichtige Weichenstellung für Hamburg, verbunden mit finanziellen Auswirkungen. Darüber werden wir uns nachher in der Debatte auch noch sehr ausführlich austauschen. Es gibt aber – und das ist uns als CDU-Fraktion auch sehr wichtig – keinen Grund, nach den zugrunde liegenden ausführlichen Beratungen die Beschlussfassung weitere zwei Monate zu verzögern. Wir wollen wichtige Themen auch nicht durch eine politisch motivierte Blockadehaltung in dieser Bürgerschaft verhin-

dern. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag. – Vielen Dank.

C

(Beifall bei der CDU)

Präsident Bernd Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Zu den Ausführungen von Herrn Hesse möchte ich sagen, dass es eine Vereinbarung gegeben hat, dass die Drucksache heute auf der Tagesordnung ist. Das ist sie, und insofern verstehe ich die Anmerkung nicht.

Ich will etwas Grundsätzliches sagen. In fast allen demokratischen Parlamenten gibt es die Möglichkeit, Gesetze in zwei Lesungen zu beraten. Das ist sozusagen ein eingebauter Qualitäts-TÜV für Gesetzesvorhaben, weil man verhindern will, dass Regierungen Vorhaben, die nicht abgewogen sind, unverhältnismäßig schnell durchpeitschen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Beratung der Drucksache heute wird zeigen, dass es notwendig wäre, diesen Qualitäts-TÜV sehr ernst zu nehmen, weil die Anhörung über den Börsengang der HHLA sehr deutlich gezeigt hat, dass es eine Reihe von Argumenten gibt, die dagegen sprechen, dieses zu tun, dass Sie die Interessen der Stadt nicht abgewogen behandelt haben und dass hier ein Ausverkauf des Hafens stattfinden soll. Deshalb werden wir der sofortigen zweiten Lesung heute nicht zustimmen. Wir appellieren an Sie: Nutzen Sie die Zeit, beraten Sie das, um diesen Entwurf zu verändern. – Danke.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Bernd Röder: Alsdann bekommt der Abgeordnete Kerstan das Wort.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hesse, wir werden heute der zweiten Lesung nicht zustimmen, gerade weil es eine wichtige strategische Entscheidung ist, um die es heute geht und weil wir kritisieren und auch schon in den Ausschüssen kritisiert haben, in welcher unheiliger Hast Sie eine solche wichtige Entscheidung durch die Ausschüsse und diese Bürgerschaft peitschen. Das wird dem Anlass dieser – wie auch immer sie ausgeht – historischen Entscheidung nicht gerecht, Herr Hesse.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn die Stadt seit 150 Jahren zum ersten Mal Teile eines solchen Unternehmens verkauft, Herr Hesse, hätten wir uns gewünscht, dass man, bevor so etwas passiert, Sachverständige anhört. Dazu mussten wir Sie erst bringen. Sie haben dem nur unter einer Bedingung zugestimmt, dass man erstens zunächst die Sachverständigen anhört, dass man zweitens sich gar nicht mehr darüber berät, sondern sofort im Anschluss an die Anhörung den Senat befragt und beschließt, wodurch diese Anhörung eine Farce geworden ist und drittens, dass es heute gleich auf die Tagesordnung gesetzt wurde, bevor die Kollegen auch nur die Gelegenheit bekommen haben, das Wortprotokoll dieser Anhörung zu lesen. Meine Damen und Herren, das ist wirklich ein unerhörtes Verfahren, das der Bedeutung dieser Entscheidung nicht gerecht wird. Ich möchte Sie auffordern, heute nicht darüber zu beschließen, sondern erst angemessen darüber

- A zu beraten und dann in einer zweiten Lesung die letzte Entscheidung zu treffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Ernst Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer dem CDU-Antrag folgen und zum Tagesordnungspunkt 34b am heutigen Sitzungstag die erste Lesung durchführen und für die morgige Sitzung die zweite Lesung vorsehen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? — Stimm-enthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Dann wird die erste Lesung zum Tagesordnungspunkt 34b heute im Anschluss an die dazu angemeldete Debatte erfolgen und die zweite Lesung am morgigen Sitzungstag durchgeführt.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion:

Krümmel, Brunsbüttel, von Beust, HafenCity: Viele Baustellen und verpasste Chancen

von der CDU-Fraktion:

Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt: Hamburg ist und bleibt der Motor Norddeutschlands

und von der SPD-Fraktion:

- B Hochschulkrise und Fachkräftemangel: Wie der Senat Hamburgs Talente vergraut

Ich rufe das erste Thema auf. Das Wort wird gewünscht von der Abgeordneten Goetsch, und sie bekommt es.

Christa Goetsch GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Atomkraftwerke sind und bleiben in diesem Jahrhundert lebensbedrohlich und unkontrollierbar. Die aktuellen schweren Störfälle in Brunsbüttel und Krümmel in den vergangenen Tagen sprechen für sich. Aber noch viel schlimmer ist, dass in der üblichen Beschwichtigungsmannier verkündet wird: Keine Gefahr für die Bevölkerung. Doch das, meine Damen und Herren, glaubt kein Mensch mehr. Heute wurde bekannt, dass auch in Krümmel der Reaktor selbst vom Störfall betroffen war, was zunächst erst einmal geleugnet wurde. Zudem haben Mitarbeiter per Hand mal Sicherheitsventile geöffnet, um den Druckabfall zu beeinflussen. Es gab Fehlfunktionen in der Pumpe im Kühlsystem. Das heißt, die Sicherheitssysteme funktionieren nicht.

Meine Damen und Herren und ganz besonders Herr Engels, weil Sie das im letzten Jahr bei "20 Jahre Tschernobyl" angemerkt haben, als Sie von sehr feiner Störfallprogrammatis in Deutschland gesprochen und das hochgelobt haben. Sie ist eben nicht vorhanden. Im Gegenteil, es lief immer nach demselben Motto: Erst einmal beruhigen und dann alles herunterspielen. Jetzt kommt sukzessive die Wahrheit heraus und es zeigt sich wieder deutlich: Atomkraftwerke sind nicht sicher, sie sind hoch gefährlich und dass Sie, Herr von Beust, noch über Laufzeitverlängerung nachdenken, ist mir unbegreiflich.

(Beifall bei der GAL und der SPD - *Michael Neumann SPD:* Das gilt auch für den Bürgermeister!)

Meine Damen und Herren! Deshalb müssen Krümmel und Brunsbüttel so schnell wie möglich abgeschaltet werden.

(*Michael Neumann SPD:* Herr von Beust auch!)

Wir alle wissen, dass diese beiden Atomkraftwerke eine ganz traurige Spitzenreiterfunktion in der Pannenstatistik haben. In Krümmel im vergangenen Jahr 16 Störfälle, in Brunsbüttel 9. Seit Bestehen in Krümmel 303 Störfälle, in Brunsbüttel 427. Brunsbüttel hält noch einen weiteren traurigen Rekord, nämlich seit der Inbetriebnahme im Jahre 1976 summieren sich allein die längeren Stillstandszeiten auf rund sechseinhalb Jahre. Kein anderer deutscher Reaktor musste so lange abgeschaltet werden und in jeder Pannensituation wieder das Motto Wirtschaftlichkeit vor Sicherheit. Es ist eben doch so, dass die Atomkraftwerke in Westeuropa nicht sicherer sind als in der ehemaligen Sowjetunion, Herr Engels, sie sind genauso gefährlich.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Auffällig ist doch, dass alle schweren Störfälle in Kraftwerken vorgefallen sind, die von Vattenfall und E.ON betrieben wurden. Das trifft auf Krümmel zu, auf Brunsbüttel, auf Ringhals, auf Forsmark, wo im vergangenen Juli fast ein Super-GAU stattgefunden hätte. Wo ist denn hier die Sicherheitskultur der Betriebe? Wo ist denn hier ein Hinterfragen der Sicherheitsmechanismen? Nichts.

Meine Damen und Herren! Eine Technologie, bei der ein Unfall eine Entvölkerung ganzer Landstriche zur Folge hätte, eine Technologie, die sich menschliches Versagen überhaupt nicht leisten kann, weil es unkontrollierbare Folgen hat, eine Technologie, wo auf keinen Fall ein Fehler passieren darf, weil es sonst verheerende Folgen hat, eine solche Technologie dürfen wir uns nicht erlauben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der Atomausstieg, der unter Rot-Grün ausgehandelt wurde, sicherlich nicht einfach und nicht leicht erreichbar – ich möchte an dieser Stelle nicht darüber reden, dass mir persönlich die Laufzeiten immer noch zu lang sind –, aber ich freue mich über jeden Tag, an dem ein Reaktor seinem letzten Betriebstag wieder einen Tag näher gekommen ist und ich freue mich über jeden Tag, an dem nichts passiert ist. In solch einer Situation, Herr von Beust, reden Sie von längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke. Brunsbüttel, dieser Schrottreaktor soll fünf Jahre länger laufen. Da sträuben sich bei mir alle Nackenhaare. Das ist unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Herr von Beust und Sie von der CDU spielen russisch Roulette mit den Hamburgerinnen und Hamburgern. Es geht hier um öffentliche Sicherheit, die Sie sonst immer so wichtig nehmen.

(*Wolfhard Ploog CDU:* Ist auch wichtig!)

Und bringen Sie an dieser Stelle bitte nicht das Argument mit dem von Ihnen neu entdeckten Klimaschutz ins Spiel. Sie können nicht leugnen, dass die CDU Deutschland immer mit Atomstrom versorgen wollte. Sie haben immer schon behauptet, dass diese Technologie sicher sei, und Sie wollten immer den Atomausstieg rückgängig machen.

- A Jetzt ist Ihnen dafür jedes Argument recht, auch der Klimaschutz, weil der gerade so modern ist.

Meine Damen und Herren! Klimaschutz versus Atomausstieg geht mit uns nicht. Wir sagen weiterhin: Atomkraft – nein danke. Wir brauchen dringend den Ausstieg. Hören Sie auf, Herr von Beust, von längeren Laufzeiten zu reden. Wir müssen dringend sofort diese beiden Kraftwerke abschalten. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Ernst Röder Dann bekommt der Abgeordnete Engels das Wort.

Hartmut Engels CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir von der CDU nehmen Störfälle natürlich sehr ernst, insbesondere, wenn sie in der Nähe von Kernkraftwerken stattgefunden haben. Aber es geht nicht – und da sind Ihnen wirklich die Gäule durchgegangen, Frau Goetsch –, hier nur mit Hysterie und Angstmacherei zu argumentieren, obwohl Sie es eigentlich besser wissen.

(Beifall bei der CDU)

Ich nehme noch einmal Ihre Begriffe auf: Russisch Roulette, der Unfall kann ganze Landschaften betreffen. Ihnen glaubt kein Mensch mehr. Das waren Ihre Eingangsworte. Sie wissen ganz genau, dass beide Unfälle außerhalb der eigentlichen Kernkraftbereiche stattgefunden haben. Die Behauptung, die Sie von Greenpeace übernommen haben, der Brand in der Trafostation hätte über Kabel in das Kernkraftwerk eindringen können,

(*Christian Maaß* GAL: Dann lesen Sie mal Zeitung heute!)

B

zeugt von absolut fehlender Sachkenntnis, auch von einigen Zeitungen, Herr Maaß.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen habe ich genau hingehört, was Sie gesagt haben: Eine Abschaltung so schnell wie möglich. Das klang schon einmal anders. Sie sprachen von Abschaltung sofort. So schnell wie möglich wollen alle in diesem Land, sofern sich andere Ziele der Energieversorgung erreichen lassen. Das ist doch selbstverständlich.

(*Jens Kerstan* GAL: Wir sind gesetzestreu, Sie nicht! – *Christa Goetsch* GAL: Wo wollen Sie mit dem Atommüll hin?)

Unsere Politik zielt eben darauf hin ...

(*Michael Neumann* SPD: Öffentlicher Aufruf zum Rechtsbruch!)

– Öffentlicher Aufruf zum Rechtsbruch. Ja, das wäre es auch, denn wenn die GAL-Ziele – auch was Moorborg betrifft – wirklich durchgesetzt werden würden, dann würde das mindestens hart am Rande des Rechtsbruchs verlaufen. Wenn Sie die politische Verantwortung tragen würden, könnten Sie diese Kraftwerke ebenfalls nur unter großen Schwierigkeiten vermeiden. Das ist die Tatsache.

(Beifall bei der CDU)

Denn Sie – auch die GAL, die Grünen – haben dem Ausstiegskonsens zugestimmt und dieser Ausstiegskonsens macht das Betreiben der beiden Kernkraftwerke aber auch den Bau neuer Kraftwerke möglich.

(Zurufe von der GAL: Nein!)

C

Sie stecken sich jetzt in billiger Panikmache aus dieser Mitverantwortung und das finde ich nicht richtig.

Im Übrigen, wenn ich einmal an die Debatten um das Wahlrecht zurückerinnere, wo Sie häufig von der Würde des Menschen und so weiter geredet haben, die Art und Weise, wie Sie Angstmacherei betreiben, ist entwürdigend für alle Menschen, die sich nicht so intensiv mit den Dingen beschäftigen können, wie Sie das zum Beispiel können. Dieses lehnen wir ausdrücklich ab. Das haben die Menschen in unserem Lande nicht verdient.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben verdient, dass ihre Ängste wahrgenommen werden, aber sie haben es auch verdient, dass ihre Ängste ernst genommen werden, das heißt, dass ernsthaft über Ursachen nachgedacht wird. So wie Sie das geschildert haben, Frau Goetsch, ist das absolut fehl am Platze gewesen. Es bestand zu keiner Zeit irgendeine Gefahr für die Kernkraftwerke selber und erst recht nicht für die Menschen in Hamburg und in der Umgebung der Kraftwerke.

(Beifall bei der CDU - *Antje Möller* GAL: Das wissen Sie doch überhaupt nicht!)

Dies hier zu verkündigen, ist absolut falsch.

Nun komme ich noch einmal auf einen anderen Punkt zurück. Wir wollen alle – und das ist auch mit dem Energiegipfel in Berlin klargemacht worden, auch durch unsere Parteivorsitzenden und die Bundeskanzlerin – die großen Ziele anstreben: 40 Prozent CO₂-Reduktion, drei Prozent jährlich mehr Energieeffizienz und so weiter. Das wollen wir alle. Der Unterschied ist lediglich, dass wir von der CDU für den Fall, dass es nicht klappen sollte mit den sehr waghalsigen Prognosen, die dem zugrunde liegen, eine Sicherheit einbauen. Wir wollen sozusagen eine Lebensversicherung für die Energieversorgung unseres Landes.

(*Michael Neumann* SPD: Atomenergie ist also eine Lebensversicherung!)

Das bedeutet auch eine Versicherung der Menschen, was Einkommen und Wohlstand betrifft, und dieses müssen wir in einer sorgfältigen Vorsorge mit einkalkulieren. Was wir machen, ist Vorsorge, dass wir überlegen, wie wir mit den Laufzeiten der Kernkraftwerke umgehen, wenn andere Pläne nicht klappen sollten.

(Zuruf von *Antje Möller* GAL)

– Frau Möller, Sie wissen ganz genau, dass drei Prozent jährliche Steigerung der Energieeffizienz auch bei Ihnen nahestehenden Forschungsinstituten sehr, sehr umstritten ist. Wir verlassen uns nicht nur auf waghalsige Prognosen, sondern bauen eine Energieversorgung mit Rückversicherung ein. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es um Atomkraft geht, Herr Engels, verlässt Sie offensichtlich die Wahrnehmungsfähigkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Michael Neumann* SPD: Nicht nur die!)

D

- A Sie haben wohl gestern Abend die Nachrichten nicht gehört und nicht zur Kenntnis genommen, dass der Sprecher von Vattenfall entgegen den bisherigen Aussagen mitgeteilt hat, dass der Reaktor doch in Mitleidenschaft gezogen wurde durch den Brand im Trafobaus.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Stimmt doch gar nicht!)

Aber nicht einmal vor diesem Hintergrund, wenn so etwas passiert, lässt die CDU davon ab, Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke zu verlangen, aller Beteuerungen Ihrer Bundeskanzlerin zum Trotz, meine Damen und Herren, die öffentlich weiterhin zum Atomausstieg steht und damit auch koalitionsfest ist.

Aber die Laufzeitverlängerung ist der CDU so wichtig, dass sie dieses Thema sogar in ihr Grundsatzprogramm hineingeschrieben hat, offensichtlich als Zückerli für die Stromwirtschaft. Das ist eine ganz üble Doppelstrategie, meine Damen und Herren.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Übel ist Ihre Rede!)

Wem gefallen Sie eigentlich mit solchen Dingen? Doch nur den Strombossen.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Der Strom kommt aus der Steckdose!)

Seriöserweise muss man doch feststellen, dass die Bevölkerung überhaupt kein Interesse mehr an Atomkraft hat, wenn Sie einmal seriöse Umfragen heranziehen. Die Mär von der sauberen Atomenergie, die uns aus der Klimafalle retten soll, glaubt Ihnen doch keiner mehr und nach den Bränden von zwei Reaktoren sowieso nicht.

- B Schauen Sie sich doch einmal die Reaktoren an. Frau Goetsch hat es bereits gesagt. Brunsbüttel ist mehr als sechseinhalb Jahre seiner 30-jährigen Laufzeit nicht am Netz, weil so viele Störfälle waren, und Krümmel hat es im letzten Jahr sozusagen zum Störfallweltmeister bei den Atomkraftwerken geschafft. Es ist doch völliger Irrsinn, diesen Reaktor in Brunsbüttel noch weiterlaufen zu lassen, und ich bin froh, dass Bundesminister Gabriel eine Laufzeitverlängerung für Brunsbüttel abgelehnt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es gibt keinen Grund, von dem vor sieben Jahren mühsam mit der Industrie ausgehandelten Vertrag über die Beendigung der Laufzeit der Atomreaktoren Abstand zu nehmen. Im Gegenteil. Die nationale Klimaschutzstrategie sieht vor, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent zu senken, davon 20 Prozent durch verstärkte Effizienz zu erreichen und 20 Prozent durch erneuerbare Energietechniken einzusparen. So hat das auch die Kanzlerin gestern nach dem Energiegipfel erklärt. Sie hat offensichtlich – das finde ich sehr bemerkenswert – der Stromlobby einen Korb erteilt und auch ihren bärbeißigen Wirtschaftsminister Glos zurückgewiesen. Die Effizienzziele bleiben – alle Achtung. Doch hier ist wieder die gleiche Doppelzüngigkeit, meine Damen und Herren. In ihrem Grundsatzprogramm hat sich die CDU längst von den nationalen Klimazielen verabschiedet und spricht nur noch von einer 30-prozentigen CO₂-Minderung bis 2020. Hat der Klimakommissar von Beust vielleicht diese Passagen ins Grundsatzprogramm der CDU geschrieben? Wir wissen ja, dass auch Herr von Beust die Atomkraftwerke länger laufen lassen will, obwohl das für den Klimaschutz nichts bringt. Trotzdem will

Herr von Beust Hamburg zur Hauptstadt des Klimaschutzes machen.

C

Meine Damen und Herren! Das versprochene Klimaschutzprogramm für Hamburg lässt immer noch auf sich warten. Erst hieß es, es kommt vor der Sommerpause – dann hätten wir jetzt darüber diskutiert –, dann hieß es, es kommt noch im August und jetzt wird es wohl erst im September kommen oder wird es vielleicht noch später, meine Damen und Herren?

Anträge zum Klimaschutz, wie sie von der GAL und der SPD eingebracht wurden und im Ausschuss vorliegen, werden immer wieder vertagt. Man muss doch mal sehen, dass sich der Bürgermeister in Wahrheit in einer elenden Zwickmühle befindet. Er hat zugelassen, dass das Kohlekraftwerk Moorburg doppelt so groß gebaut wird wie die Investoren ursprünglich selbst vorhatten. Damit wird die Klimabilanz dieser Stadt um sieben bis acht Millionen Tonnen pro Jahr zusätzlich belastet. Da helfen keine Rechenricks und keine Methodentricks, meine Damen und Herren.

Zum Vergleich: Pro Jahr spart Hamburg mit dem vom Senat abgemagerten Förderprogramm Arbeit und Klimaschutz gerade mal 65 000 Tonnen CO₂ ein. Mit seinem Lieblingsprogramm fügt der Senat noch mal 61 000 Tonnen hinzu. Das ist das, was im Rahmen Ressourcenschutz von den Unternehmen beigetragen wird. Mit diesen circa 120 Tonnen CO₂-Einsparungen pro Jahr wollen Sie sieben bis acht Millionen Tonnen CO₂-Emissionen aus Moorburg wieder wettmachen. Das ist doch lächerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D

Hier wird doch das Dilemma ganz deutlich, in das sich der Bürgermeister durch seine Kraftwerkspläne gebracht hat. Die Stadt müsste 70 bis 80 Mal höheren Aufwand betreiben, um die CO₂-Emissionen von Moorburg wieder wettzumachen. Falls er Hamburg zur Klimaschutz-Hauptstadt machen will, bleibt dann vielleicht noch die Illusion von CO₂-freien Kraftwerken, aber die sind noch nicht im Angebot, meine Damen und Herren.

Was wir für Hamburg brauchen, ist ein intelligenter Energiemix, mehr Effizienz und mehr erneuerbare Energien. Das wird dazu führen, dass der Wettbewerb auf dem Strommarkt endlich in Gang kommt, dass die Energiekosten sinken ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, darf ich Ihnen einmal mitteilen, dass dieses rote Licht da vorne heißt, dass Sie die fünf Minuten überschritten haben.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): ... und dass – ich wartete auf Ihre Klingel – wir dann auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. - Vielen Dank.

(Glocke – Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Frau Abgeordnete, so geht es nicht. Senator Uldall bekommt das Wort.

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ohne Zweifel ein ungewöhnlicher Vorgang, wenn es am gleichen Tag in zwei Kernkraftwerken Norddeutschlands zu Störfällen kommt.

A (Dr. Andrea Hilgers SPD: In der Tat!)

Das kann man gut nachvollziehen, dass das die Menschen verunsichert und sie beunruhigt reagieren. Aber, meine Damen und Herren, dieses ist kein Grund, eine sachliche Debatte über die Energieversorgung in Norddeutschland umzumünzen in einen polemischen Ausfall zu aktuellen Tagesfragen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist keine Frage, dass die Vorfälle der letzten Tage den Senat nicht unbeeindruckt lassen und dass wir uns veranlasst sehen, mit großer Wachsamkeit und Aufmerksamkeit die Vorgänge vor den Toren Hamburgs zu beobachten und eine sehr sorgfältige Beurteilung vorzunehmen, soweit wir dieses von Hamburg aus vornehmen können, denn die verantwortlichen Institutionen für die Reaktorsicherheit sind nicht in Hamburg, sondern in Kiel. Dieses konnte man bei den vorhergehenden Debattenbeiträgen der Oppositionsredner manchmal vergessen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Dr. Monika Schaal SPD: Telefon ist schon erfunden!)

Ich meine, dass wir uns in Ruhe und Sachlichkeit mit diesem ernstesten Thema auseinandersetzen müssen. Deswegen möchte ich drei Punkte festhalten.

Erstens: In beiden Kraftwerken kam es zu Schnellabschaltungen. Dieses hat ordnungsgemäß funktioniert, ohne dass es zur Gefährdung von Menschen und Umwelt gekommen ist. So, meine Damen und Herren, nicht der Hamburger Senat, sondern die Ministerin Trauernicht in Kiel. Sie ist nicht der Senat und gehört Ihrer Partei an, Frau Schaal, und wird deswegen von Ihnen als Zeugin sicherlich auch akzeptiert werden.

B

Da es bei der Schnellabschaltung in Brunsbüttel zu Auffälligkeiten gekommen war, hat die zuständige Aufsichtsbehörde in Schleswig-Holstein eine intensive Prüfung unter Einbeziehung von Gutachtern des TÜV und des Germanischen Lloyds durchgeführt. Diese Überprüfung hat ergeben, dass die Auffälligkeiten nach den Abhilfemaßnahmen keinen Einfluss mehr auf die Sicherheit der Kernkraftwerke haben.

Zweitens: Das Ministerium in Kiel hat daraufhin das Wiederanfahren des Kernkraftwerks genehmigt und Brunsbüttel ist damit drei Tage nach dem Kurzschluss und der Schnellabschaltung wieder ans Netz gegangen.

Drittens: Das Kernkraftwerk Krümmel bleibt weiter abgeschaltet, sodass auch das zutrifft, was ich zu Brunsbüttel sagte, dass diese Entscheidung der für die Reaktorsicherheit zuständigen Stellen in Schleswig-Holstein ist. Erst vier Tage nach dem Feuer in dem Nebengebäude auf dem Gelände des Reaktors konnten sich die Brandexperten des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein ein Bild von der Lage machen.

Seit vorgestern sind die Experten der Reaktorsicherheitsbehörden und der obersten Baubehörden gemeinsam wiederum mit Sachverständigen des TÜV-Nord und des Germanischen Lloyds dabei, die Ursachen des Vorfalles aufzuklären.

Frau Ministerin Trauernicht hat am Dienstag, dem 3. Juli 2007, ein schnelles Wiederanfahren des Reaktors ausgeschlossen. Dieser bleibt abgeschaltet.

Meine Damen und Herren! Das ist die Sachlage, wie ich sie geschildert habe, und jetzt können wir nüchtern und sachlich Folgendes festhalten: Die Störungen in Krümmel und Brunsbüttel waren konventioneller Art und standen nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Nuklearbetrieb der Anlage. Beide Kernkraftwerke befanden sich – so bewerte ich nach wie vor die veröffentlichten Feststellungen der Ministerin Trauernicht – die ganze Zeit über in einem sicheren Zustand.

C

Für den Senat wiederhole ich mit aller Deutlichkeit: Der Senat wird äußerst aufmerksam die weiteren Abläufe und Untersuchungen beobachten. Wir haben keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass die Aufsichtsbehörde in Kiel ihre Prüfung mit größtmöglicher Sorgfalt und Gründlichkeit durchführt. Frau Ministerin Trauernicht wird das Wiederanfahren des Reaktors erst dann gestatten, wenn alle Fragen restlos geklärt sind.

Es ist für den Senat keine Frage, dass die Kernkraft nur in höchstmöglicher Sicherheit zu verantworten ist.

(Manuel Sarrazin GAL: Was ist höchstmögliche Sicherheit?)

Nur unter dieser Prämisse ist der Senat der Auffassung, dass für eine ausreichende und nachhaltige Energieversorgung als Übergangstechnologie auch die Kernenergie gehört.

Aus unserer Sicht ist der von Ihnen verfolgte Verzicht auf Kernkraftwerke unter den von Ihnen immer wieder genannten Prämissen für den Klimaschutz erst dann vorstellbar, wenn erneuerbare Energien in großem Umfang wettbewerbsfähig sind und neue Technologien ihre Marktreife erlangt haben. Wir müssen den erneuerbaren Energien die notwendige Zeit lassen, ihren erwarteten Beitrag für eine gesicherte Energieversorgung zu leisten.

D

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem es eben bei den Kollegen von SPD und GAL so klang, als seien sie gegen Kernenergie und gegen Kohlekraftwerke, wirft das natürlich die Frage auf, wie sie dann einen geordneten und zukunftsfähigen Energiemix miteinander sichern wollen. Diese Frage hat die Opposition zu beantworten. Aus dieser Verantwortung lassen wir Sie nicht heraus.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Alsdann bekommt das Wort der Abgeordnete Maaß.

(Antje Möller GAL: Erklär's ihnen!)

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist sicherlich auch eine Aussage. Der für Wirtschaft zuständige Senator hält hier eine Beschwichtigungsrede und der für Umwelt zuständige Senator ist noch nicht einmal da. So weit ist das in dieser Stadt gekommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zunächst zu Ihrem Wunsch, Herr Senator Uldall, wir sollten hier ruhiger debattieren. Es gibt für uns in Hamburg keinen Grund, nach diesen Störfällen ruhig zu sein. Im Gegenteil. Es gibt für die Menschen in Hamburg allen Grund, beunruhigt zu sein, solange die Reaktoren in Brunsbüttel und in Krümmel weiterlaufen sollen und solange dieser Senat auch noch die Verlängerung der

- A Laufzeiten dieser Schrottreaktoren fordert. Darum geht es, Herr Uldall.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Was bedeutet diese Laufzeitverlängerung, die Sie auch heute wieder gefordert haben, erstens für die Sicherheit Hamburgs, zweitens für die Versorgungssicherheit unserer Stadt und unserer Industrien – auch darüber will ich sprechen, wenn schon der Wirtschaftssenator hier spricht – und was bedeutet das für den Klimaschutz.

Zum ersten Punkt, zur Sicherheit: Dazu muss man zunächst feststellen, dass Vattenfall auch bei diesem Zwischenfall wieder nach dem Motto verfahren ist: Täuschen, Tricksen, Tarnen. Zunächst wird abgestritten, dass es einen Zusammenhang zwischen den beiden Störfällen gegeben hat, dann wird beschwichtigt und gesagt, alles sei nicht so schlimm, und anschließend werden die Informationen häppchenweise herausgelassen.

Ich will noch ein Wort dazu sagen, was der Wirtschaftssenator eben angesprochen hat, dass der Reaktor gar nicht betroffen gewesen sei. Ich möchte zitieren, was ein Sprecher der zuständigen schleswig-holsteinischen Atomaufsicht im Sozialministerium gesagt hat:

"Es habe drei Störungen gegeben, die Vattenfall bislang nicht veröffentlicht habe. Die Störungen beeinflussten offenbar die Wasserversorgung des Reaktors. Es sei durch unplanmäßiges Öffnen von zwei Sicherheits- und Entlastungsventilen und dem Ausfall von mehreren Reaktorspeisewasserpumpen zu einem schnellen Druck- und Füllstandsabfall im Reaktordruckbehälter gekommen."

B

Das waren also schwerwiegende Störungen im höchst sensiblen Bereich eines Reaktors, die letztendlich dazu führen können, dass es zur Freisetzung von Radioaktivität kommt. Ich halte es für unverantwortlich, Herr Senator, das abzustreiten und uns zu beschwichtigen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es war bemerkenswert, dass es hier offenbar eine Kettenreaktion gegeben hat, mit der niemand gerechnet hat: erst ein Brand in Brunsbüttel, dann ein Zusammenbruch im Hamburger Stromnetz und anschließend wieder ein Brand in Krümmel. Zunächst hatte Vattenfall gesagt, es gäbe keinen Zusammenhang zwischen diesen Vorfällen. Mit anderen Worten: So etwas kann in den Atomkraftwerken von Vattenfall rein zufällig auch gleichzeitig passieren; wir haben ohnehin so viele Pannen, das kann einmal vorkommen.

Wer so verfährt, wer sagt, dass zwei schwerwiegende Vorkommnisse durchaus nebeneinander vorkommen können, weil die AKW so sicher sind, der handelt leichtfertig. Das sagt einiges über die Sicherheitskultur in diesem Unternehmen aus.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Diese Kettenreaktion, von der wir ausgehen müssen, zeigt, dass es bei Atomkraftwerken immer noch eine ganze Menge Fehler und Ursachenzusammenhänge gibt, mit denen auch heute – nach über 20 Jahren Betrieb von Atomkraftwerken – offenbar niemand rechnet. Eine Technologie, die im schlimmsten Falle zu solchen unliebsamen Überraschungen führen könnte – darauf möchte ich bestehen –, dass in Norddeutschland im breiten

Ausmaße Radioaktivität freigesetzt werden kann und unsere Stadt für mehrere Jahrzehnte zwangsevakuieren werden müsste, ist unverantwortbar.

C

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Deswegen fordern wir Grünen alle Hamburgerinnen und Hamburger und auch den Ersten Bürgermeister auf, sich von Vattenfall als Stromversorger endgültig zu trennen. Jede Glühbirne, die in dieser Stadt nicht mehr mit dem Strom aus den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel betrieben wird, ist ein Beitrag zur Sicherheit in dieser Stadt. Jede Bürgerin und jeder Bürger, die sich von Vattenfall trennen und zu einem Ökostromanbieter wechseln, leisten einen Beitrag zur Sicherheit in dieser Stadt und zum Klimaschutz.

(Beifall bei der GAL)

Zum Punkt der Versorgungssicherheit: Die Atomkraft sei ein Garant dafür, dass jederzeit genug Strom vorhanden ist. Bisher war immer das Argument, nur mit Atomkraftwerken sei sichergestellt, dass die Lichter in Hamburg nicht ausgehen.

In der letzten Woche hatten wir tatsächlich den Beweis, dass es die Atomkraftwerke waren – ich komme zum Schluss –, die dafür gesorgt haben, dass in Hamburg wortwörtlich die Lichter ausgegangen sind. So kann unsere Energieversorgung nicht weitergehen, wir brauchen dringend den Ausstieg.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rosenfeldt.

D

Jenspeter Rosenfeldt SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Uldall, Sie haben vor Hysterie und Polemik gewarnt. Ich finde auch, das sollte man dabei nicht an den Tag legen, und ich habe die Diskussion auch nicht so empfunden, sondern sie war außerordentlich sachlich.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

In der Diskussion, die jetzt anhand der beiden Störfälle über Kernenergie stattgefunden hat, gab es folgende Fragen: Sollen wir mit diesen Störfällen gelassen umgehen, nachdem wir wissen, wie oft Brunsbüttel kaputt war? Sollen wir gelassen damit umgehen und eine Diskussion, die Herr von Beust angefangen hat, über eine Verlängerung der Laufzeiten weiterführen, obwohl wir seit dem letzten großen Störfall in Brunsbüttel vor ungefähr drei Jahren wissen, dass wir nur mit sehr großem Glück an einem Riesenunfall vorbeigekommen sind, weil eine Rückschlagsklappe, die für den Druck, der sich intern bei der Wasserstoffexplosion entwickelt hat, nicht ausgelegt war, sich glücklicherweise verklemmt hat und nicht herausgefliegen ist. Es war also reines Glück.

Das also sollen wir ganz gelassen sehen und auch, dass der Betreiber sich wochenlang geweigert hat, in den inneren Bereich hineinzugehen, um nachzusehen, was passiert ist. Erinnern Sie sich noch daran? Wochenlang hat der Betreiber gesagt, liebe Aufsichtsbehörde, wenn ihr das wissen wollt, dann müsst ihr uns vorher mögliche Ausfallzeiten – für den Fall, dass nichts zu finden sein sollte – in zig Millionenhöhe garantieren, wenn wir den Reaktor nicht wieder anfahren dürfen. Als er dann aufgemacht wurde, weil die schleswig-holsteinische Regie-

A rung nicht nachgegeben hat, kam das Ergebnis heraus, dass wir nur ein "Sauglück" gehabt haben.

Es ist also keine Hysterie, keine Polemik, sondern eine sachliche Feststellung, dass die Betreiber aus meiner Erinnerung kein so hohes Maß an Vertrauen verdienen, wie es immer gesagt wird.

Erinnern Sie sich an das Atomkraftwerk Forsmark. Vattenfall sagt, das ist überhaupt nicht übertragbar auf andere Kernkraftwerke. Kurz danach heißt es, die Atomkraftwerke, die in Deutschland stehen, sind natürlich so ähnlich gebaut, da könne Ähnliches auftreten. Der größte Unfall ist beim Atomkraftwerk Forsmark nicht passiert, weil ein besonnener Mitarbeiter – entgegen den Sicherheitsvorschriften – den Reaktor auf andere Weise heruntergefahren hat. Hätte er das nicht getan – so war die anschließende Analyse –, hätte das Ding noch ein viel größeres Problem bereiten können. Vom GAU will ich hier gar nicht sprechen.

Ich habe in den letzten Jahren erfahren, wie Vattenfall vorgeht und wie es auch andere machen. Es ist ein ständiges Verschleiern und Verschleppen von Untersuchungen und es wird nie sofort mit klaren Ergebnissen an die Öffentlichkeit gegangen, es wird immer nur heruntergemeldet. Es ist unverantwortlich, dass dieser Senat dieses Spiel der Stromversorger mit betreibt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es gehört auch zur Ehrlichkeit, dass niemand in diesem Hause davon gesprochen hat, dass man alle Kernkraftwerke sofort abschalten solle. Wir wissen alle, dass das so nicht geht.

B Es gab eine sorgfältige, damals von allen getragene Vereinbarung auf Bundesebene, einen langsamen Ausstieg zu machen, der übrigens in der Weise erkaufte wurde – das sollte man auch dazu sagen –, dass die Rücklagen anders bewertet werden. Die Unternehmen mussten nicht so viel Steuern hinterlegen, damit, wenn die Kernkraftwerke später abgeschaltet sind, entsprechende Mittel zur Verfügung stehen, um alles zu entsorgen. Es wurden zugunsten der Energieversorger sehr viele Kompromisse geschlossen, die ihnen sehr viel Geld einbringen.

Auch in dieser Verlängerungsdebatte geht es hauptsächlich darum – das sollte man noch einmal offen sagen –, den Aktionären Geld in dreistelliger Millionenhöhe in die Kassen zu spülen. Bei einer Debatte, in der es um Sicherheit geht, sollte man auch erwähnen, dass hier eine Debatte um schlichte Zusatzprofite geführt wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein letztes Wort zu erneuerbaren Energien. Niemand – auch wenn Sie, Herr Uldall, den Eindruck erweckt haben – hat gesagt, wir schalten von heute auf morgen alle Atomkraftwerke ab. Aber diese Bundesregierung geht davon aus, dass bis zum Jahre 2020 erneuerbare Energien mindestens 27 Prozent der Energieversorgung liefern könnten. Diese Bundesregierung geht davon aus, dass wir sehr schnell eine CO₂-Minderung erreichen werden und deutlich mehr leisten könnten, als die Industrie, zu der auch die Energieversorger gehören, zu leisten bereit sind. Die Energieversorger kämpfen um möglichst lange Laufzeiten, möglichst wenig Erneuerung der Netze, möglichst wenige Investitionen in erneuerbare Energien wie Kraft-Wärme-Kopplung, die deutlich mehr bringen könnte, um entsprechend höhere Einnahmen zu erzielen.

C Dieses dürfen wir, die wir in der Verantwortung für die Bürger nicht nur dieser Stadt stehen, nicht mit betreiben. Wir müssen Verantwortung übernehmen und nicht auf Schleswig-Holstein und die Nachbarn zeigen, sondern selbst alles tun, um uns aus dieser Abhängigkeit und aus dieser hohen Gefahr zu befreien. Es war nicht nur Tschernobyl, es war auch Three Mile Island, und es hätten Brockdorf und Forsmark sein können. Dieses Risiko kann in Wirklichkeit niemand verantworten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kruse.

(Ingo Egloff SPD: Jetzt wird's wieder philosophisch!)

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Maaß hat gefragt, wo es denn mit der Stadt hingekommen sei. Die Antwort darauf ist: Herr Maaß, es ist zumindest dahin gekommen, dass Sie als erstes Thema etwas anmelden,

(Michael Neumann SPD: So wie das zweite Thema, das Sie angemeldet haben!)

über das wir hier nicht zu entscheiden haben. Sie haben sich wohl überlegt, das ist der große Vorzug daran – das kennen wir ja alle aus dem Osterspaziergang –, nichts ist schöner, als über Themen zu diskutieren, für die man nicht direkt verantwortlich ist.

(Zurufe von der SPD: Vogelstraußpolitik!)

- Nein, es ist nicht Vogelstraußpolitik, wir sind ein Landesparlament.

D Ich kann verstehen, dass Sie sich auf den Wahlkampf vorbereiten. Es scheint aber so, als hätten Sie den Hamburger Wahlkampf aufgegeben, denn Sie bereiten den Bundestagswahlkampf vor. Die Verlängerung von Laufzeiten ist ein Thema des Bundestagswahlkampfes.

(Dr. Till Steffen GAL: Können Sie mal zum Thema reden!)

Insofern ist Ihre Einschätzung, was die nächste Wahl angeht, richtig.

Das Netteste und auch das Leckerste an Ihrer Debatte – wenn ich einmal den Einstieg wählen kann – war der ...

(Zurufe von der SPD)

- Ich schaffe das. Im Gegensatz zu Ihren Kollegen schaffe ich das.

(Michael Neumann SPD: Sie schaffen mich langsam mit dem, was Sie erzählen!)

- Dass Sie nicht so belastbar sind, wissen wir. Deswegen stellen wir Sie auch von der Regierungsverantwortung frei.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Sie sind einfach dumm und arrogant!)

Um den Einstieg zu wählen, wie die Grünen es vorhin mit den netten Keksen gemacht haben, habe ich mir den Keks mit der zartbitteren Schokolade ausgesucht, weil das Thema tatsächlich so ist. Es ist aus Umweltsicht gesehen eine zartbittere Diskussion. Schuldig geblieben sind Sie die Antwort. Sie sagen, Sie wollen vor den Risiken der Kernenergie schützen, Sie sagen aber nicht, wie

- A Sie die Leute in dieser Hafenstadt und auch weltweit vor nassen Füßen schützen wollen. Sie wissen genau, dass es in dieser Debatte nicht darum geht, dass wir wie andere Länder dauerhaft auf neue Atomkraftwerke setzen wollen, sondern lediglich um die Wiederherstellung alter Laufzeiten, um den Übergangsgewinn für den Klimaschutz zu realisieren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dann ist es der richtige Weg, den unsere Bundeskanzlerin eingeschlagen hat, indem sie sagt, wir rechnen einmal die Szenarien durch, das liegt jetzt auf dem Tisch. Es gibt zwei Lösungen, die das Klimaziel erreichen. Die eine ist mit Atomkraftwerken mit einer Laufzeitverlängerung – das ist eineinhalb Milliarden Euro kostengünstiger – und die andere ist – mit dem gleichen Ergebnis – vier-einhalb Milliarden Euro teurer.

(Jens Kerstan GAL: Wie viel ist Ihnen denn Sicherheit wert?)

Man kann sagen, wir wollen es, aber dann müssen Sie auch sagen, woher Sie in dieser Republik das Geld bekommen werden. Wenn Sie auf die richtigen Argumente eingehen würden, wenn Sie sagen würden, worin der Gewinn liegt, heute die Investitionskraft in alte Technik zu tun – Frau Dr. Schaal hat Recht, die CO₂-freien Kraftwerke gibt es noch nicht, dann können wir sie heute auch nicht bauen –, aber Sie wollen heute die Entscheidung treffen, Atomkraftwerke auszuschalten und in alte Technik zu investieren und damit 160 Millionen CO₂ zusätzlich zu haben.

- B Das ganze Szenario ist unverständlich. Es ist nichts gekippt worden, die CDU ist vertragstreu. Das Problem wird vor 2009 nicht neu entschieden. Das heißt, Sie thematisieren etwas, was gar kein Thema ist, und das werfe ich Ihnen vor. Die Klimaschutzdebatte hat sicherlich verdient, dass wir uns heute um Dinge kümmern, die wir heute und vor allen Dingen auch als Hamburger Landesparlament verändern können.

(Michael Neumann SPD: Was Sie mal ändern können, ist, vom Rednerpult wegzugehen!)

Ich habe mitbekommen, dass Sie Werbung dafür machen, zu anderen Energieversorgern zu gehen. Ob das das Niveau der Debatte ist, weiß ich nicht. Ich habe persönlich ein reines Gewissen, weil ich schon seit Ewigkeiten Öko-Strom beziehe. Aber das ist doch jedermanns Entscheidung. Sie müssen doch nicht auf das Niveau von Produktwerbung im Fernsehen heruntergehen.

(Beifall bei der CDU)

Es regt Sie auf, dass Sie es in Ihren vier Jahren bundespolitisch nicht geschafft haben, den Klimaschutz nach vorne zu schreiben, und dass die Erfolge jetzt Frau Merkel einfährt. Das gleiche Problem haben Sie im anwachsenden Maße in Hamburg, weil Sie es hier auch nicht geschafft haben, dieses Thema in Ihrer Zeit nach vorne zu bringen, sondern wir es jetzt machen. Das ist die Konsequenz und damit müssen Sie leben.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Böwer.

Thomas Böwer SPD: Frau Präsidentin! Herr Kruse, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Vor Hamburgs Haustüren gibt es zwei Zwischenfälle in Kern-

kraftwerken und Herr Kruse sagt, was geht uns das eigentlich an. In welcher Welt leben Sie eigentlich, Herr Kruse?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wie Sie von zwei Störfällen in Kernkraftwerken auf Schokolade kommen, das müssen Sie uns irgendwann noch einmal erklären.

(Karen Koop CDU: Das müssen Sie die Jung-Grünen fragen!)

Das ist ein Punkt, der nicht geht.

(Zurufe von der CDU)

- Nein, ich war nicht in der Lobby.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, ja. Zwischen der Waffel auf der einen Seite und der Waffel am Kopp gibt es schon noch einen gewissen Zusammenhang.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie sagen, wir sollten hier nur über Themen reden, für die wir verantwortlich sind. Wenn es um Kernkraftwerke in der näheren Nachbarschaft zu Hamburg geht, dann ist die Hamburgische Bürgerschaft verantwortlich, diese Fragen entsprechend zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn der Wirtschaftssenator sagt, eigentlich sind es nicht wir, sondern sie müssen nach Kiel fahren, dann muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, dass der Erste Bürgermeister zu dieser Debatte schweigt und an anderer Stelle für eine Verlängerung der Laufzeiten ist. Wir werden die Frage Brunsbüttel in der nächsten Legislaturperiode auf der Tagesordnung haben. Herr Bürgermeister, sagen Sie dem Parlament und der hamburgischen Bevölkerung, ob Sie für eine Abschaltung von Brunsbüttel in 2009 sind - ja oder nein - und ob Sie sich dafür bei Ihren Parteifreundinnen und Parteifreunden einsetzen und möglicherweise auch bei der ehemaligen Chefin der hamburgischen Senatskanzlei.

(Ingo Egloff SPD: Ja, genau! Was sagt sie denn nun dazu?)

Ja, dazu haben Sie jetzt Gelegenheit. Sie haben sich in diesem Zusammenhang für ein Konzert von Al Gore eingesetzt. Ich würde Ihnen dann aber empfehlen, Herr Bürgermeister, Ihren Al Gore richtig zu lesen, der warnt mittlerweile vor Kernkraft. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte darauf bestehen, dass wir hier und heute über das Thema Sicherheit sprechen, Herr Kruse. Es ist eine existenzielle Bedrohung unserer Stadt, wenn Störfälle in diesem Ausmaß vor den Türen Hamburgs stattfinden. Dann können Sie nicht anfangen, hier über andere Dinge zu debattieren, sondern lassen Sie uns darüber sprechen, dass diese Atomkraftwerke die Sicherheit Hamburgs bedrohen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- A Es ist klar, dass Ihnen dazu nichts einfällt und auch Vattenfall außer Beschwichtigen nichts Ernsthaftes dazu beibringt. Das absurdeste Argument, das Vattenfall in den letzten Tagen vorgebracht hat, muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Gerade diese Unfälle hätten gezeigt, wie sicher die Atomkraftwerke seien, denn das funktionierende Sicherheitssystem habe bewiesen, dass nichts passiert. Sind wir also umso sicherer, je mehr Unfälle auftreten, die dann aber zum Glück nicht zum GAU führen und verhindert werden?

Wer so argumentiert, der verkauft die Leute schlicht für dumm.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir müssen auch die Debatte über Versorgungssicherheit führen, Herr Uldall. Ich habe vorhin kurz damit angefangen. Wenn es in einem Atomkraftwerk wie in Brunsbüttel oder in Krümmel, in Forsmark oder in Ringhals, wo wir haarscharf an einem GAU vorbeigekommen sind, wirklich einen GAU gegeben hätte, dann gehört nicht viel dazu, zu prophezeien, dass wir in Europa eine Debatte über die sofortige Beendigung der Nutzung der Atomkraft hätten. Ich bin mir sicher, dass viele Atomkraftwerke abgeschaltet werden müssten, weil auch die Letzten verstanden hätten, dass diese Atomkraftwerke nicht dauerhaft sicher betrieben werden können. Das würde aber bedeuten, dass wir dann, wenn wir über einen weiteren Unfall einen erzwungenen Ausstieg hätten, wirklich in eine Energiekrise hineinrutschen. Deswegen wollen wir den geregelten Ausstieg, damit wir nicht von den Ereignissen überrollt werden, sondern einen Übergang erreichen, den unsere Volkswirtschaft überlebt.

- B Deswegen ist das, was Sie hier mit der Verlängerung der Laufzeiten betreiben, volkswirtschaftlich ein Vabanquespiel, Herr Kruse und Herr Uldall.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich muss noch etwas zum Klimaschutz sagen, zur These, ohne Atomkraftwerke würden wir die Klimaschutzziele nicht schaffen. Zunächst meine Frage an die CDU und den Ersten Bürgermeister: Von welchen Klimaschutzzielen reden Sie eigentlich? Sie haben es bis heute nicht geschafft, für Hamburg ein Klimaschutzziel vorzulegen. Das ist die Wahrheit. Legen Sie erst einmal ein Klimaschutzziel vor, bevor Sie behaupten, wir würden es verfehlen, wenn wir die Atomkraftwerke nicht weiter betreiben lassen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Zum Zweiten halten Sie sich schlicht an Ihre Bundeskanzlerin. Frau Merkel hat gestern nach dem Energiegipfel klipp und klar gesagt, es ginge auch ohne Atomkraftwerke, um die Klimaschutzziele für die Bundesrepublik Deutschland minus 40 Prozent bis 2020 erreichen zu können. Herr Kruse hat gesagt, gut, dann würden volkswirtschaftlich viereinhalb Milliarden Euro Kosten entstehen. Sie müssen aber auch den volkswirtschaftlichen Nutzen dagegen rechnen, den Deutschland bis zu diesem Zeitpunkt haben wird, dass wir in erneuerbaren Energien Weltmeister sind und durch den Umstieg in erneuerbare Energien noch weiter vorangebracht werden können. Dieser volkswirtschaftliche Nutzen zählt sich in Hamburg in Form von mehreren 1000 Arbeitsplätzen aus, die wir in Hamburg in den Bereichen Wind- und Solarenergie und Biomasse bereits geschaffen haben. Über diesen Nutzen müssen wir sprechen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

C

Herr Engels sagte, 3 Prozent Energieeffizienzsteigerung pro Jahr seien illusorisch, die seien nicht zu schaffen.

(Hartmut Engels CDU: Habe ich nicht gesagt!)

– Aber Sie haben gesagt, es ist sehr anspruchsvoll.

Ich kann entgegenhalten: Die Bundeskanzlerin hält es für möglich, das zu schaffen, und ich kann mich dem, was Ihre Bundeskanzlerin sagt, ausdrücklich anschließen.

Gucken wir zu unserem nördlichen Nachbarn, nach Dänemark. Die Energieproduktivität liegt dort um 22 Prozent höher als in Deutschland. Mit anderen Worten: Man ist uns dort um sechs Jahre voraus. Sie können mir nicht erzählen, dass wir es in Hamburg nicht schaffen können, was unsere Nachbarn in Dänemark erreicht haben, ohne dass dieses Land, wie Sie den Teufel immer an die Wand malen, deindustrialisiert wurde.

(Beifall bei der GAL und bei Michael Neumann und Thomas Böwer, beide SPD)

Wenn Sie jetzt eine Debatte um die Verlängerung von Laufzeiten führen, dann sorgen Sie dafür, dass Sie gerade im Bereich von Investitionen in erneuerbare Energien Investitionsunsicherheit schaffen. Es ist absehbar, dass eine Verlängerung der Laufzeiten – das ist das letzte Argument – der Atomkraftwerke dazu führen wird, dass sich die Wettbewerbsbedingungen für erneuerbare Energien und für Energieeffizienz erkennbar verschlechtern werden, weil die Zertifikatspreise für den Ausstoß von CO₂ weiter in den Keller gehen werden.

(Glocke)

D

Das ist gegen den Klimaschutz und deswegen ist Atomausstieg auch richtiger Klimaschutz. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Stehr.

Dr. Diethelm Stehr CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Maaß, Sie haben gesagt, wir wollten hier über Sicherheit reden. Das will ich gern tun.

Lassen Sie uns sine ira et studio gucken, wie die Fakten gelaufen sind. Ich fange mit Brunsbüttel an.

Wir hatten in der Schaltung der Anlage einen Kurzschluss außerhalb jeglichen radioaktiven Bereichs. Es gab ein Abfangen auf Eigenbedarf, es gab eine thermische Abkühlung und es wurde ein Schutzsignal ausgelöst, das die Turbine weggeschaltet hat. Das war alles.

Es hat dann im Wesentlichen völlig unabhängig davon einen undichten Flansch an einer Hydraulikleitung gegeben, aus dem ein paar Tropfen Öl auf eine andere heiße Leitung getropft sind, und das hat geschmort.

(Antje Möller GAL: Das kann mal passieren!)

– Das kann mal passieren, genauso ist es.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Daraus machen Sie ein Drama.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Das war die Vokabel: Brand in der Anlage.

- A Und nun zu Krümmel. Sie haben in den Medien die Fotos gesehen, der Trafo hat gebrannt, die Ursachen kenne ich auch nicht.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Die Anlage wird den Strom nicht los, die Turbinenschutzschaltung schaltet die Turbine ab und die Turbinenabschaltung löst automatisch eine Reaktorsicherheitsabschaltung aus. Das ist so, das muss so sein. Damit werden automatisch die Hauptkühlmittelpumpen abgeschaltet, die Notstromdiesel werden gestartet und die Anlage wird auf das Reservenetz umgeschaltet. Das ist gut so.

Von den drei Hauptkühlwasserpumpen wird eine wieder zugeschaltet, weil die Anlage gar keine Leistung hat. Soweit ist bis auf den Brand alles im grünen Bereich.

(Zurufe von der SDP und der GAL)

Nun schaltet sich die Hauptkühlwasserpumpe nach einiger Zeit wieder ab. Das war so nicht vorgesehen.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Die Ursachen kenne ich nicht, ich will darüber nicht spekulieren. Das wird untersucht. Die Reservepumpen laufen an und die Betriebsmannschaft öffnet sicherheitshalber zwei Ventile, um den Druck abzusenken. Das war nicht nötig, aber sie wollte auf Nummer Sicher gehen, weil man bei niedrigerem Druck mehr Möglichkeiten hat als bei hohem Druck. Das ist die ganze Geschichte. Was lernen wir daraus?

- B Erstens: Der Betreiber Vattenfall hat keine gute Öffentlichkeitsarbeit gemacht.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Er hat diese Umstände nicht aktiv kommuniziert.

Zweitens: Alle Sicherheitssysteme haben ihren Dienst getan. Aus bisher ungeklärter Ursache ist eine Pumpe ausgestiegen.

(Dr. Till Steffen GAL: Drittens ist die Erde eine Scheibe!)

Weiterhin lernen wir, dass Sie, meine Damen und Herren von der GAL und der SPD, aus ein paar Tropfen Öl und einer ausgefallenen Pumpe ein Katastrophenszenario machen.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Es haben sich 700 Grad Celsius entwickelt!)

Frau Goetsch hat lebensbedrohliche Landstriche an die Wandkarte gemalt, hat es russisches Roulette genannt. Herr Maaß hat seine Sicherheitsbedenken geäußert. Frau Schaal, Frau Goetsch, Herr Maaß, Sie machen einen verbalen Fehler, den ich für sehr unredlich halte. Wir haben meldepflichtige Ereignisse, die dokumentiert und registriert werden. Daraus machen Sie jedes Mal einen Störfall. Das ist falsch, ein Störfall ist etwas anderes.

(Katja Husen GAL: Ach so, was denn?)

Sie bedauern die nicht aufrichtige Information durch Vattenfall, aber Ihre Dramatisierung ist genauso unredlich.

(Christiane Blömeke GAL: Unredlich ist das, was Sie hier erzählen!)

Was sind nun die Ergebnisse außerhalb der Anlage? Man muss schon genau hinschauen, um auf den messtech-

nisch registrierten Streifen eine Erhöhung der Emissionen zu finden, aber wenn man genau hinguckt, kann man eine finden. Die Auswertung hat ergeben, dass diese zusätzlichen Emissionen 0,8 Nanosievert betragen. Ich hatte Ihnen bei der Nanotechnologie diese Größenordnung einmal erklärt, wenn Sie sich erinnern. 80 Nanosievert pro Stunde ist das normale natürliche Maß, das jeder von uns kriegt, auch hier im Saal der Bürgerschaft.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Dr. Stehr, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Diethelm Stehr (fortfahrend): Es bleibt das Resümee: Unsere Anlagen sind sicher.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Stehr, Ihnen zuzuhören mag vielleicht ganz amüsant sein, dieses WAS IST WAS und "Technik für Kinder". Es ist aber leider dem Anlass wenig angemessen, wenn es um eine Technik geht, die, wenn sie schief geht, zur Folge hat, dass wir diese Stadt für die nächsten Jahrzehnte räumen müssen, und da sind Sie Ihrer Verantwortung nicht gerade gerecht geworden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir sind nicht bei der "Sendung mit der Maus" und wie bastele ich mir eine schöne Box, sondern es geht darum, wie wir als politisch Verantwortliche einen Störfall einschätzen müssen und da muss ich über Ihre Ausführungen staunen. Herr Stehr, das ist ein Störfall. Alles, was meldepflichtig ist, ist ein Störfall und das war ein meldepflichtiger Vorgang. Jetzt muss man natürlich beurteilen, wie ernst das Ganze war und da haben Sie in einem Punkt recht. Kernkraftwerke bestehen aus Ventilen, aus Flanschen, aus ein bisschen Öl und ein paar Pumpen und so etwas kann einmal kaputt gehen. Wir erleben es alle, dass ein einziges Ventil kaputtgehen kann; wenn ein Ventil in meinem Kocher kaputt geht, dann kaufe ich mir einen neuen, wenn aber so etwas in einem Atomkraftwerk im letzten Sicherheitsbereich passiert, dann haben wir einen schweren Störfall. Wir reden hier nicht über Theorie, sondern das ist leider Gottes auf dieser Welt schon diverse Male vorgekommen. Ich muss mich wirklich wundern, wie Abgeordnete und auch Senatoren der CDU hier über Sicherheit reden.

Herr Kruse, Sie haben es auf den Punkt gebracht. Sie haben gesagt, man könne den Klimawandel auch ohne Atomkraftwerke begrenzen, nur sei das 4,5 Milliarden Euro teurer und wenn man sie später abschalte, dann spare man eine ganze Menge Geld. Ich frage mich wirklich, welche Debattenkultur Sie haben, wenn Sie bei einem Sicherheitsthema, bei dem es um das Leben und die Existenz von 1,7 Millionen Hamburgerinnen und Hamburgern geht, auf einmal auf Geld achten. Ich möchte einmal eine Debatte über öffentliche Sicherheit im Kriminalitätsbereich erleben, in der Sie sagen, gegen Drogenhandel gehen wir nicht vor, weil es uns einfach zu teuer ist, an jede Ecke einen Polizisten zu stellen. Nichts anderes haben Sie gesagt, Herr Kruse.

(Wolfgang Beuß CDU: Schönes Bild!)

C

D

- A Sie haben gesagt, es koste 4,5 Milliarden Euro mehr, wenn wir auf Atomkraftwerke verzichteten und trotzdem den Klimawandel aufhalten wollten und wir sollten, bitte schön, mal sagen, wo es herkommen soll. Diese Aufgabe nehme ich gerne in Kauf. Diese 4,5 Milliarden Euro müssen aufgebracht werden, denn es geht nicht um die Gewinne von irgendwelchen Aktionären von Vattenfall oder von Ihnen oder mir als Aktienbesitzer, sondern um das Leben und die Sicherheit der Menschen in dieser Stadt. Ich möchte darum bitten, diese Debatte auch so zu führen und nicht Ihren Wirtschaftssenator reden zu lassen und eine wirtschaftspolitische Debatte daraus zu machen; es geht hier um existenzielle Fragen. Sie als Senatoren und Bürgermeister haben einen Eid geschworen, Sicherheit für die Bürger dieser Stadt zu gewähren, und dann ist das wirklich eine beschämende Debatte, die wir gerade von Ihrer Seite erlebt haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe zum ersten Thema der Aktuelle Stunde keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Wir kommen zum zweiten, von der CDU-Fraktion angemeldeten Thema:

Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt: Hamburg ist und bleibt der Motor Norddeutschlands

Wer wünscht das Wort? – Herr Reinert, bitte.

- B **Bernd Reinert CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg ist und bleibt der Motor Norddeutschlands. Das zeigen die Arbeitsmarktzahlen, die uns vor wenigen Tagen vorgelegt wurden, das zeigen aber auch Studien des HWWI und der Prognos AG. Diese Stadt hat exzellente Perspektiven.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* Die Wahlen sind schon bald!)

Es ist im Juni erstmals seit langer Zeit gelungen, die Zahl der Arbeitslosen unter den Wert vor der Hartz-IV-Reform zu senken, die die Zahl ganz erheblich in die Höhe getrieben hat, und 16 596 weniger Arbeitslose als vor einem Jahr sind wirklich eine Bestätigung der Wirtschaftspolitik des CDU-geführten Senats.

(Beifall bei der CDU)

Sicherlich sind wir dabei durch die aktuelle Konjunkturlage begünstigt.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Ach!)

Aber man wird sich auch die Frage stellen dürfen, woran es liegt, dass Hamburg in den aktuellen Prognosen so sehr viel besser dasteht als der Bundesdurchschnitt. Das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut hat für Deutschland in diesem Jahr ein Wachstum von 2,3 Prozent vorhergesagt, für Hamburg von 3,7 Prozent und im nächsten Jahr sollen wir laut HWWI diesen Wert noch einmal steigern können. Das sind gute Voraussetzungen, auf denen man aufbauen kann, und wir liegen mit unserer Clusterpolitik hier genau richtig.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Schwerpunkte richtig gesetzt, wir stärken die Bereiche, in denen wir besonders erfolgreich sind. Wir

müssen in den nächsten Jahren daran arbeiten, das vorhandene Potenzial für die Vernetzung von Akteuren und für regionale Kooperationsprojekte noch weiter auszuschöpfen, aber genau das ist der Ansatz der Clusterpolitik. Die Weichen sind auf Wachstum gestellt und der Zug rollt, wobei es gar nicht so sehr darauf ankommt,

(*Michael Neumann SPD:* ... wer regiert!)

in diesem und im kommenden Jahr besonders hohe Wachstumsraten zu haben, sondern entscheidend ist – das hat der Wirtschaftssenator ganz klar formuliert –, dass wir ein langfristiges Wachstum über die nächsten Jahrzehnte hinbekommen, denn dieses langfristige Wachstum – Prognos spricht von 1,7 Prozent, der Wirtschaftssenator und der CDU-geführte Senat von 0,3 Prozent zusätzlich, also 2 Prozent – wird dazu führen, dass wir die Arbeitslosenzahlen weiter senken können.

(Beifall bei der CDU)

Man mag vielleicht darüber streiten, ob es heute sinnvoll ist, Studien für das Jahr 2030 zu erstellen, die dann sagen, im Jahre 2030 wird Hamburg 57 000 Erwerbstätige mehr haben. Es mögen ein paar mehr, ein paar weniger sein, aber die Tatsache bleibt, dass die Perspektiven für Hamburg so sind, dass wir einen weiteren Zuwachs an Erwerbstätigen haben werden. Angesichts der demografischen Entwicklung wird dieses die Arbeitsmarktzahlen für unsere Stadt im Sinne einer positiven Entwicklung noch weiter voranbringen.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, wir sind auf dem richtigen Weg, wir sind eine starke, eine dynamische Stadt und diesen Kurs wollen wir beständigen, die Zahlen sprechen auf jeden Fall für uns.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Reinert, wir freuen uns mit Ihnen über das Wirtschaftswachstum in Hamburg.

(*Bernd Reinert CDU:* Ja, das ist gut!)

Wir freuen uns mit Ihnen über den Rückgang der Arbeitslosenzahlen und auch - Sie selber haben es gar nicht erwähnt -, dass es das allererste Mal in Ihrer Regierungszeit einen leichten Hoffnungsschimmer für diejenigen gibt, die Sie bislang sträflich vernachlässigt haben, nämlich die Langzeitarbeitslosen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben gerade gesagt, unsere Wirtschaftspolitik bestimme dieses Wachstum und trage dazu bei. Sie haben aber klug vermieden, darüber zu sprechen, welche Instrumente Ihre Wirtschaftspolitik einsetzt und nur ein einziges genannt, nämlich die Clusterpolitik, eine Erfindung, die sicherlich nicht die Ihre ist, sondern die mit den großen Clustern Medien, IT- und Luftfahrtstandort lange begonnen hat, bevor Sie auch nur hoffen konnten, an die Regierung zu kommen, zwei große Clusterprojekte, die sehr erfolgreich gewesen sind. Die Fortführung der Clusterpolitik ist etwas bedenklich, weil Sie jetzt Cluster fördern, die sehr klein sind und diesen Namen nicht verdienen und ganz offensichtlich nicht in die erfolgreichen Fußstapfen der vorherigen Cluster treten.

- A Sie haben auch sehr klug vermieden, darüber zu reden, welche Wirtschaftspolitik Sie zukünftig am Standort machen wollen.

(Ingo Egloff SPD: Das wissen sie noch nicht!)

– Das wissen Sie noch nicht, danke, Herr Egloff.

Sie haben das große Thema, das die Wirtschaft bewegt, überhaupt nicht erwähnt, nämlich die Frage, mit welchen Arbeitskräften wir zukünftig in Hamburg arbeiten werden. Die Wirtschaft, die sich ebenfalls über die guten Zahlen freut, spricht den Fachkräftemangel sehr offen an und, Herr Reinert, Sie tun überhaupt nichts dagegen. Die schönen Studien, die Sie motivieren, jedes Mal das identische Thema zur Aktuellen Stunde anzumelden, geben an dieser Stelle durchaus alarmierende Zeichen, die Sie aber offenbar nicht lesen. Sie lesen immer nur, dass Hamburg oben steht. Das ist bedingt durch den kräftigen Einfluss von Wirtschaftswachstum und die Beschäftigtenzahlen. Sie lesen aber nie das Kleingedruckte.

(Bernd Reinert CDU: Von nichts kommt nichts, Frau Dräger!)

- Herr Reinert, hören Sie einmal zu, vielleicht merken Sie ja, dass wir uns auch ein bisschen Gedanken über den Tag hinaus machen. Das sollten Sie vielleicht auch mal tun und sich nicht auf dem ausruhen, was Sie haben.

Bei den Schulabgängern ohne Abschluss steht Hamburg ganz besonders schlecht da.

(Barbara Ahrons CDU: Das ist Ihr Erbel)

- B Bei den Wissenschaftsausgaben, den Unternehmerinsolvenzen, der Eigenkapitalquote der Unternehmen steht Hamburg besonders schlecht da und auch bei der Gründungsintensität steht Hamburg plötzlich ganz schlecht da, Frau Ahrons. Herr Reinert stellt sich hierhin und sagt, unsere Wirtschaftspolitik sei ein wesentlicher Einflussfaktor in dieser Stadt und Sie stellen sich gerade hin und sagen, für alles, wo es schlecht läuft, sei der Bund oder Ihr Vorgänger verantwortlich oder die Gewerkschaften hätten einen schlechten Einfluss.

(Karen Koop CDU: Wo sie recht hat, hat sie recht!
– Barbara Ahrons CDU: Vielleicht müssen Sie noch mal darüber nachdenken!)

Ich finde Selbstbewusstsein etwas Schönes, aber eine derartige Ausblendung von negativen Tatsachen ist schon peinlich.

(Beifall bei der SPD)

Es ist erfreulich für die Stadt, dass sie durch ihre Lage und durch die langfristigen Planungen zum Beispiel in der Hafenpolitik, durch diese fantastischen Faktoren, die diese Stadt hat, in dieser Weise vom Wirtschaftswachstum, von der weltweiten Entwicklung profitieren kann. Eine Handelsstadt wie Hamburg kann das und das ist gut. Schlecht ist es, wenn diese Chancen langfristig nicht genutzt werden und wenn Ihnen an Instrumenten in der Wirtschaftspolitik wirklich rein gar nichts einfällt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Reinert, herzlichen Glückwunsch. Jetzt

haben Sie es endlich geschafft, diese Rede zu einem Thema zu halten, das Sie schon dreimal angemeldet haben, das aber dummerweise nie drangekommen ist; das freut mich für Sie.

(Michael Neumann SPD: Musste erst die Geschäftsordnung geändert werden!)

Was melden Sie in der Airbuskrise an: Hamburg ist und bleibt der Motor Norddeutschlands. Wir haben Störfälle in den Kernkraftwerken vor den Toren Hamburgs und was melden Sie an: Hamburg ist und bleibt der Motor Norddeutschlands. Sie verkaufen die HHLA, ein Bruch mit einer jahrhundertelangen Tradition der Politik im Hamburger Hafen und was melden Sie an: Hamburg ist und bleibt der Motor Norddeutschlands. Ich glaube, dass Sie diese guten Nachrichten nötig haben. Die unverdienten guten Nachrichten sind immer die süßesten, denn eigene verdiente können Sie wenig vorweisen, sonst hätten Sie die ja angemeldet.

(Michael Fuchs CDU: Einer muss ja die guten Nachrichten vorweisen!)

Solche Reden, die Sie in einer boomenden Konjunktur halten, dass es Hamburg gut gehe, haben wir in unserer Regierungszeit in so einer Situation auch gehalten; im Jahr 2000 war das ähnlich. Das ist auch bei der Wirtschaftsstruktur Hamburgs überhaupt nichts Ungewöhnliches. Wenn die Weltkonjunktur boomt, die deutsche Industrie wie ein Weltmeister exportiert, dann geht das über den Hamburger Hafen und dann geht es der Hamburger Wirtschaft immer einen Tick besser als der restlichen Wirtschaft in Deutschland. Das Spannende daran ist, dass es vollkommen egal ist, wer regiert, ob Sie es sind, ob wir es sind oder vielleicht irgendjemand anderes; das war schon immer so. Darum ist es so wahnsinnig mühselig, dass Sie seit anderthalb Jahren immer wieder dieses Thema anmelden, wie die Wirtschaft läuft.

(Olaf Ohlsen CDU: Tue Gutes und sprich darüber!)

Was haben Sie denn in den zwei Jahren zuvor angemeldet, als es der Hamburger Wirtschaft deutlich schlechter ging als der bundesweiten Wirtschaft. Das ist auch nicht überraschend, denn wenn die deutsche Wirtschaft nicht so viel exportieren kann, dann läuft das in Hamburg natürlich auch nicht so gut. Haben Sie da angemeldet, wir als Regierung haben in der Wirtschaftspolitik ganz viele Fehler gemacht, wir geloben Besserung? Nein, da haben Sie gesagt, das hat mit uns gar nichts zu tun, das ist die Bundesregierung.

(Bernd Reinert CDU: Das war damals auch tatsächlich der Fall!)

Insofern weiß ich nicht, warum wir diese Debatte führen. Es ist nicht so, dass das gleiche Thema dreimal nicht drangekommen ist, sondern wir haben das gleiche Thema mit einem etwas variierten Titel schon fünfmal im letzten Jahr debattiert; das können Sie alles in den Plenarprotokollen nachlesen. Insofern kommt nur noch das eine Standardargument: Wir sind auf einem guten Weg. Diese Aussage ist im Moment auch die Standardrede des Berliner Wirtschaftssenators

(Dietrich Rusche CDU: Herr Kerstan, Sie langweilen uns!)

und wissen Sie, wer das ist: Der ist von der PDS. Der sagt auch, das läuft in Berlin jetzt viel besser als in den letzten Jahren, unsere Wirtschaftspolitik bestätigt ganz

- A klar, dass wir das ganz super machen. Genauso haben Sie es gemacht, Herr Reinert.

(Bernd Reinert CDU: Aber mit einem Unterschied: Wir haben recht und er nicht!)

Das ist vielleicht ein bisschen wenig, aber Herr Reinert, wenn Sie das Thema wirklich so sehr interessiert, dann lesen Sie doch einfach in der Parlamentsdokumentation meine fünf Reden nach, die ich im letzten Jahr dazu gehalten habe.

Wir sollten heute, wo wichtige Themen auf der Tagesordnung stehen, unter anderem die HHLA-Privatisierung, nicht mehr länger mit so einem Gequatsche die Zeit verändeln, sondern uns den wichtigen entscheidenden Fragen widmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Uldall.

(Ingo Egloff SPD: Alles wird gut!)

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich die Rede von Herrn Reinert mit der Rede von Ihnen, Herr Kerstan oder Frau Dräger, vergleiche, dann kann ich nur sagen: Sie waren in Ihren Reden bemüht, Hamburg immer als etwas Schlechtes darzustellen und wählten die Formulierung "Hamburg steht besonders schlecht da". Sie haben sich bemüht, immer etwas Negatives zu finden, Herr Reinert hat die Dinge herausgestellt, die positiv laufen.

- B Wir werden häufig gefragt, warum das in Hamburg so viel besser laufe als in anderen Bundesländern.

(Michael Neumann SPD: Sie nicht!)

Die Antwort liegt exakt in diesem Punkt, weil wir in Hamburg vonseiten des Senats und der CDU-Fraktion bemüht sind zu motivieren und nicht, durch negative Meldungen zu demotivieren.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Bei dem Wachstum steigt auch die Laune des Wirtschafts-senators!)

Wir vermitteln Optimismus, Sie vermitteln schlechte Nachrichten und wir spornen auf diese Art und Weise den mittelständischen Unternehmer an, wir spornen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen an und deswegen geht es in Hamburg aufwärts.

(Beifall bei der CDU – Dr. Willfried Maier GAL: Hamburg schreit: Uldall, Uldall, Uldall!)

Wir haben in den vergangenen fünf Jahren ausgezeichnete Ergebnisse auf dem Arbeitsmarkt gehabt. Ich brauche die Zahlen, die Herr Reinert eben genannt hat, nicht zu wiederholen, aber ich will auf zwei Aspekte hinweisen, die zunächst einmal für Sie, Frau Ahrons, als Mittelstandspolitikerin besonders wichtig sind. Wir haben im Mittelstand durch unsere Förderpolitik und die Politik zur Existenzgründung 19 000 Neugründungen im vergangenen Jahr erreicht. Es ist großartig, was wir dort erreicht haben, und das möge so weitergehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe auch eine gute Meldung für Sie, Herr Grund, als heutiges Geburtstagskind: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg steigt überdurch-

C schnittlich. Der Bund hatte 2006 einen Anstieg von 0,6 Prozent, wir haben fast die dreifache Steigerungsrate erreicht, nämlich 1,7 Prozent pro Jahr. Im ersten Quartal dieses Jahres ist die Zahl bei uns sogar um 2,7 Prozent gestiegen. Dieses muss ein Grund zur Freude für alle in Hamburg sein, aber ganz besonders für die Gewerkschaften, Herr Grund, und deswegen sollten Sie sich jetzt auch wirklich freuen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben eine sehr gute Entwicklung, die daneben läuft,

(Dr. Willfried Maier GAL: Danebenläuft!)

die nicht so leicht zur Kenntnis genommen wird, das ist die Zahl der offenen Stellen. Wir haben bei der Bundesagentur für Arbeit 22 000 gemeldete offene Stellen. Da wir wissen, dass nur etwa ein Drittel als offene Stellen gemeldet wird, kann man davon ausgehen, dass wir in Hamburg insgesamt ein Potenzial von 60 000 zu besetzenden Stellen haben. Dieses muss ein Ansporn für alle in der Bundesagentur für Arbeit sein, für alle, die in den Jobcentern der ARGE mitarbeiten, die Vermittlungsgeschwindigkeit zu erhöhen und dafür zu sorgen, dass die Zeit zwischen Meldung einer freien Stelle und Besetzung dieser freien Stelle noch weiter reduziert wird, als es in den vergangenen Monaten der Fall war.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe eben schon gemerkt, dass ich bei Herrn Dr. Maier Unruhe hervorgerufen habe, als ich positive Zahlen genannt habe.

(Dr. Willfried Maier GAL: Nein, nein!)

D Deswegen, lieber Herr Dr. Maier, möchte ich Sie nicht noch weiter beunruhigen; Sie kennen alle die Zahlen. Herr Dr. Maier, Sie haben schon bessere Beiträge geliefert.

(Michael Neumann SPD: Sie nicht, Herr Uldall!)

Insofern möchte ich auf einen Punkt hinweisen, der besonders erfreulich ist. Wir werden am 16. Juli die Verlängerung der Start- und Landebahn für Airbus in Finkenwerder einweihen können. Damit findet eine lange, sehr schwierige Auseinandersetzung ihren guten Abschluss. Ich möchte nicht versäumen, daran zu erinnern, dass es eine Zeit gab, in der die Themen der Aktuellen Stunde durch die Grünen immer wieder mit Airbusfragen besetzt wurden und Sie, lieber Herr Maaß, eine Vielzahl von Gründen genannt haben, warum es eigentlich überhaupt nicht klappen kann.

(Christian Maaß GAL: Nicht nötig ist!)

Ich habe es noch einmal aus dem Gedächtnis aufgeschrieben. Sie haben gesagt, die rechtliche Ausgangslage sei so, dass wir es nie schaffen würden. Wir mussten 240 Prozesse führen, haben aber 240 Prozesse gewonnen und die rechtliche Ausgangslage richtig nutzen können.

(Beifall bei der CDU – Christian Maaß GAL: Herr Uldall, zitieren Sie nicht aus dem Gedächtnis, sondern aus dem Protokoll!)

Es wurde gesagt, die Anzahl der Arbeitsplätze, die dort geschaffen werden sollen, würde nie erreicht werden. Wir haben viel mehr neue Arbeitsplätze in Finkenwerder und den Zulieferbetrieben geschaffen. Selbst wenn man die

- A negativen Folgen von "Power 8" berücksichtigt, ist dieser Effekt positiv und die negativen Meldungen, die Sie damals verbreitet haben, sind falsch gewesen.

(Christian Maaß GAL: Ich hab' was ganz anderes gesagt!)

Sie haben drittens erklärt, es gebe unüberwindliche technische Probleme und irgendeiner aus der GAL-Fraktion – ich weiß nicht mehr, ob Sie das persönlich waren – hat gesagt,

(Christian Maaß GAL: Sie zitieren mich falsch, Ihr Gedächtnis ist löchrig!)

die Hallen sacken so ab, dass man die Flugzeuge nur noch durch Benutzen einer Treppe wieder nach oben oder unten führen kann; dieses ist auch nicht eingetreten.

Es wird noch schlimmer für Sie. Sie haben damals gesagt, die Finanzierung werden Sie nie hinbekommen. Wir kriegen die Finanzierung hin unter Einhaltung des durch die Bürgerschaft beschlossenen Potenzials. Nennen Sie mir irgendein großes Projekt dieser Dimension, das ohne irgendeine Nachbewilligung zustande gekommen ist.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Maaß?

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): Nein, ich möchte keine Zwischenfragen beantworten.

- B Zum Schluss der Zeitplan, Herr Maaß. Sie haben gesagt, dieser Zeitplan sei niemals einzuhalten. Wir werden die Start- und Landebahn vier oder fünf Monate früher übergeben, als es prognostiziert worden ist. Sie hatten ja gesagt nie, aber wir haben ein Vorhaben umgesetzt, das – das räume ich immer wieder ein – den Ausgangspunkt bei meinem Vorgänger Thomas Mirow hatte und auf dieses Projekt kann Hamburg stolz sein. Wir haben neben anderen großen Investitionen mit dafür gesorgt, dass in Hamburg Zukunftstechnologie angesiedelt wird und wir werden dafür sorgen, dass diese Zukunftstechnologie in den nächsten Jahren zu einem weiteren Wachstum der Arbeitsplätze in Hamburg führen wird.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Nach Paragraph 22 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung haben nun die Fraktionen, weil die Redezeit der Aktuellen Stunde sehr knapp ist, noch die Chance, darauf zu erwidern. Ich habe aus jeder Fraktion eine Wortmeldung. – Frau Ahrons, bitte.

(Ingo Egloff SPD: Der Mittelstand, der Mittelstand!)

Barbara Ahrons CDU: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Irgendwie, Frau Dräger und Herr Kerstan, fand ich Ihre Reden ein bisschen mager. Ich glaube, dieses Thema passt Ihnen nicht, weil es so sehr positiv für unseren Senat ausfällt.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg erfährt derzeit einen sehr robusten Aufschwung, der stärker ausfällt als im übrigen Bundesgebiet. In erster Linie haben wir diese erfreuliche Entwicklung natürlich der anziehenden Konjunktur in Deutschland zu verdanken.

(Michael Neumann SPD: Quatsch, das ist nur Senatspolitik!)

Zudem haben sich aber auch die Unternehmen inzwischen sehr gut aufgestellt und den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaftswelt angepasst.

Trotzdem wäre Hamburg nicht so erfolgreich, wenn wir nicht auch eine außerordentlich gute Wirtschaftspolitik machen würden. Mit einer aktiven Wirtschaftsförderung, einer Kooperation zwischen Politik und Wirtschaft und einer konzentrierten Clusterpolitik leistet die CDU einen erheblichen Beitrag zum derzeitigen Erfolg.

Wie der Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in unseren Clustern in der Praxis funktioniert, Frau Dräger, das wollte ich Ihnen nur noch einmal ein bisschen genauer erläutern, weil Sie immer sagen, da passiere nichts.

Um Hamburg als führende Logistikmetropole Nordeuropas weiter auszubauen und um alle Teilnehmer, also Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, besser zu vernetzen, wurde in Hamburg unter Leitung der BWA zum Beispiel die Logistikkinitiative ins Leben gerufen. Neben den Bereichen wie Flächenbedarf und Wissenstransfer ist die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften, auf die die Unternehmen dringend angewiesen sind, ein wesentliches Thema. Zentrale Aufgabe dieser Initiative ist es darum auch, für die Hamburger Logistikbranche das Arbeitskräftepotenzial kurz-, mittel- und langfristig zu sichern. Gemeinsam mit Unternehmen, Bildungsinstitutionen, Verbänden, Kammern und Arbeitsvermittlung werden deshalb bedarfsgerechte Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Ausbildung und Weiterbildung, der Gewinnung von Fach- und Nachwuchskräften sowie Personalvermittlung entwickelt und durchgeführt. Hierdurch werden unter anderem arbeitssuchende Fachkräfte jeden Alters und aller Qualifikationen angesprochen und bedarfsgerecht im Logistiksektor aus- und fortgebildet. Lehrer und Schüler werden aktiv angesprochen und informiert. Logistikunternehmen und Schulen gehen Partnerschaften ein. Fördermöglichkeiten für Einstellungen und Qualifikationen wurden geschaffen, ein Service für Arbeitsuchende und Arbeitgeber. Das Ganze unter der Leitlinie "bedarforientiert und kooperativ". In den letzten Jahren sind so allein in den Bereichen Logistik, Luftfahrt und Dienstleistung – ich weiß, dass Sie das nicht so ganz interessiert – insgesamt 17 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Es zeigt sich also, dass die zukunftsfähige Clusterbranche, die wir als CDU besonders fördern,

(Gesine Dräger SPD: Zukunftsfähige Clusterbranche!)

in der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eng zusammenarbeiten, sich stabilisierend auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Mit dieser Politik ...

– Ja, Sie haben eben nicht zugehört, Frau Dräger. Das ist nämlich der Punkt.

Mit dieser Politik des Hamburger Senats liegen wir richtig und die derzeitige Entwicklung spricht in jedem Falle für uns.

(Beifall bei Michael Fuchs CDU)

Darum werden wir diesen eingeschlagenen Kurs auch auf jeden Fall beibehalten. Wenn Sie sagen: "zukunftsträchtig", dann möchte ich doch noch einmal auf die Prognos-

- A Studie zu sprechen kommen. Die gibt uns nämlich recht. Hamburg ist in den deutschen Leit- und Wachstumsbranchen sehr gut positioniert. Mit einem Beschäftigungsanteil von über 50 Prozent in den zukunftsweisenden Branchen sind wir bereits jetzt hervorragend aufgestellt und belegen Platz 1 unter den Bundesländern. Daran sollten Sie sich einmal ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dees.

(Ingo Egloff SPD: 0,5 Prozent Wachstum sind auf Uldalls gute Laune zurückzuführen!)

Hans-Christoff Dees SPD:* Frau Ahrons, ich leite einen Logistikbetrieb und ich sage Ihnen: Ihre Maßnahmen kommen in der Fläche nicht an. Unsere größte Sorge ist das Auslieferungszentrum von Hennes & Mauritz, das in Allermöhe gebaut wird und möglicherweise so viele von den restlichen qualifizierten Arbeitskräften vom Arbeitsmarkt abzieht, dass für mittelständische Betriebe überhaupt nichts mehr übrig bleibt. Da müssen Sie erst einmal richtig in der Fläche und in der Masse etwas tun, um den Sorgen entgegenzutreten, die sich gerade auftun. Das ist das Erste.

Das Zweite, sehr geehrter Herr Senator Uldall: Ihre Optimismus- und Pessimismusreden haben Sie schon im Bundestag in den Neunziger- und Achtzigerjahren gehalten. Die Wirtschaftsentwicklung damals war auch nicht immer so, dass man wirklich sagen kann, dass das weiter geholfen hätte. Es ist ein bisschen lustig, wenn man es mit einer historischen Distanz betrachtet, dass in der Tat immer – in den letzten 20 bis 30 Jahren und davor vermutlich auch – bei jedem Aufschwung die Regierung, ob in den Ländern oder im Bund, dafür verantwortlich ist und, wenn es einmal nicht so gut läuft, immer die anderen die Schuldigen sind.

Es wäre lustig und man könnte mit einem Augenzwinkern darüber hinweggehen, wenn nicht über diese Jahre etwas Seltsames in Deutschland passiert wäre und noch einmal verstärkt in den letzten fünf bis sieben Jahren insbesondere in Hamburg, dass nämlich die Sockelarbeitslosigkeit und insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit immer weiter angestiegen ist, sodass wir inzwischen in ganz Europa und im ganzen Bereich der OECD-Länder trauriger Spitzenreiter geworden sind. Schauen wir uns dieses Kernproblem des deutschen Arbeitsmarktes an. Dann sehen wir, dass von den Langzeitarbeitslosen in Hamburg weit über 50 Prozent gering Qualifizierte ohne Berufsausbildung sind. Bei den Migranten sind es sogar weit über 75 Prozent, die keine Berufsausbildung haben und langzeitarbeitslos sind. Die konkrete Frage – das hat nichts mit Pessimismus zu tun, sondern wenn das die Herausforderung der nächsten Jahre ist, wie wir Fachkräfte kriegen – ist, wie wir den Bogen zu den Verbesserungsmöglichkeiten und den Notwendigkeiten, die wir heute haben, kriegen, dass wir auch in der Zukunft ein erfolgreiches Wirtschaftswachstum fortsetzen können. Da sind Sie Antworten schlichtweg schuldig geblieben.

Wir nennen Ihnen vier bis fünf Beispiele, erstens ordnungspolitisch. Wie können Sie einen lebendigen und geordneten Arbeitsmarkt für gering Qualifizierte schaffen? Das Erste ist, die gering Qualifizierten zu mobilisieren. Da lassen die Integrationsquoten der Maßnahmen, die Sie heute immer noch in einem großen Einheitsbrei betreiben, deutlich zu wünschen übrig.

Das Zweite: Setzen Sie sich auch auf Bundesebene für einen Mindestlohn ein, damit gerechte Arbeit gerecht entlohnt wird und es dadurch auch einen deutlichen Anreiz für diejenigen, die gering qualifiziert sind, gibt eine solche Arbeit auch wirklich anzunehmen.

(Beifall bei Jörg Lühmann GAL)

Drittens: Schaffen und erhöhen Sie die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für gering Qualifizierte und versuchen Sie das Problem der gering Qualifizierten anzugehen. Schauen Sie sich in Hamburg den völlig zersplitterten Bereich des Übergangs von Schule zu Beruf an. Fünf Behörden agieren hier fast völlig unkoordiniert und richten mehr Schwierigkeiten an als eine wirklich schlüssige Vorgehensweise für die Betroffenen anzubieten. Dann kommt eine Behörde und setzt eine Internetseite auf, weil sie offensichtlich selber Schwierigkeiten hat, das Ganze zu verstehen, die sich www.ichblickdurch.de nennt,

(Ingo Egloff SPD: Die hat der Senator aber nicht gesehen!)

und zeigt schon allein mit der Wahl des Titels, dass es relativ schwer sein muss, durchzublicken, was überhaupt geschieht. Schaffen Sie die nötige Koordinierung, schaffen Sie ein Konzept aus einem Guss und stellen Sie den Jugendlichen bereits in der Schule Berufsbegleiter und Berufsberater zur Seite, die sie nicht verlassen, wenn sie die Schule verlassen, und die sie auch nicht verlassen, wenn sie in den ersten Maßnahmen noch nicht den richtigen Erfolg haben. Schaffen Sie eine Durchgängigkeit und damit eine Verbindlichkeit, die endlich – das ist das einzige Schlüsselmodell – wirklich zu einem Erfolg führen kann.

(Beifall bei der SPD und bei Gudrun Köncke GAL)

Viertens: Wir haben einen Fachkräftemangel, die berufliche Weiterbildung stand in den letzten Jahren auf einem absoluten Tiefststand. Dafür sind Sie nicht nur alleine verantwortlich aber es läge an Ihnen, das auch entsprechend öffentlich deutlich zu machen und selber gegenzusteuern.

Fünftens: Setzen Sie sich persönlich immer wieder und jedes Jahr neu in einer Ausbildungsplatzinitiative dafür ein, dass auch die notwendigen Ausbildungsplätze geschaffen werden. Statt Ihre Zeit teilweise damit zu verschwenden, sich mit inhaltsleeren Reden zu feiern, nutzen Sie jetzt in einem positiven Wirtschaftszyklus die Chancen, die Maßnahmen zu schaffen, dass Sie beim nächsten Abschwung in der Position sind, den jungen und älteren Langzeitarbeitslosen so viel Möglichkeiten und Chancen mitgegeben zu haben, dass sie als Fachkräfte im Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und dass wir nicht wieder einen noch weiteren Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit zu beklagen haben werden, der sonst eintritt, wenn wir heute nichts tun.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Köncke.

Gudrun Köncke GAL:* Herr Uldall, was Sie hier als neuen Impuls für Ihre Wirtschaftspolitik zum Thema Arbeitsmarkt gesagt haben, war: "Ich habe gute Laune, also geht es der Wirtschaft gut. Das ist meine Wirtschaftspolitik." Viel mehr haben Sie leider nicht darüber ausführen können. Was Sie noch aufgenommen haben, waren die Bereiche Airbus und Hafen. Ich weiß nicht, ob

C

D

- A Sie meinen Kollegen, Herrn Maaß, absichtlich falsch zitiert haben.

(Michael Neumann SPD: Ja!)

Aber, was wir deutlich festhalten müssen, ist, dass hier die Weichen natürlich von Rot-Grün gestellt worden sind. Genau darauf ruhen Sie sich im Moment aus. Etwas darüber hinaus haben Sie uns leider nicht vermitteln können.

Dabei freue ich mich eigentlich immer wieder, wenn wir über das Thema Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik sprechen. Ich weiß genau – die Haltung von Herrn Uldall zeigt es ganz deutlich –, dass es für ihn immer Kleinkram ist. Ihm geht es um das Große, um den Hafen und um Airbus. Aber über Arbeitsmarktpolitik und das, was uns in dieser Stadt eigentlich als Frage gestellt wird – genau darauf –, lässt er sich ungern ein. Damit möchte er sich ungern beschäftigen.

Natürlich haben wir wesentliche Fragen zu lösen. Ich sage es immer wieder gerne selbst aber diesmal ist es ein Zitat von Herrn Steil:

"Trotz des stabilen Aufschwungs ist die strukturell bedingte Arbeitslosigkeit ... nicht gelöst."

Herr Uldall, was machen Sie gegen diese strukturelle Arbeitslosigkeit, die ausgewiesenermaßen die Migranten und die Frauen wesentlich betrifft? Unter anderem – meine Kollegin hatte es herausgestellt – streichen Sie im Integrationsbereich für Migranten die Ausgaben um genau 12 Prozent. Die Folge ist, dass die Ausbildungsquote von Jugendlichen mit Migrationshintergrund weiter rückläufig ist und inzwischen insgesamt bei ungefähr 6,3 Prozent liegt, obwohl diese Bevölkerungsgruppe 20 Prozent ausmacht.

B

Das Stichwort "Fachkräftemangel" haben wir schon genannt aber, ich glaube, ich möchte Ihnen noch einen Bereich zumuten, und zwar Herrn Uldalls Strukturpolitik. Wir haben im Haushaltsausschuss lange darum gerungen, welche Art von Arbeitsmarktpolitik wir eigentlich brauchen. Herrn Uldalls Entscheidung ist die Investition in Arbeitsplätze. Diese Investition in Arbeitsplätze, so führt er immer wieder aus, würde sich heute auszahlen. Genau deswegen hätten wir mehr Arbeitsplätze. Er hat unter anderem ungefähr 7,3 Millionen aus der aktiven Arbeitsmarktförderung herausgenommen. Herr Uldall, wenn es jetzt darum geht, zu sagen: "Wo kommen diese Arbeitsplätze eigentlich her, auf die Sie sich immer berufen?", dann ist es genau so, dass Sie von diesen 7 Millionen, die Sie der Förderung der Arbeitslosen entzogen haben, 1 Million umgesetzt haben. Das bedeutet doch ganz konkret, dass es zwar neue Arbeitsplätze gibt – klar, die Konjunktur brummt. Bloß, Herr Uldall, Sie können nichts dafür. Das ist doch genau der entscheidende Punkt dabei.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Robert Heinemann CDU: Aber Sie bestimmt auch nicht!)

Ich glaube, hier herrscht ein bisschen Sommerstimmung oder Sommerferienstimmung. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Themen und den Herausforderungen, die der Arbeitsmarkt bildet, findet hier heute anscheinend tatsächlich nicht mehr statt, sondern es bleibt dabei, sich immer darauf auszuruhen, dass es der Wirtschaft gut geht. Das kann es letztendlich nicht sein. Wir werden morgen das Thema "Fachkräftemangel" sicherlich noch

weiter vertiefen. Ich hoffe, dass ich dann auf etwas mehr Aufmerksamkeit bei Ihnen treffen kann. – Vielen Dank.

C

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen, am Donnerstag, mit dem dritten Thema fortsetzen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2, der Wahl von zwei vertretenden Mitgliedern der Kommission für Stadtentwicklung.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl von zwei vertretenden Mitgliedern der Kommission für Stadtentwicklung
- Drs. 18/6520 -]**

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält bei den Namen Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Kreuzen Sie aber bitte bei jedem Namen nur ein Kästchen an. Mehrere Kreuze bei einzelnen Namen beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführerinnen bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt und ich werde sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.¹

D

Wir kommen zum Punkt 15 der heutigen Tagesordnung, der Senatsmitteilung "Hamburg schützt seine Kinder: Umsetzung der Maßnahmen".

**[Senatsmitteilung:
"Hamburg schützt seine Kinder:
Umsetzung der Maßnahmen"
- Drs. 18/6369 -]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss und mitberatend an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Kienschurf, bitte.

Dirk Kienschurf SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat dieses Thema heute zur Debatte angemeldet, nachdem es die CDU-Fraktion wieder einmal nicht geschafft hat, sich dazu durchzuringen, wie auch beim letzten Mal, als es im Dezember darum ging, die Stellungnahme des Senates zu dem Ersuchen des Sonderausschusses zu bewerten. Auch da haben Sie die Debatte nicht angemeldet. Das zeigt doch ganz deutlich, wie wenig Sie sich für dieses wichtige Thema interessieren. Das ist enttäuschend. Wir Sozialdemokraten interessieren uns für das Thema und wir wollen es voranbringen.

¹ Ergebnisse siehe Seite 4464 D

- A (Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Da klatschen Leute, die habe ich noch nie im Jugendausschuss gesehen!)
- Was umso mehr bestürzt, Herr Hesse, ist, dass bei dem wichtigen Thema, als wir zum Beispiel in der letzten Woche im Jugend- und Familienausschuss, den Sie hier eben gerade angesprochen haben, über das Thema "Hilfen zur Erziehung" sprachen, es die Sozialsenatorin nicht für nötig empfunden hat zu kommen. Der Staatsrat hat es nicht für nötig empfunden zu kommen. Und die Senatorin hält es auch weiterhin nicht für nötig, an solchen Debatten teilzunehmen, gerade wenn es um ihr Konzept geht. Wie deutlich muss man denn sagen oder wie deutlich ist es denn, dass sie kein Interesse daran hat, dass es den Kindern in unserer Stadt besser geht, Herr Hesse?
- (Beifall bei der SPD – *Michael Neumann SPD*: Schämen Sie sich!)
- Das ist doch ein deutliches Signal. Es ist doch letztendlich ungeheuerlich, dass die Senatorin hier und heute – im letzten Ausschuss war sie nicht da – auch wieder die Diskussion verweigert. Das Einzige, was sie macht: Sie ließ sich gestern feiern und das – Frau Blömeke hat zu Recht gesagt – in selbstgefälliger Art und Weise. Oder sie macht Pressekonferenzen, wie zum Beispiel anlässlich dieser Drucksache. Sie macht auch Pressekonferenzen hinsichtlich unseres Ersuchens, das Sie auch mit beschlossen haben und in Ihrer Antwort. Aber was sie nicht macht, ist, hier in der Bürgerschaft die politische Auseinandersetzung zu führen. Stattdessen lesen wir vollmundig:
- B "'Hamburg schützt seine Kinder' ...: Ein stolzes Bekenntnis zu dem, was wir in den vergangenen Jahren ... erreicht haben."
- (*Rolf Harlinghausen CDU*: Sie lesen vollmundig. Wie machen Sie das denn?)
- Ich kann Ihnen nur eins sagen: Stolz können nur diejenigen sein, die trotz unzumutbarer Arbeitsbelastung und trotz der schlimmen Situation, die wir nach wie vor im ASD-Bereich und bei den Freien Trägern haben, die sich wirklich um den Schutz unserer Kinder kümmern. Das ist nicht die Sozialsenatorin, lieber Herr Hesse.
- (Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)
- Deswegen empfinden wir es auch als völlig unangebracht – aber dazu können Sie ja vielleicht gleich auch etwas sagen –, wenn die Senatorin in ihrer Drucksache schreibt, da betreibt sie – das versucht sie schon seit einigen Wochen – Legendenbildung, dass der Senat nach dem Tod von Jessica umgehend alle Anstrengungen unternommen hat, um Kinder in Hamburg besser zu schützen, umgehend. Wir alle wissen, dass der tragische Tod von Jessica am 1. März 2005 war. Über sieben Monate später, am 17. November 2005 gab es einen kleinen Parteitag Ihrer Partei. Ich glaube, es waren Herr Weinberg, Ihr Ex-Kollege, und der Bürgermeister, die beide gesagt haben, dass wir es nicht mehr zulassen können, dass in dieser Stadt nichts passiert, und die die Sozialsenatorin aufgefordert haben, endlich etwas zu machen. Sich dann mehrere Monate später hinzustellen und zu sagen und zu behaupten, sie hätte umgehend alles Mögliche erlassen, entspricht nicht der Wahrheit, das ist Legendenbildung und nützt keinem in dieser Stadt.
- (Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)
- C (Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)
- Die eine oder andere Maßnahme haben Sie ergriffen, aber das, was Sie eigentlich hätten tun sollen, haben Sie bis heute nicht gemacht.
- (*Rolf Harlinghausen CDU*: Polemisches Wortgeklänge!)
- Sie haben Möglichkeiten, auf der Landesebene entsprechend zu agieren. Da geht es insbesondere um das Thema U-Untersuchung und um die Verbindlichkeit von Gesundheitsuntersuchungen für Kinder. Und wohinter versteckt sich Frau Sozialsenatorin? – Immer und immer wieder sagt sie, wir hätten hier eine Bundesratsinitiative gestartet und warten jetzt einmal, bis die umgesetzt wird, und wir seien auf gutem Wege. Ihre saarländischen Kollegen machen es da ganz anders. Die sagen, sie hätten auch eine Bundesratsinitiative gestartet, aber bis die irgendwann in einigen Jahren einmal durchkommt, erlassen sie ein Landesgesetz und schützen damit wirksam die Kinder in ihrem Land. Genau dieses Landesgesetz brauchen wir in Hamburg auch. Hier verweigern Sie sich.
- (Beifall bei der SPD)
- Und Sie verweigern sich auch, wenn es darum geht, die Personalsituation beim ASD richtig zu bewerten. Natürlich sagen Sie, dass Sie alle vakanten Stellen besetzt haben.
- (Zurufe von der CDU: Ja, ja!)
- Wobei das auch nicht stimmt. Das ist auch falsch. Aber dazu komme ich gleich.
- (Zurufe von der CDU)
- D Aber das behaupten Sie jedenfalls erst einmal. Das war auch im Sonderausschuss nicht das Thema. Herr Hesse, das haben Sie auch mit beschlossen. Unser Thema war zum einen, dass es um vakante Stellen ging, dass wir aber gleichzeitig den Bedarf, den wir insgesamt in dieser Stadt haben, ermitteln wollten. Diese Bedarfsermittlung, die mit einbezieht, dass wir immer mehr Kinder in dieser Stadt haben, die in Armut leben müssen – diesen Bedarf haben Sie bis heute nicht berechnet und den wollen Sie auch weiterhin nicht berechnen. Von daher ist das, was Sie bisher getan haben, alles nur halbherzig.
- (Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)
- Wir brauchen nicht nur eine Diskussion hinsichtlich dieser 270 Stellen, sondern wir brauchen auch eine Diskussion hinsichtlich des Bedarfes. Was wir auf keinen Fall brauchen – was sich jetzt andeutet –, ist, dass das Debakel um den LBK nun auch direkte Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit des ASD hat.
- Meine Kollegin Hilgers hat vor einigen Wochen eine Anfrage dahingehend gestellt und den Senat gefragt, ob es solche Auswirkungen gibt und ob es dazu kommen kann, dass bestimmte Stellen beim ASD nicht nachbesetzt werden. Der Senat hat dies verneint. Dann ist es doch sehr merkwürdig, meine Damen und Herren von der CDU, dass das Personalamt am 4. Juni 2007 den Bezirksämtern mitgeteilt hat, dass vakante Stellen vor dem Hintergrund der rückkehrwilligen Kräfte aus dem LBK bei dem ASD aufgrund einer Staatsrätebesprechung nicht mehr besetzt werden dürfen.
- (*Michael Neumann SPD*: Das ist ja unglaublich!)

- A Es ist nicht nur ein unglaublicher Vorgang, dass Sie die Anfrage falsch beantwortet haben, sondern dass Sie hier wissentlich den ASD und damit den Schutz von Kindern in dieser Stadt gefährden. Wir werden das nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Sie selber sagen, dass Sie durch die Organisationsreform beim ASD erhebliche Einsparungen haben realisieren können. Doch auch das ist nur die halbe Wahrheit. In einem internen Vermerk der BSG aus dem November 2005 steht ganz klar, dass solche Veränderungen zu keinen großen Einsparungen und Verbesserungen führen werden, außer man würde ein neues EDV-System einführen. Dieses neue EDV-System werden Sie aber nicht einführen, wie Sie in Ihrer Drucksache ausführen. Also auch hier werden die Kinder und die Hilfe suchenden Menschen in dieser Stadt weiterhin vertröstet.

Wir, das Parlament, und die Stadt insgesamt brauchen eine Diskussion darüber, wie wir es schaffen können, den Kindern in unserer Stadt wirksamen Schutz zu geben. Und wir müssen diese Diskussion immer führen, wenn es die Gelegenheit gibt, das heißt wenn der Senat Mitteilungen an das Parlament gibt. Und wir müssen sie insbesondere führen, wenn es Anhaltspunkte dahingehend gibt, dass noch nicht alles so toll ist, wie es zu sein scheint und wie Sie uns glauben machen wollen. Was wir in den letzten Wochen erlebt haben, ist, dass Sie jeglicher Diskussion ausgewichen sind und dass wir eine Sozialsenatorin haben, die eine Legendenbildung betreibt. Das alles braucht die Stadt nicht. Wir brauchen konkrete Taten, wir wollen unsere Kinder schützen und wir brauchen eine entsprechende parlamentarische Begleitung. Und wir brauchen eine Sozialsenatorin, die sich endlich ihrer Verantwortung stellt. Das macht sie nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auf den letzten Beitrag möchte ich eigentlich gar nicht näher eingehen. Ich fand ihn eigentlich der Sache unangemessen und viel zu polemisch.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin grundsätzlich nicht der Meinung, dass das ein Thema ist, um ordentlich auf den Putz zu hauen. Sondern wir sollten eigentlich nachdenklich überlegen,

(*Michael Neumann SPD:* Ja, einmal was machen!)

wie wir die Situation der Kinder bei uns in Hamburg verbessern können.

(Beifall bei der CDU)

Wir waren, was die gemeinsame Zusammenarbeit anging, kann ich mich erinnern, schon wesentlich weiter.

(*Michael Neumann SPD:* Aber es wird doch nichts gemacht!)

Wenn man da so auf den Putz haut, bringt das relativ wenig.

– Von Ihnen aus der ersten Reihe kommt auch nur Störfeuer. Am Thema sind Sie auch wenig interessiert. Da wird doch auch nur herumgeblubbert.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme jetzt einmal ganz kurz – das ist aber auch alles, was ich zu Ihrem Beitrag sagen möchte – zum Thema Legendenbildung. Sie tun so, als wäre unsere Bürgermeisterin heute nicht da, weil sie Angst vor Ihrem gigantischen Beitrag hätte oder weil sie sich drücken will oder sonst irgendetwas.

(Lachen bei der CDU)

Sie ist heute auf einer Gesundheitsministerkonferenz. Das war Ihnen vorher bekannt. Und Sie erwecken hier den Anschein, als wenn Sie sich drücken wolle. – Das ist Legendenbildung, mehr nicht.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD:* Und der Staatsrat?)

Der vorliegenden Senatsmitteilung kann ich auf jeden Fall eines entnehmen: Beim Thema Kinderschutz wird in Hamburg nicht mit der sozialpolitischen Gießkanne herumgekleckert, sondern wir haben hier einen ganz wichtigen Handlungsschwerpunkt. Das zeigt sich zum Beispiel bei der Personalausstattung der Allgemeinen Sozialen Dienste. Ich kann mich aus früheren Jahren erinnern, dass das einmal ein Steinbruch war, bei dem eingespart wurde, und in der Personalausstattung ungefähr 90 Prozent der Planstellen besetzt waren. Das war auch bis 2006 nach wie vor der Fall. Dann hat sich das aufgrund der anderen Einstellungssituation, die wir gemeinsam beschlossen haben, deutlich geändert. Wir haben schon im April 98,6 Prozent erreicht. Dann ging die Zahl im Herbst auf 96,74 Prozent ein bisschen zurück. Aber das ist an sich schon für sich genommen ein sehr hoher Wert. Am 1. Januar hatten wir 99,6 Prozent und jetzt im April haben wir mittlerweile über 100 Prozent. Das nenne ich Schwerpunktbildung.

(Beifall bei der CDU)

Es wird dann auch nicht irgendwie nur so herumgeredet, sondern das ist Hilfe, die ankommt. Es ist das eine, ob man über eine Sache spricht, und es ist das andere, ob man sachgerecht handelt.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann eins betonen: Beim Thema Kinderschutz ist in den letzten Jahren und Monaten entschieden worden und sachgerecht gehandelt worden. So konnten auch viele Kinder erreicht werden und es konnte vielen Kindern geholfen werden. Grundlage ist die eigene Erkenntnis – dass wir, nachdem wir die Regierung übernommen haben, gemerkt haben, dass dort gehandelt werden musste. Aber wir haben auch die Drucksache "Hamburg schützt seine Kinder" aus dem Herbst 2005 und die gemeinsame Arbeit, die wir hier im Haus und im Sonderausschuss "Vernachlässigte Kinder" mit einem langen Katalog im Januar 2006 einstimmig beschlossen haben.

Wir haben uns nach dem Fall Jessica gemeinsam gesagt, dass so etwas in Hamburg nicht wieder geschehen darf. Ich glaube, wir sind uns durchaus einig. Der Senat hat eine lange Liste von Punkten bekommen, bei denen wir gesagt haben, dass wir etwas ändern oder verbessern müssen. Das stand alles auf dem Prüfstand. Es ist viel geprüft worden, es hat sich viel verändert, es ist auch sehr zeitnah gehandelt worden. Es ist zügig gehandelt worden, es ist konsequent gehandelt worden, aber dennoch wohlüberlegt – kein hektischer Schnellschuss, irgendetwas aus der Lamäng heraus, sondern es wurde

- A wohlüberlegt Punkt für Punkt abgearbeitet. Sie können dem Anhang der Drucksache entnehmen, dass weit über 20 Maßnahmen und Handlungsfelder Bestandteil der Arbeit des Senates in den vergangenen Monaten waren.

Ich möchte ganz kurz einige wichtige Beispiele und Maßnahmen nennen, die ergriffen worden sind. Die Informationsgrundlage der handelnden Stellen wurde verbessert. Das war vorher ein großer Nachteil. Es hat sich in dem Bezug schon einmal sehr viel geändert. Die verbindliche Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden, Dienststellen und Freien Träger wurde erheblich verbessert. Es gibt ein neues Meldeverfahren. Ich möchte auch die Kinderschutzhotline nennen: 426 427 428 lautet die einfache Telefonnummer. Diese ist sehr rege angenommen worden. Das ist ein wichtiges Instrument. Man muss sich nicht irgendwo mit dem Hamburg-Leitfaden durchtelefonieren, sondern man hat eine zentrale Stelle. Das ist ganz wichtig in solch einem Fall. Aber auch Orientierungsleitfaden, Fachveranstaltungen und Fortbildungen geben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den verschiedenen Dienststellen Handlungssicherheit.

Zur Personalausstattung des Allgemeinen Sozialen Dienstes habe ich schon etwas gesagt. Aber auch, dass hier die Stellen extern ausgeschrieben werden, ist sehr positiv. Wir haben uns auch sehr darüber gefreut, dass hier richtig Zug in den Kamin gekommen ist. Insofern hat sich dort eine ganze Menge geändert.

Was den Bundesrat angeht: Wir sind der Meinung – wir haben das hier auch schon einmal debattiert: Es macht keinen Sinn, wenn wir hier eine Insellösung machen,

- B (Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

denn wir wollen natürlich, dass nicht nur die Kinder in Hamburg geschützt werden, sondern wir wollen eine bundesweite Lösung anschieben. Ich glaube, da haben wir auch eher den langen Atem, als dass wir den schnellen kleinen Erfolg irgendwo versuchen übers Knie zu brechen, der dann doch nicht wirklich trägt.

Aber auch am Hamburger Haushalt kann man das sehen: Für Familien-, Kinder- und Jugendhilfe beziehungsweise -förderung wurden im Jahr 2001 563 Millionen ausgegeben, mittlerweile – in 2006 – sind es 648 Millionen. Das sind 85 Millionen mehr, eine Steigerung von 15,12 Prozent. Das ist auch eine wirkliche Schwerpunktbildung – und das vor dem Hintergrund knapper Kassen.

(Beifall bei der CDU)

Denn wir müssen immer eines bedenken: Mit dem Geld, das wir heute von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zur Verfügung gestellt bekommen, müssen wir natürlich auch sparsam umgehen. Denn die schlechteste Politik, die wir für unsere Kinder machen könnten, ist, wenn wir heute eine unsolide Haushaltspolitik machen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist es auch wichtig, dass wir hier für die Kinder eine Schwerpunktbildung haben. Die ist ganz klar da, aber wir müssen auch das immer im Auge behalten, das ist gar keine Frage.

Aber ich möchte noch weitere Bereiche nennen: Das 100-Millionen-Euro-Programm "Lebenswerte Stadt" erreicht auch die Bildungswende in Hamburg. Es ist ein Thema, das dort von Bedeutung ist. Es wird ab kommendem

Schuljahr kleine Klassen in sozialen Brennpunkten oder Gebieten, in denen wir meinen, dass es sinnvoll ist und Grundschulklassen mit nur 18 Kindern geben. Das gibt es nirgendwo im Bundesgebiet, frühkindliche Förderung und Sprachförderung sind weitere Bereiche, die von Bedeutung sind.

Es gibt zu dem Thema sicherlich noch vieles zu sagen. Auch wir sehen es als sinnvoll an, die Drucksachen zu überweisen. Wir wollen die Drucksachen für eine Zwischenbilanz nutzen und auch gerne mit Ihnen darüber sprechen. Sinn und Zweck der Sache ist es, dass wir nicht nur im Ausschuss ritualisiert Pingpong spielen, sondern wir stellen uns das so vor, dass wir dort versuchen, Punkt für Punkt sachlich abzuhandeln. Ich hoffe, dass sich vielleicht das eine oder andere Gemüt im Ausschuss wieder abgekühlt hat. Dann kommen wir mit Sicherheit weiter.

Ich möchte aber heute schon das Fazit vorwegnehmen: Das konsequente Handeln des Senates hat zu einer deutlichen Verbesserung des Kindeswohls und des Kinderschutzes in Hamburg geführt.

(Beifall bei der CDU)

Der Kinderschutz, meine Damen und Herren, ist bei uns in guten Händen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr von Frankenberg, in einer Sache muss ich Ihnen aber ganz energisch widersprechen: Nicht Ihre Regierungsübernahme hat Sie dazu getrieben, sich um den Kinderschutz zu kümmern, sondern der tragische Tod des Mädchens Jessica war es.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist eine ganz bösar-tige Unterstellung!)

Aber ich kann Ihnen in einem Punkt sogar zustimme, denn ich finde nicht, dass sich das Thema Kinderschutz für eine politische Auseinandersetzung eignet, denn viel zu betroffen haben uns in der Vergangenheit die Fälle von Kindern gemacht, die gefährdet oder sogar zu Tode gekommen sind. Aus jedem dieser Einzelfälle haben wir, haben der Senat und das Parlament gelernt und uns das Ziel vereint, hier Abhilfe zu schaffen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, auch der CDU-Fraktion, damit hört es mit den Gemeinsamkeiten leider schon auf, denn ich muss an dieser Stelle klipp und klar sagen, dass das, was Sie uns in der Drucksache "Hamburg schützt seine Kinder" vorstellen, nicht ausreichend ist, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen.

Herr von Frankenberg hat es gerade erwähnt: 20 Maßnahmen, 19 davon beschäftigen sich mit der Optimierung von Handlungsabläufen. Neue Meldebögen, Richtlinien, Dienstanweisungen, Formblätter, Handlungsleitfäden, Rahmenvereinbarungen und so weiter sind Ihr viel gepriesenes Maßnahmenbündel. Doch so, baut Ihre Senatorin, die heute nicht da ist, aber Sie können es ja weitergeben, nur einen ungeheuren Papiertiger auf, aber den Kindern ist damit noch nicht geholfen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

C

D

- A Ein optimiertes Management verändert leider nicht die prekären Lebenssituationen von Kindern und Familien. Ein optimiertes Management ersetzt auch nicht die Menschen, ersetzt nicht die Fachleute, die in die Familien reingehen und vor Ort helfen. Ein Netzwerk Kindeswohl wie wir Grünen uns das vorstellen, muss wesentlich umfassender sein als das, was Sie uns hier präsentieren.

Die Optimierung von Handlungsabläufen, Dokumentation in ein verbindliches Meldewesen, ist sicherlich eine Masche im Netzwerk Kindeswohl, aber erst die Verknüpfung mit den praktischen Hilfen kann ein solides Netzwerk zum Schutz vor Kindesvernachlässigung bilden. Daran fehlt es in Ihrem Maßnahmenkatalog und deshalb kann man ihn auch nicht so hochloben.

Sieben Familienhebammen mehr – das steht auch in Ihrer Drucksache – ist ein Schritt in die richtige Richtung, weil das Hilfe ist, die in der Familie ankommt. Aber wer in Ihrem Konzept weitere Maßnahmen sucht, der kann lange suchen, da stehen nämlich keine drin.

Meine Damen und Herren! Wer Kinder schützen will, muss früh anfangen. Das beginnt aus Sicht der GAL-Fraktion mit einer Meldekette, die schon mit den routinemäßigen Säuglingserstbesuchen stattfinden würde, wenn sie denn wieder gewollt wären. Die hatten wir vor 20 Jahren schon einmal – das ist richtig –, aber die würden uns auch heute gute Dienste tun.

(Beifall bei der GAL)

Diese Meldekette setzt sich fort mit einer personellen Aufstockung bei den Mütterberatungsstellen. Dort sind die Öffnungszeiten im Moment so etwas von unzureichend, dass da kaum jemand Rat sucht. Auch Hausbesuche können aufgrund der personellen Knappheit nicht stattfinden. Nicht zuletzt setzt sich diese Meldekette über einen Ausbau der aufsuchenden Arbeit im Wohnquartier der Familien fort. Neue Probleme, wie wir sie jetzt haben, erfordern auch neue Lösungsansätze. Es reicht einfach nicht aus, Herr von Frankenberg, eine Kinderschutz-Hotline einzurichten, unter der Meldungen für Kindeswohlgefährdung eingehen können. Im Gegenteil. Aus der Praxis wird berichtet, dass sich Eltern, die in etwas prekären Lebenssituationen leben, jetzt erst recht zurückziehen, weil sie Angst vor einer Meldung haben. Viel wichtiger ist es doch, dass wir mehr aufsuchende Arbeit im Quartier machen, dass wir den Familien in ihrem Wohnumfeld begegnen, dort, wo sie sich aufhalten. Das können auch ganz neue Orte sein, Supermärkte, Kneipen. Das kann vor dem Bahnhof sein, das kann auf Wochenmärkten sein. Wir müssen doch Kräfte einsetzen, dass die Menschen dort aufgesucht werden, wo sie sich befinden.

Leider findet sich keine dieser präventiven Maßnahmen in dem Sachstandsbericht zur Umsetzung der Maßnahmen Kinderschutz. Da ist die große Lücke. Aber es lassen sich noch weitere Lücken finden – und da will ich auf meinen Vorredner, Herrn Kienscherf, eingehen –, zum Beispiel in der Stellenausstattung der Allgemeinen Sozialen Dienste, die in ihrem Netzwerk Kindeswohl eine zentrale Rolle einnehmen, denn sie sind schließlich die erste Anlaufstelle, wo alle Fäden zusammenlaufen. Hier hat der Senat seine Aufgabe eindeutig nicht erfüllt. Zwar versucht der Senat immer wieder, diese Stellenausstattung bei den Allgemeinen Sozialen Diensten schönzureden, aber die Praxis sieht anders aus. Ich möchte Ihnen das gerne anhand eines Beispiels in Bergedorf schildern.

In Bergedorf ist die Personalsituation der sozialen Dienste auch nach zwei Jahren intensiver Diskussion immer noch angespannt. Die vakanten Stellen – das haben wir gehört – sind dort alle besetzt worden, aber die Grundausrüstung der Mitarbeiter vor Ort hat sich nicht verändert. 14,6 Mitarbeiter sind immer noch für 120 000 Einwohner zuständig. Machen Sie sich das einmal klar.

(Zuruf von *Olaf Böttger CDU*)

Das ist ein Mitarbeiter des ASD für 8500 Einwohner, Herr Böttger. Das können wir jetzt ausrechnen. Im Durchschnitt muss sich ein Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes in Bergedorf mit 90 Fällen zeitgleich beschäftigen. Das ist unverantwortlich. Ich kann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort verstehen, die jetzt schon wieder ihren Bezirksamtsleiter Überlastungsanzeigen schreiben, in denen sie deutlich machen, dass sie Schutz und Hilfsauftrag nicht ausreichend nachkommen können. Solch eine Situation zu tolerieren, Herr von Frankenberg, ist unverantwortlich. Da nützt Ihre ganze Schönrederei nicht. Es ist angesichts dieser Zustände völlig unverständlich, dass sich auch der Senat zurücklehnt und sich lediglich darin sonnt, die vakanten Stellen besetzt zu haben und zusätzlich acht Stellen für diese sogenannte Task Force Kinderschutz geschaffen zu haben. Auch diese acht Stellen Task Force oder Koordinatoren für Kinderschutz, wie sie jetzt heißen, sind keine Menschen, die in die Familien reingehen, sondern die übergeordnete Koordinierungstätigkeiten wahrnehmen. Es fehlt die Hilfe in der Familie.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Andrea Hilgers SPD*)

- B Was also endlich fehlt, sowohl beim Senat als auch bei der CDU-Fraktion, ist der Blick auf die reale Situation. Die Antwort auf ein erhöhtes Fallaufkommen – das haben wir alle einstimmig festgestellt, dass wir es haben – kann nicht nur die Optimierung von Handlungsabläufen sein, die die Mitarbeiter sogar zum Ausfüllen von zehnteiligen Formblättern an den Schreibtisch zwingt, nein, die Antwort muss doch lauten, eine deutliche Reduzierung der Fallzahlen pro Mitarbeiter zu erreichen, um wirklich sicherzustellen, dass keine Familie die Hilfe benötigt, und kein Kind, das Unterstützung braucht, durch die Maschen fällt.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Das geht bei gestiegenen Bedürfnissen nur mit mehr Personal.

Nicht zuletzt können die Maßnahmen vom Kinderschutz nicht von der Debatte um die Kindertagesbetreuung losgelöst werden. Das haben Sie auch gerade erwähnt. Sie rühmen sich damit, im Jahr 2006 rund 760 Gutscheine der sogenannten Priorität 1 – das sind die besonderen sozialen Bedürfnisse – vergeben zu haben. Aber, meine Damen und Herren, diese Zahl muss uns doch erst recht aufrütteln. 760 Scheine der sogenannten Prio 1, da können wir uns doch nicht bequem zurücklehnen, sondern da muss es doch heißen, dass wir hier umfassendere Konzepte brauchen, nämlich den Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr und endlich mehr Ganztagesplätze, gerade auch für die Kinder aus benachteiligten Familien.

(Beifall bei der GAL)

C

D

- A So würden Konzepte aussehen, die Kinder schützen würden. Doch anstatt die bedürftigen Kinder in die Kita reinzuholen, lassen Sie sich vor der Tür stehen. Aufwendige Anträge sind notwendig, wenn sie überhaupt reinkommen. Der Senat muss meiner Ansicht nach endlich dafür Sorge tragen, dass aus diesen benachteiligten Familien Kinder von Anfang an das Anrecht auf Betreuung und Bildung haben. Auch das ist praktizierter Kinderschutz.

Bleibt als Fazit festzustellen: Die Maßnahmen des Senats sind einseitig und unzureichend. Von einem vielfältigen Maßnahmenbündel, wie darin so schön geschrieben wird, und umfassenden Konsequenzen kann wirklich nicht die Rede sein. Zeitnah, Herr Kienscherf, da gebe ich Ihnen völlig recht und widerspreche Herrn von Frankenberg, ist wirklich etwas anderes, wenn man nach zwei Jahren einen Maßnahmenkatalog vorstellt. Aber über Zeit haben wir vielleicht eine unterschiedliche Vorstellung.

Man kann feststellen, dass der Senat mit seinen Maßnahmen nach zwei Jahren auf halber Strecke einfach stehen bleibt. Das ist mehr als enttäuschend und kein ausreichender Beitrag für den Schutz der Kinder in Hamburg. Ich erwarte da einfach noch mehr.

(Beifall bei der GAL und bei *Britta Ernst SPD*)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Senatorin Dinges-Dierig.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kinderschutz ist und bleibt eines der wichtigsten Anliegen des Senats. Das möchte ich zunächst einmal feststellen.

- B (Beifall bei der CDU – Zurufe von der GAL)

Herr Kienscherf, zu Ihren Ausführungen möchte ich sagen, dass der große Unterschied zu Ihnen vielleicht darin besteht, dass wir nicht reden, sondern handeln.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Das haben wir gemerkt!)

Vielleicht ist es noch ein großer Unterschied, dass wir nicht endlos rechnen und diskutieren, wie Sie es eben vorgeschlagen haben, sondern dass wir erkennbare Lücken sofort entschlossen schließen. Das haben wir getan.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Haha!)

Für den Fall, dass Sie es bisher noch nicht mitbekommen haben, dass wir im Bereich des Kinderschutzes Vorreiter in Deutschland sind. Wir sind es auch bei vielen Gesundheitsthemen. Deshalb ist es absolut notwendig, dass Frau Schnieber-Jastram heute bei der Gesundheitsminister-Konferenz ist, um unsere Vorreiterrolle für ganz Deutschland wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU – *Karl-Heinz Warnholz CDU*: Bravo!)

Frau Blömeke, nun zu dem, was Sie gesagt haben. Sie sprachen davon, dass der Bericht nur eine Optimierung von Handlungsabläufen vorsieht. Ich weiß nicht, ob Sie und ich denselben Bericht gelesen haben. Ich habe ein bisschen mehr daraus gelesen, aber ich will Ihnen eines zu den Handlungsabläufen sagen. Wir haben 2005 – und das war das Datum, über das Sie debattiert haben, ob es früh genug und schnell genug war – festgestellt, dass in den Handlungsabläufen immense Lücken waren. Miss-

verständnisse zwischen den verschiedenen Ämtern und handelnden Personen waren an der Tagesordnung. Dann ist es nur konsequent, diese als erstes festzustellen und umgehend zu schließen und darüber hinaus die anderen Maßnahmen darauf aufzubauen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist der Ihnen jetzt vorliegende Bericht ein Zwischenbericht. Es ist eine erste Bilanz. Ich denke, diese zwei Jahre sind notwendig. Wenn Sie sich einmal diese letzten zwei Jahre vor Augen halten: Am 1. März 2005 war der tragische Vorfall von Jessica, im April 2005 haben wir den Schulzwang beschlossen, im selben Monat ist die Projektgruppe eingesetzt worden, um Arbeitsabläufe und zusätzliche Maßnahmen zu prüfen. Die sind in der Zwischenzeit alle auf die Spur gesetzt worden. Auch die von Ihnen immer wieder angekreideten nicht besetzten Stellen im ASD, die zu rot-grünen Zeiten schon nicht besetzt waren, sind jetzt mehr als besetzt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es notwendig, dass wir auf allen Ebenen handeln. Das heißt, nicht nur die Kommunikation zwischen den verschiedenen Ämtern, Schulen, Polizei, Jugendhilfe und den Trägern zu fördern, sondern, dass wir ihnen überhaupt die Möglichkeiten geben, frühzeitig zu erkennen, wo die besonderen Lücken sind. Deshalb ist es besonders wichtig zu erwähnen, dass sich in den vergangenen Jahren 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – das ist keine geringe Zahl – zur Kinderschutzfachkraft qualifiziert haben. Hier ist es ein wichtiges Erkenntnis-element, die Gefährdung wirklich einschätzen zu können. Dieses gibt es in ganz Deutschland nicht. Da sind wir absolut Vorreiter und vorbildlich für ganz Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Im nächsten Jahr werden sich wieder 200 Personen als Kinderschutzfachkraft qualifizieren lassen. Das ist in meinen Augen wirklich entschlossenes Handeln.

Die Angebote zur Prävention, die Unterstützung der Familien, die Sie angemahnt haben, finden in vielfältiger Weise statt. Wir haben nicht nur die Telefon-Hotline – wie stark die angenommen wurde, haben Sie gesehen –, wir haben auch, was früher nicht bestand, die Aufbewahrung der Informationen, die das Erfahrungswissen über die Familien betreffen. Wir haben die Änderungen des Hamburger Schulgesetzes, das zentrale Schülerregister, die Bundesratsinitiative zur verbindlichen Ausgestaltung der Früherkennungsuntersuchung. Wir sehen die ganze Breite der Maßnahmen, die wir haben.

Der Senat hat darüber hinaus auch Konsequenzen aus anderen Fällen gezogen, die in der Zwischenzeit in Deutschland vorgefallen und bekannt geworden sind. Konsequenterweise geht es nicht nur um das Handeln des Staates, sondern es geht auch um die Eltern, um die Bürgerinnen und Bürger, alle Trägereinrichtungen, alle sind angesprochen. Diese Sensibilisierung der Hamburgerinnen und Hamburger hat wirklich stattgefunden. Das beweisen eindeutig die Zahlen. Schauen Sie sich die Kinderschutz-Hotline an. Bis März 2007 wurde in über 250 Fällen eine Prüfung zur möglichen Kindeswohlgefährdung durch den Allgemeinen Sozialen Dienst durchgeführt. Das gab es vorher noch nie. Wir haben die Stellen besetzt und ein Familieninterventionsteam aufgebaut, ein Mobilitätsprogramm und Kinderschutzkoordinatoren. Die arbeiten alle für unsere Kinder vor Ort zum Schutz

C

D

- A unserer Kinder. Wir haben heute über 100 Polizeibeamte im ausgebauten Modellprojekt Hamburger Modell, ein Modell, das Sie selber mit empfohlen haben, das wir in der Expertenkommission vonseiten der Berliner Kollegen gehört haben. Wir haben es jetzt für die Verfolgung von Fällen der Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht. Diese speziell ausgebildeten Beziehungsgewaltsachbearbeiter an den Polizeikommisariaten kümmern sich um die Vernachlässigung Schutzbefohlener.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist aber nicht das Berliner Modell!)

Im Bereich des Schulzwanges – auch eine Maßnahme, die einige von Ihnen kritisiert haben, als es dann zum Schwur der Abstimmung kam – haben wir bis Ende des Jahres 2006 rund 300 Fälle, in denen wir keinen Kontakt zu den Familien hatten, Fälle, bei denen wir früher Monate gebraucht hätten, um überhaupt an die Familie heranzukommen. Durch die Androhung von Schulzwang haben wir in über 80 Fällen die Kinder ganz schnell wieder zur Schule zurückführen können.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass der beste Kinderschutz der ist, der greift, bevor etwas Schlimmes passiert. Deshalb wollen wir mit dem Ausbau der Familienhebammen auf 16 Projekte im Laufe des Jahres – wieder eine Maßnahme vor Ort in den Familien –, den 22 beschlossenen Eltern-/Kind-Zentren – auch eine Maßnahme vor Ort in den Familien und bei den Eltern – und dem Ausbau der sogenannten frühen Hilfen durch fünf Modellprojekte, Familien, die sich in einer sehr schweren Lebensphase befinden, möglichst früh und niedrigschwellig erreichen.

B

Diese Modellprojekte "Prävention von Vernachlässigung" und auch "Frühe Hilfen für Risikofamilien" sowie "Frühe Hilfen Altona" sehen die Zielgruppe der schwangeren Mütter und Väter mit kleinen Kindern vor, die sich selber nicht aktiv um eine Unterstützung bemühen, die wir aufsuchen müssen, um ihnen unsere Unterstützung zu bringen, weil sie sie nicht holen.

Meine Damen und Herren! Ich komme noch einmal auf die Bedeutung von Hamburg für die Entwicklung innerhalb Deutschlands für den Kinderschutz zurück. Hamburg war in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und den kommunalen Spitzenverbänden bei der Erarbeitung eines Empfehlungskataloges für einen wirksamen Kinderschutz formal und inhaltlich federführend. Diese Regelungen zum Kinderschutz sind bei der Jugend- und Familienministerkonferenz im vergangenen Monat verabschiedet worden. Das beweist doch letztendlich wirklich, dass Hamburg im Bereich Kinderschutz spitze in Deutschland ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe Ihnen recht, dass wir mit einem Zwischenbericht noch nicht am Ende angekommen sind. Über das Handlungskonzept "Hamburg schützt seine Kinder" haben wir mit der Initiative "Lebenswerte Stadt Hamburg" ein weiteres Signal zur Verbesserung der Alltagssituation von Familien in Hamburg gesetzt. CDU und Senat wollen auch in Zukunft Bildungsbenachteiligung und Gefährdung im Alltag der Kinder frühzeitig begegnen.

Dieser Bericht, der Ihnen heute vorliegt, beweist eines: Der Hamburger Senat hat entschlossen auf die Probleme reagiert. Wir haben ein dichtes, ein wachsames Netz

geschaffen, welches auf allen Ebenen zum Tragen kommt. Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass wir so für unsere Kinder in unserer Stadt das Beste erreichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Veit.

Carola Veit SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ob wir in Hamburg spitze sind, Frau Senatorin, da sind wir noch nicht so sicher.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Sie nicht! Aber Sie können ja noch daran arbeiten!)

Mit dem Fall Jessica jedenfalls waren wir bundesweit ganz weit unten.

Frau Senatorin, es klingt immer wieder nett, was Sie oder auch Ihre Kollegin Schnieber-Jastram hier erzählen, so nach dem Motto: Alles ist gut. Aber zur Wahrheit würde doch auch gehören, dass man nichts oder wenigstens nichts Nennenswertes verschweigt. Das Thema ist ja auch ein bisschen größer als diese Drucksache. Wir reden hier über bedauernswerte Kinder aus meist armseiligen Verhältnissen. Da muss man hier auch noch einmal sagen und zugeben, dass wir 2003 zwar auch schon 46 000 Kinder im Sozialhilfebezug hatten, aber dass es jetzt 64 000 Kinder sind, die Transferleistungen erhalten. Das ist fast die Hälfte mehr in nur zwei Jahren, meine Damen und Herren. Das ist auch eine Schande für diese Stadt und da kann man sich nicht hier hinstellen und so tun, als habe man alle Probleme gelöst. Sie schaffen doch zum großen Teil erst die Probleme.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL – Viviane Spethmann CDU: Das ist doch nicht die Schuld des Senates!)

Meine Damen und Herren! Vor zwei Jahren mussten wir bei den Ermittlungen des Sonderausschusses in vielen, mitunter quälenden Sitzungen erfahren, wie löchrig das so viel gerühmte soziale Netz für Hamburgs Kinder ist. Quälend war es, weil es in der Tat eine Schande für eine der reichsten Städte Europas ist. Wir haben in aller Deutlichkeit feststellen müssen, dass hier viel zu wenig getan wurde. Die Senatorinnen haben damals Besserung gelobt. Im Ausschuss mochten Sie bisher nicht mit uns darüber reden. Deswegen, Herr Frankenberg, ist es auch keine Überraschung, dass wir das hier anmelden. Dann bekommen Sie es eben hier um die Ohren.

Aus der Drucksache lernen wir nun, dass der Formularverkehr und Datenaustausch zwischen Jugendämtern, Familienkassen, Schulen, Polizei, dem Allgemeinen Sozialen Dienst und den Kindertageseinrichtungen besser funktioniert und dass auch wirklich jemand ans Telefon geht, wenn es klingelt und nicht nur im KJND, wenn dort um des Kindeswohl besorgte Menschen anrufen und dass auch die Stellen besetzt werden. Das ist gut, aber das konnte man doch wohl auch erwarten von unserer Hamburger Verwaltung, dass sie das organisieren kann, wenn sie denn gut ausgestattet ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Kai Voet van Vormizeele CDU: Das haben Sie in 44 Jahren auch nicht geschafft und vieles andere auch nicht!)

Die Frage ist doch, Frau Senatorin – und ich finde es schade, dass Sie die nur gestreift haben –, was in diesen

- A zwei langen Jahren seit dem Tod von Jessica wirklich bei den Menschen angekommen ist, die Hilfe brauchen? Es geht doch nicht nur um die Frage, wie schlimme Fälle besser entdeckt werden können, mit Schülerregistern und so weiter. Wir wollten doch alle gemeinsam, dass Möglichkeiten geschaffen werden, mit denen so etwas von vornherein verhindert werden kann. Da ist in der Tat viel zu wenig passiert und es bleibt auch vieles im Klein-Klein.

Sie rühmen sich insgesamt mit über 100 einzelnen neuen Projekten im Kinder- und Jugendbereich, dass Sie die erdacht hätten und mit dieser schönen runden Zahl wollen Sie dann der staunenden Öffentlichkeit verkaufen, dass sich die Situation für Hamburgs Kinder verbessert habe. Einmal abgesehen davon, dass sich kaum noch jemand in diesem Maßnahmenschungel zurechtfindet und, Herr von Frankenberg, das ist dann schon weniger Handlungsschwerpunkt, das ist dann doch wieder eher die Gießkanne. Da ist leider Vieles reine Kosmetik.

Nehmen wir zum Beispiel den Ausbau der Hebammenprojekte. Die haben Sie ja nicht erdacht, sondern ein kleines bisschen ausgebaut, von sieben auf dreizehn. Jetzt werden es vielleicht noch mal 16. Warum denn so zögerlich? Die Projekte sind doch gut. Der Erfolg ist von allen unbestritten, aber was Sie machen, ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Meinen Sie, dass Sie damit Probleme lösen?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- B Oder auch die Eltern-Kind-Zentren. Wir haben uns damals im Sonderausschuss in langen Sitzungen von den Experten berichten lassen, wie erfolgreich die britischen Early Excellence Centres arbeiten und wir wollten das auch für Hamburg haben. Dabei geht es um die Familien, die kurz vor der Kindeswohlgefährdung stehen. Sie gründen jetzt mit den Eltern-Kind-Zentren ein paar Early Excellence Centres light. Die sollen die elterliche Erziehungskompetenz stärken, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen die Eltern auch mal zu Hause aufsuchen. Das alles soll mehrsprachig geschehen. Das klingt gut, aber nur bis man dann erfährt, dass Sie pro Einrichtung ganze 19 Erzieherwochenstunden zur Verfügung stellen. An drei Tagen in der Woche sollen sich eineinhalb Erzieherinnen und Erzieher vier Stunden lang um jeweils 13 Kinder und ihre Familien kümmern, aufsuchend und mehrsprachig. Frau Senatorin, meine Damen und Herren, das ist wirklich Kosmetik.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich mache das noch einmal deutlich, weil ich diese Zahlen wirklich wichtig finde. Die EU-Experten sagen, dass man eine Erzieherin für drei solcher Kinder bräuchte und die Gruppen sollten nicht größer als acht Kinder sein. Das wären dann 13 Erzieherwochenstunden pro Kind. Wenn man Ihr Projekt umrechnet, dann kommt man auf nicht einmal 1,4 Erzieherwochenstunden pro Kind. Das ist wirklich ein Skandal. 13 Stunden in Europa und 1,4 Stunden in einer der reichsten Städte der EU. Das geht wirklich nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr von Frankenberg, kleinere Klassen fallen Ihnen ein. Kleinere Kitas fallen Ihnen bis heute nicht ein. Das ist und bleibt auch deswegen ein Skandal, meine Damen und Herren, weil Sie gerade in den ärmeren Stadtteilen die Kinder massiv aus den Kitas hinausgedrängt haben. Wir können es hier nicht oft genug betonen. Sie verweigern

den Kindern von Arbeitslosen nach wie vor die Betreuung, obwohl alle Erfahrung zeigt, dass gerade in dieser Gruppe viele Kinder dringend auf die Kita angewiesen wären.

(Zuruf von Robert Heinemann CDU)

Das wissen Sie doch, Herr Heinemann. In den von Ihnen definierten benachteiligten Stadtteilen, Herr Heinemann, gibt es immer noch weniger Krippenplätze als wir Ihnen 2001 hinterlassen haben, denn Sie haben nicht nur abgeschafft, Sie haben auch umverteilt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auch für diesen Skandal sind Sie verantwortlich.

(Robert Heinemann CDU: Lüge! – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Ich erteile Herrn Heinemann einen Ordnungsruf.

Carola Veit (fortfahrend): – Danke, Frau Präsidentin! Herr Heinemann, ich hoffe, Sie informieren sich, vielleicht sprechen Sie einmal mit Ihrem Bürgermeister. Der Bürgermeister hat, nachdem er nun fast sechs Jahre im Amt ist, anscheinend eingegriffen, nur Sie haben es nicht gemerkt. Vor vier Wochen hat er der staunenden Öffentlichkeit verkündet, er wolle nun das Kita-Angebot auch für Kinder von Eltern ausbauen, die nicht berufstätig sind, weil gerade die Kinder in sozialen Brennpunkten – das hatte Herr von Beust bemerkt und der Zeitung mitgeteilt – benachteiligt sind. Ja, wer hätte das gedacht? Außerdem hat er noch bemerkt, dass es um die Qualität der Kitas insgesamt in Hamburg wohl auch nicht so gut bestellt ist. Die wolle er jetzt auch verbessern. Das klingt zunächst einmal gut. Aber, meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben ja dafür gesorgt – und ich finde, Ihre Zwischenrufe belegen das auch, dass Sie nach wie vor davon überzeugt sind –, dass die Zustände in Hamburger Kitas so sind wie sie eben sind, so schlecht. Jetzt, acht Monate vor der Bürgerschaftswahl, schaut Ihr Bürgermeister – bei der Debatte ist er leider wieder nicht anwesend, das ist er bei dem Thema eigentlich nie – treuäugig in die Kameras und redet davon, dass er etwas verbessern wolle. Dagegen wäre nichts zu sagen, wenn jemand seine Fehler einsieht, wenn er es denn wirklich täte,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Wenn Sie erst mal Ihre einsähen!)

denn es ist gerade mal ein halbes Jahr her, dass Sie den Doppelhaushalt 2007/2008 beschlossen haben. Wir wollten damals Verbesserungen für die Kitas und die Kinder in dieser Stadt. Sie haben, wie immer, alles abgelehnt. Ich glaube nicht, dass die Hamburgerinnen und Hamburger jetzt dem Bürgermeister glauben werden.

(Viviane Spethmann CDU: Unglaublich!)

Viele von Ihnen haben dieses grauenhafte Bild vom "durchs Rost fallen" benutzt. Durchs Rost fällt man ins Feuer und das wollten selbst Sie nicht für Hamburgs Kinder, aber auf dem Rost wird man auch gegrillt oder gebraten. Ich weiß nicht, ob das besser sein soll. Das, was Sie, Frau Senatorin, jetzt in immer neuen Variationen einem großen Teil der Hamburger Kinder anbieten, führt direkt und ohne Umwege in den tiefen Keller der sozialen Benachteiligung. Was Sie hier als soziale Politik verkaufen wollen, das ist und bleibt in Wahrheit eine Politik der sozialen Spaltung. – Vielen Dank.

A (Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU:* Ihre Rede war der sozialdemokratische Reflex auf Erichs Erben, die an das Rathaus klopfen.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich würde mir wünschen, dass solche Reden nicht gehalten werden, weil sie dem Thema überhaupt nicht angemessen sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nur kurz ein paar Sachen richtigstellen. Zum einen haben Eltern für ihre Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Insofern stimmt das nicht, was Sie hier erzählt haben. Die Spielräume, die sich für unsere Stadt ergeben, werden konsequent für Kindertageseinrichtungen genutzt. Ich verwahre mich gegen die Aussage, die Hamburger Kitas seien schlecht. Das kann man so nicht stehen lassen. In den Hamburger Kindertagesstätten wird sehr gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andrea Hilgers und Dirk Kienscherf, beide SPD*: Sie haben keine Ahnung!)

Was Sie eben über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindertagesstätten gesagt haben – Sie können es hinterher im Protokoll noch einmal nachlesen –, können Sie so nicht gemeint haben. Ich hoffe, Sie haben sich versprochen, sonst täte mir das leid.

B

(Beifall bei der CDU)

Natürlich haben wir die von Ihnen geschilderte Problemgruppe im Visier. Deshalb gibt es die Viereinhalbjahrigengruppenuntersuchung. Wir haben in dem Zusammenhang die Schulpflicht eingeführt. Dadurch sind die Vorschulklassen in den Gebieten sehr viel größer als vorher. Das heißt, wir haben das Problem im Visier und versuchen, dem vernünftige Lösungen zuzuführen und nicht nur darüber zu reden. Das ist sehr wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Ansonsten ist es bei uns in der Tat anders. Dieses ist nur ein Zwischenbericht. Das heißt, es wird darüber berichtet, was schon gemacht worden ist. Insofern ist es nicht richtig, Frau Blömeke, wenn Sie so tun, als hätte der Senat zwei Jahre geprüft und überlegt, gehandelt und begutachtet und vielleicht noch irgendwo einen runden Tisch oder eine Palaverunde eingerichtet. Als der Sonderausschuss tagte, wurden die ersten Maßnahmen eingeleitet und es wurde konsequent gehandelt. Insofern wird permanent gehandelt und es wird auch über den heutigen Tag hinaus weiter aufgabenkritisch gearbeitet. Das ist anders als früher, das haben Sie nur noch nicht begriffen, aber die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt schon.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Na ja, das mit dem Klatschen kennen wir schon. Je schwächer die Rede und je schwächer die Argumente, desto mehr klatschen Sie.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Oh! – *Bernd Reinert* CDU: Dann müssten die Grünen ja ständig applaudieren!)

C

– Ich nehme das als Applaus für mich und ich finde es nett, dass ich bei der letzten Sitzung so viel Applaus bekomme.

Frau Senatorin Dinges-Dierig, ich habe heute gelernt, dass es eigentlich egal ist, ob Sie hier stehen oder ob Senatorin Schnieber-Jastram hier steht. Die Rede, die Sie gehalten haben, ist gleich. Sie haben wahrscheinlich denselben Redenschreiber, aber Sie haben sie besser vorgelesen. Aber vielleicht stünde es Ihnen gut zu Gesicht, wenn Sie hier einmal sagen würden, okay, das ist ein Zwischenbericht und weil es ein Zwischenbericht ist, ergreifen wir auch einmal das Wort für die Punkte, die noch darin fehlen.

(*Kai Voet van Vormizeele* CDU: Das haben wir dreimal gesagt!)

Ewig diese Selbstbeweihräucherung statt ein bisschen Selbstkritik. Wir haben es gerade gestern wieder beim Kinder- und Jugendbericht erlebt, es wird nur vorgetragen, es wird nur damit geprotzt, was man erreicht hat. Ob es dann wirklich stimmt, kann man noch einmal detailliert überprüfen.

(*Kai Voet van Vormizeele* CDU: Hören Sie in drei Jahren doch einmal zu!)

Aber seien Sie doch einmal ehrlich und sagen Sie, es ist ein Zwischenbericht und wir haben uns erst einmal auf die Optimierung der Handlungsabläufe konzentriert.

(Zurufe von der CDU)

D

Meine Herren, echauffieren Sie sich doch nicht immer so. Wir sind in einer Kita-Debatte. Herr Voet van Vormizeele, ich habe Sie noch nie zum Thema Kindertagesbetreuung reden hören. Das können Sie jetzt einführen.

Stellen Sie sich hier hin, seien Sie selbstkritisch und sagen Sie, da fehlen aber noch eine ganze Menge Maßnahmen, nämlich genau die, die Sie eben nicht aufgezählt haben. Auch bei Ihren Aufzählungen, Frau Senatorin Dinges-Dierig, nennen Sie nicht eine Stelle mehr, die in die Familien hineingehen, außer den Familienhebammen, da habe ich Ihnen Recht gegeben. Ich stimme Frau Veit zu, dass das nicht ausreichend ist, aber es ist eine gute Sache.

Aber alles andere kann sie doch nicht kalt lassen. Ich will Ihnen ein reales Beispiel aus Bergedorf erzähle. Dort muss ein Mitarbeiter zeitgleich 90 Fälle bearbeiten. Das kann Sie doch nicht dazu verleiten zu sagen, alles ist bestens, wir haben noch vakante Stellen aufgefüllt. In anderen Bezirken sieht es übrigens genauso aus – nicht ganz so schlimm –, da sind es 60 Fallbeispiele, die ein Mitarbeiter bearbeiten muss.

(*Lydia Fischer* CDU: Nein, das stimmt nicht!)

Das ist keine Zahl, mit der wir sagen können, dass dort Kinderschutz betrieben wird. Das ist unmöglich.

(Beifall bei der GAL und bei *Doris Mandel* SPD)

Natürlich leisten die Kitas gute Arbeit, Herr von Frankenberg. Ich glaube auch, Frau Veit hat es gar nicht so gemeint, sondern es ging eher um die Tatsache, dass es erstaunlich ist, wie ...

A (Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich muss Sie kurz unterbrechen. Es ist sehr laut und es gibt viele Hintergrundgespräche. Ich bitte um mehr Ruhe. – Frau Blömeke, bitte.

Christiane Blömeke (fortfahrend): Es ist eher erstaunlich, dass diese Kitas so gute Arbeit leisten können, nachdem sie unter anderem 600 Erzieherstellen abbauen mussten. Ich rechne es den Kitas hoch an, dass sie mit aller Kraftanstrengung versuchen, mit weniger Erziehern und erhöhter Gruppenanzahl sehr gute Arbeit zu leisten. Aber die Verantwortung für die großen Gruppen in den Kitas und für weniger Erzieherinnen und Erzieher tragen die CDU-Fraktion und dieser Senat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Noch ein Wort zu Ihrem Konzept "Lebenswerte Stadt Hamburg". Über die Maßnahmen konnte man etwas in der Drucksache "Hamburg schützt seine Kinder" lesen. Ich bin sehr erstaunt gewesen – ich glaube, wir haben schon einmal darüber gestritten, sogar mit Herrn Voet van Vormizeele –, welche Bedeutung Sie jetzt den Spielhäusern beimessen. Die Spielhäuser sollen jetzt finanziell unterstützt werden, damit sie regelhaft vormittags für Kinder eine Betreuung anbieten können. Was ist das denn für ein Schritt? Anstatt entschlossen und konsequent, wie Senatorin Dinges-Dierig es gerade gemacht hat, zu sagen, Kitas haben den Bildungsauftrag, sie haben die Bildungsempfehlung, sie haben ausgebildete Erzieherinnen, sie haben vielleicht sogar bald Erzieherinnen auf Hochschulniveau, da investieren wir und dahin wollen wir unsere Kinder schicken, da erhalten sie Bildung und Betreuung, nutzen Sie ein niedrigschwelliges Angebot, das sicherlich gut ist. Ich habe überhaupt nichts gegen Bildungshäuser, aber sie sind nicht dafür gedacht, gerade Kinder aus sozial schwachen Familien aufzufangen und dort zu fördern. Dafür brauchen wir Kitas, dafür brauchen wir möglicherweise qualifizierte Tagespflege. Aber Ihre Entschlossenheit reicht nur von einem Blickwinkel zum nächsten und weiter geht es nicht. Das bleibt dürrig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Dr. Hilgers.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das könnt ihr doch alles im Fachausschuss beschnacken!)

Dr. Andrea Hilgers SPD:* Herr von Frankenberg, Ihre vasallentreuen Reden ohne Sinn und Verstand sind langweilig, da braucht man gar nicht zuzuhören.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie haben von einem Großteil dessen, worüber Sie heute geredet haben, nämlich vom Thema Kita, null Ahnung. Was Sie der Kollegin vorwerfen – Frau Blömeke hat schon einiges dazu gesagt –, trifft allein Ihre Verantwortung. Sie haben die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher verschlechtert, Sie haben größere Gruppen geschaffen, Sie haben die Qualität dadurch verschlechtert, dass es elf Prozent weniger für das pädagogische Personal gibt. Es fehlen 600 Erzieherinnen und Erzieher, dafür tragen Sie die Verantwortung und dagegen an arbeiten die pädagogischen Fachkräfte in den Kitas. Damit, dass es dort noch Qualität gibt und ein gewisser Standard gehalten werden kann, haben

Sie nichts zu tun. Das ist blanke Selbstausbeutung. Was Sie hier machen, ist jämmerlich, Herr von Frankenberg.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie verweigern öffentlich und im Fachausschuss eine ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema. Seit Wochen und Monaten wird dorthin nichts mehr überwiesen. Zum ersten Male sind Sie heute wieder bereit, eine Drucksache zu überweisen, nachdem schon zwei Ausschüsse ausgefallen sind. Das ist ein vorgezogener Wahlkampf, weil Sie im Ausschuss nicht mehr über heiße Themen reden wollen. Das ist Ihr Problem, aber nicht unseres.

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU:* Kommen Sie doch mal zur Sache!)

– Ich bin bei der Sache, verehrter Kollege, nämlich bei Ihrer Arbeitsverweigerung.

(*Wolfgang Ploog CDU:* Sie sind nur am Schimpfen und Pöbeln! Können Sie auch einmal etwas zur Sache sagen?)

Die Sache ist die: Die Senatorin ist heute zum wiederholten Male nicht da. Sie weigert sich – nicht nur hier, sondern auch im Ausschuss –, sich mit diesem Thema und mit diesem Parlament auseinander zu setzen. Die CDU zieht nach und hilft der Senatorin, indem sie nichts überweist. Sie schicken heute Herrn von Frankenberg in die Bütt, der von dem Thema keine Ahnung hat.

(Beifall bei der SPD – Unmutsäußerungen bei der CDU)

Das ist fortgesetzte Arbeitsverweigerung, gepaart mit Unkenntnis. Sehen Sie zu, dass im Ausschuss wenigstens in der Sache darüber geredet wird und diese beleidigte Nummer von Herrn Frankenberg aufhört.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU:* Frau Hilgers, Sie können mich gar nicht beleidigen. Insofern bin ich auch nicht beleidigt, keine Sorge.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD:* Kann man Sie gar nicht beleidigen?)

– Sie können sagen, was Sie wollen.

Ich möchte Ihren Äußerungen zwei Sachen entgegenhalten. Zum einen sind es die Haushaltszahlen. Wir hatten im Jahre 2001 für die Kindertagesbetreuung Ausgaben in Höhe von 286,13 Millionen Euro, im Jahre 2006 waren es 345,10 Millionen Euro. Das ist ein Plus von 58,92 Millionen Euro, also eine Steigerung um 20,61 Prozent. Die Zahlen lasse ich einmal für sich stehen.

(Beifall bei der CDU)

Dann möchte ich Ihnen noch eine Vorhaltung machen. Herr Kienscherf hatte vorhin das Wort von der Legendenbildung benutzt. Sie arbeiten gerade an einer Legendenbildung. Sie hatten sich einmal im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss beschwert, es würden zu wenige Drucksachen überwiesen und beispielsweise nicht genug über Kinder gesprochen. Weil ich Ihre Äußerungen durchaus ernst nehme, bin ich daraufhin der Sache nachgegangen und habe mir die Protokolle aus 2005 und

- A 2006 angeschaut. Ich habe sie zwischendurch ausgewertet und nehme jetzt nicht in Anspruch, dass es bis auf die letzte Zahl stimmt. Wir hatten den Themenbereich im Jahre 2005, als der Sonderausschuss tagte, dreizehn Mal und in 2006 hatten wir 43 Tagesordnungspunkte, von denen 19 zu dem Thema waren. Dabei habe ich Haushalt und Kita nicht mitgezählt. Außerdem haben wir uns in zwei Einzelfällen zu dem Thema in nicht öffentlicher Sitzung beschäftigt.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ich rede von 2007!)

– Ja, wir sind im Jahre 2007. Ich habe jetzt die Jahre 2005 und 2006 aufgeführt.

Sie konstruieren aus einer nicht überwiesenen Drucksache und einer einmal ausgefallenen Sitzung, dass Sie parlamentarisch nicht arbeiten können. Dann gute Nacht Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Kienscherf.

(Zurufe von der CDU)

Dirk Kienscherf SPD:* Ich mache es kurz, Herr Ploog.

Herr von Frankenberg, das, was Sie hier bringen, ist in der Tat lächerlich. Zum einen wissen Sie ganz genau, dass wir im Sozialausschuss kaum Drucksachen haben, dass der leer gelaufen ist.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Stimmt doch gar nicht!)

- B Auch im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss haben wir kaum noch Drucksachen. Zum anderen haben Sie das, was Frau Veit vorhin angesprochen hatte, dass Sie in den benachteiligten Stadtteilen Stellen und Kindergartenplätze abgebaut haben, nicht widerlegt. 10 Prozent stimmen nach wie vor. Sie haben in anderen Bereichen aufgestockt, aber in den benachteiligten Quartieren haben Sie die Stellen heruntergefahren. Das ist das riesige Problem, das wir in dieser Stadt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sagen, Herr von Frankenberg, dass jeder einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz hat, dann zeigt es, dass Sie von diesem Bereich null Ahnung haben. Das ist das Problem, dass es keinen Rechtsanspruch für Kinder von arbeitslosen Eltern gibt und dass Sie diese Kinder aus dem Kindergartenbereich herausgedrängt haben, und ihre Unkenntnis kommt da hinzu, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL:* Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, es gab zu diesem Thema einmal Einigkeit in diesem Hause. Ich merke, dass diese Einigkeit vielleicht aufgrund des Wahlkampfes nicht mehr besteht. Trotzdem sollten wir immer noch festhalten, was wir damals festgehalten haben: Hamburg hat ein riesiges Problem mit Kindern am Rande der Gesellschaft, mit Kindern in Vernachlässigung. Leider liegen wir in Deutschland damit an der Spitze.

Deswegen haben wir alle gemeinsam Maßnahmen beschlossen, die der Senat ändern sollte. Wir sollten uns Folgendes noch einmal in Erinnerung rufen: Diese Maß-

nahmen wurden von uns gegen den Senat beschlossen. Das Parlament musste den Senat zum Jagen tragen, um endlich etwas gegen die Vernachlässigung von Kindern in dieser Stadt zu unternehmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte noch einmal deutlich auf das hinweisen, was wir in der Kita-Debatte gesagt haben. Wir haben im Sonderausschuss Vernachlässigte Kinder und auch im Jugendausschuss oft gehört, welches die besonderen Risikogruppen sind. Es ist und bleibt ein großes Problem in dieser Stadt, dass Kinder aus Risikogruppen – beispielsweise von Eltern, die nicht in Arbeit sind – nicht in Kitas erfasst werden und somit keinen Kontakt in das System haben, wo der Staat oder wo soziale Maßnahmen eingreifen könnten. Dieses Problem werden Sie nicht dadurch schönreden, dass Sie hier Zahlen von mehr Kita-Ausgaben nennen, wenn das System insgesamt gewachsen ist, sondern Sie müssen es qualitativ messen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Solange der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss ausfällt, weil die CDU keine Tagesordnungspunkte überweist, solange die Senatorin hier, aber auch im Jugendausschuss, stets nicht bereit ist, in eine fachliche Debatte zu gehen, solange wird die Opposition das Thema hier strittig anmelden müssen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/6369 federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss und mitberatend an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig so beschlossen.

Ich gebe jetzt die Stimmergebnisse der Wahl von zwei vertretenden Mitgliedern der Kommission für Stadtentwicklung bekannt.

Es sind 107 Stimmzettel abgegeben worden. Bei der ersten Wahl waren 107 Stimmen gültig. Frau Dr. Monika Schaal erhielt 72 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Damit ist Frau Dr. Schaal gewählt worden.

Bei der zweiten Wahl eines vertretenden Mitglieds der Kommission für Stadtentwicklung waren 107 Stimmen gültig. Herr Wilfried Buss erhielt 84 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Damit ist Herr Buss gewählt worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 44, Drucksache 18/6495, Bericht des Verfassungsausschusses: Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft.

[Bericht des Verfassungsausschusses zu den Drucksachen 18/6339: Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft (CDU-Antrag) und 18/6340 (Neufassung): Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft II (CDU-Antrag) - Drs. 18/6495 -]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/6583 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

A **[Antrag der Fraktion der GAL:
Änderung des Wahlrechts zur Bürger-
schaft
- Drs. 18/6583 -]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Müller.

Farid Müller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich würde einen Augenblick warten, weil es hier sehr viele Gespräche gibt, viele wollen gehen, vielen Dank.

(*Bernd Reinert CDU*: Das kann man verstehen!)

Farid Müller (fortfahrend): Ein Hamburger Bürgermeister hat einmal gesagt: Die Form ist die Mutter der Demokratie. Man könnte auch sagen, die Form bestimmt die Demokratie.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich muss Sie noch einmal unterbrechen. Ich bitte um Ruhe.

(*Petra Brinkmann SPD*: Immer dieselben!)

Farid Müller (fortfahrend): Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Heute wird die CDU erneut die Form der Hamburger Demokratie entscheidend und einschneidend verändern. Mit dem heute von der CDU vorgelegten Gesetzentwurf wird der Schlusspunkt unter die Demontage des Volkswahlrechts gesetzt.

B

Vor nicht allzu langer Zeit hatte Hamburg nicht nur das modernste Wahlrecht, Hamburg hatte sogar das demokratischste Wahlrecht in Deutschland. Wir waren in der beneidenswerten Lage, ein Wahlrecht zu haben, das erstmals unser Souverän, das Volk, direkt erlassen hatte. Von diesem Volkswahlrecht ist nur noch wenig übrig. Wenn die CDU heute ihr unseliges Werk vollbracht hat, dann wird nichts mehr davon übrig sein.

Drei Jahre lang haben die CDU-Parteipolitiker Herr Fischer, Herr Reinert, Herr Röder und zuletzt auch noch Herr von Beust nichts unterlassen, um das Volkswahlrecht zu demontieren. Sie sind dabei nicht nur bis an die Grenzen des verfassungsrechtlich Zulässigen gegangen, sie haben diese Grenzen auch überschritten. Sie haben ein Gesetz gemacht, das vom Verfassungsgericht in einem sehr wichtigen Teil für verfassungswidrig erklärt wurde.

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Farid Müller (fortfahrend): Nein.

Was ist Ihre Reaktion, meine sehr verehrten Kollegen von der CDU? Sie machen einfach weiter wie bisher, als wäre nichts gewesen. Sie gehen hin und reißen aus dem Wahlrecht auch noch den letzten Rest des vom Volk beschlossenen Inhalts heraus.

Nichts anderes bezweckt der heute von Ihnen eingebrachte Gesetzentwurf. Sie wollen dem Volkswahlrecht dort, wo es noch zuckt, den Todesstoß versetzen.

Die von Ihnen eingeführte niedersächsische Regelung ist ein gigantischer Bluff. Er ist eine versuchte Volksverdummung ohne Beispiel. Sie tun so, als könnten die Wählerinnen und Wähler mit ihren fünf Stimmen im Wahlkreis zwischen den Kandidatenvorschlägen der Parteien auswählen. Tatsächlich sorgen Sie durch diese Regelung durch die Hintertür dafür, dass es dazu auf keinen Fall kommt. Eine freie Personenwahl wird es in Zukunft nicht geben. In Zukunft – das heißt, bereits bei der nächsten Bürgerschaftswahl – entscheidet wieder einzig und allein die Partei, wer in das Parlament darf. Den Wählenden bleibt dann nur das Abnicken der Entscheidung.

C

Der GAL-Vorschlag dagegen, der allen vorliegt, ist der einfachste und klarste und die richtige Konsequenz des Urteils des Hamburger Verfassungsgerichts. Wir streichen die Parteistimme im Wahlkreis

(*Bernd Reinert CDU*: Ist das mit dem Volkseinscheid zu vereinbaren?)

und vermeiden damit, Herr Reinert, das, was Sie jetzt vorlegen, ein Regelungskonvolut, womit Sie die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt von dem Einfluss, der ihnen das Volkswahlrecht zugestanden hat, weit, weit entfernen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Farid Müller (fortfahrend): Nein, ich möchte zu Ende reden.

D

Meine Damen und Herren! Unser Wahlrecht ist klar und deutlich. Jede Stimme zählt, ohne Wenn und Aber, jede Stimme für jede Kandidatin, für jeden Kandidaten. Da braucht man nicht zu überlegen, wie das jetzt gemeint ist, was alles passieren könnte, wenn man diese oder jene Kandidatin wählt. Es ist einfach und – das Wichtigste – es sichert den Wählenden in dieser Stadt den Einfluss zu, den Sie erwarten dürfen, wenn Sie so ein umfangreiches Wahlrecht, wie das, was jetzt dabei herausgekommen ist, vorliegen haben.

Ich will Ihnen das deutlich sagen, denn wir haben schon oft erlebt, dass die Abgeordneten in diesem Hause, insbesondere von der Regierungsfraktion, nicht so recht wussten, über was sie hier entscheiden. Es ist ganz einfach. Bei den Grünen haben Sie weiterhin eine Stimme für die Landesstimme – das wird die Mehrheit in diesem Hause entscheiden – und fünf Stimmen für den Wahlkreis; dort bestimmen Sie die Person aus Ihrem Wahlkreis, wie das die Bürgerinnen und Bürger auch von den Bundestagswahlen her kennen. Es gibt also ganz klare Regelungen.

(*Bernd Reinert CDU*: Bisher keine Unterschied zu unserem Vorschlag!)

Die Experten von wahlrecht.de haben im Verfassungsausschuss bei der Expertenanhörung unseren Vorschlag als den bezeichnet, der den Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt den meisten Einfluss sichert. Sie haben das an mehreren Simulationen bewiesen. Vom Geist des Volkswahlrechts bleibt bei dieser Variante am meisten übrig. Sie haben auch bewiesen, dass bei dem CDU-Vorschlag davon nichts übrig bleibt.

A Genau deswegen bin ich sicher, dass Sie heute, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, natürlich unseren Vorschlag ablehnen werden. Sie wollen das Gegenteil. Sie wollen alle Macht für die Parteien und null Einfluss für die Wählerinnen und Wähler dieser Stadt. Damit bleibt die CDU bei ihrem Kurs, der die Hamburger Demokratie schwächt. Sie hoffen weiterhin auf das schlechte Gedächtnis der Wählenden. Doch wer in Hamburg versucht, die Bürgerinnen und Bürger von der politischen Mitbestimmung auszuschließen oder sie zurückführen will, diese Handelnden werden in der Regel abgestraft. Das haben wir in diesem Frühjahr erlebt, als zweimal 100 000 Menschen für die Volksbegehren unterschrieben haben, die ihnen wenigstens das noch sichern, dass überhaupt noch Volksentscheide in dieser Stadt zustande kommen können. Das war ein deutliches Votum gegen Ihre Demontage der Demokratie in dieser Stadt.

Wir werden im Vorfeld des Volksentscheids und bis zum Wahltag dafür sorgen, dass dieser Sündenfall in der Hamburger Demokratie nicht in Vergessenheit gerät.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Glauben Sie mir, die Menschen werden fragen, wer ihnen dieses Wahlrechtsmonster – denn so muss man es bezeichnen –, das mehr Demokratie vorgaukelt, aber nicht einlöst, eingebrockt hat. Sie werden fragen, warum die Stadt mit ihren Steuergeldern Millionen Euro für einen digitalen Wahlstift ausgibt, um die Auszählung in dieser Stadt zu vereinfachen, obwohl die Personenstimmen im Grunde ohnehin nicht zählen. Sie werden auch fragen, warum sie eine ganze DIN-A4-Seite brauchen, wie uns im Ausschuss kürzlich der Landeswahlleiter auf Nachfrage mitgeteilt hat, um zu verstehen, wie sie ihre Stimmen abgeben sollen und was das eventuell bewirkt. Sie werden auch noch zu Recht fragen, warum die Stadt fast eine Million Euro ausgibt, um ihnen das zu erklären.

B

Am Ende dieser Antworten auf diese Fragen geben wir als Trost für die Wählenden in Hamburg ein Versprechen. Da Sie es sich herausgenommen haben, gegen jeden politischen Anstand und gegen jede demokratische Tradition in der Bundesrepublik Deutschland das Wahlrecht gegen das übrige Parlament durchzuboxen, werden Sie mit unserer Rücksicht nicht rechnen dürfen,

(*Elke Thomas CDU*: Ne, das kann ich mir vorstellen!)

wenn wir im kommenden Jahr diese Verstümmelung wieder rückgängig machen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Kollege Müller, über den Wortbeitrag, den Sie gerade gehalten haben, könnte man mit zweierlei Maß urteilen: Entweder gehören Sie zu denjenigen, die überhaupt nicht begriffen haben, worum es bei den drei vorliegenden Vorschlägen geht, oder aber Sie haben einen dreisten Versuch unternommen, die Wähler in dieser Stadt zu täuschen. Welche Variante Sie haben wollen, dürfen Sie sich selbst aussuchen. Ich neige zu einer Mischung aus beidem.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte einen Punkt vorweg stellen, weil man ihn nicht unwidersprochen stehen lassen kann. Sie haben zum Schluss gesagt, der Wähler steht jetzt vor einem Wahlrechtsmonster und dafür trüge allein die Mehrheit dieses Hauses die Verantwortung. Das kommt mir so vor wie derjenige, der die Äpfel klaut und dann sagt, haltet den Dieb, der war es.

C

Liebe Kollegen, wir haben hier ein Wahlrecht, das in seiner Komplexität bisher so in keinem anderen deutschen Bundesland vorhanden ist.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich muss Sie leider unterbrechen. Im Plenum ist es ruhig und es wäre nett, wenn Sie etwas leiser sprechen würden.

Kai Voet van Vormizeele (fortfahrend): Dieses komplexe Wahlrecht hat nicht die Mehrheit dieses Hauses geschaffen, dieses komplexe Wahlrecht, das sehr, sehr viele Menschen in dieser Stadt bisher wenig verstehen, hat eine Initiative geschaffen, die gerade die GAL bedingungslos und ohne jede Kritik unterstützt hat. Sie tragen für dieses Wahlrecht die Hauptverantwortung und Sie werden diejenigen sein, die das vor den Menschen dieser Stadt rechtfertigen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe voller Freude vernommen, dass sich viele jetzt bemühen, das Wahlrecht zu erklären. Ganz besonders gefreut habe ich mich über eine Vorstellung. Am 9. Juli, so habe ich gelesen, wird der Kandidat Naumann aus Maine einen Versuch unternehmen, den Menschen das Wahlrecht in Hamburg zu erklären. Das ist eine bewundernswerte Vorstellung. Ich bin gespannt, wie die SPD das machen wird. Herr Naumann erklärt den Hamburgern aus seinem Reha-Ort in Maine das Wahlrecht. Darauf haben wir Hamburger wirklich gewartet.

D

(Beifall bei der CDU)

Die heute vom Verfassungsausschuss vorgeschlagenen Modelle, nämlich die 1 : 1-Übernahme des niedersächsischen Kommunalwahlrechts ist die einzig sinnvolle Alternative. Dafür gibt es gute Gründe. Das niedersächsische Modell ist bereits erprobt und wurde von allen Experten in der Anhörung des Verfassungsausschusses als verfassungskonform angesehen. Es erfüllt ausdrücklich die im Urteil des Hamburgischen Verfassungsgerichts aufgestellten Kriterien für eine hinreichende Normenklarheit.

(*Farid Müller GAL*: Das bleibt abzuwarten!)

– Herr Müller, das bleibt nicht abzuwarten.

Wenn Sie dieser Anhörung ein bisschen Aufmerksamkeit geschenkt hätten oder zur Not, wenn es gar nicht anders geht, das Wortprotokoll nachlesen würden, dann könnten Sie das selbst bei den von Ihnen benannten Experten eindeutig nachlesen.

(*Bernd Reinert CDU*: Sehr richtig!)

Das Modell nimmt ausdrücklich – auch da bin ich weit von Herrn Müller entfernt – Rücksicht auf das, was das volksbeschlossene Gesetz vorgesehen hat, denn liebe Kollegen der GAL, das volksbeschlossene Gesetz kannte nicht die alleinigen Personenstimmen, sondern kannte ausdrücklich das Nebeneinander von Listen- und Personenstimmen.

- A Wenn Sie jetzt hingehen und die Listenstimmen abschaffen, dann versetzen Sie dem volksbeschlossenen Wahlrecht in einem wesentlichen Bereich den Todesstoß.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe in den letzten Tagen vereinzelt gehört, es wäre dadurch gerechtfertigt, wenn einige von denjenigen, die dieses Wahlrecht initiiert haben, gesagt hätten, das wäre richtig. Vielleicht muss man noch einmal sehr deutlich sagen, dass in dieser Stadt die Wähler ein Wahlrecht geschaffen haben und nicht die Volksinitiative. Nicht die Volksinitiative hat irgendein Recht, durch irgendwelche Funktionäre erklären zu lassen, sie wüssten es besser, sondern die Menschen in dieser Stadt haben sich ein System gegeben und dieses System sah das Nebeneinander von Listen- und Personenwahlen vor. Das wollen Sie jetzt abschaffen, liebe Kollegen der GAL, und das, lieber Kollege Sarrazin, müssen Sie den Menschen in dieser Stadt erklären.

(Manuel Sarrazin GAL: Meine Güte!)

Liebe Kollegen, dieses Wahlrecht aus Niedersachsen bietet eine realistische Chance für die Wähler, dort in den Listen einzugreifen, wo sie es für geboten halten.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit ein Märchen aus der Welt schaffen. Die Erfolgsaussichten für Veränderungen, die von der Mehrheit der Wähler gewollt sind, sind ausgesprochen gut. Gewinnt eine Partei zwei Mandate – das erhoffen sich zumindest die beiden großen Parteien in diesem Parlament –, dann braucht man für das Gewinnen eines Personenmandats 25 Prozent plus eine Stimme. Gleichzeitig wissen wir durch die Anhörung im Verfassungsausschuss, dass in der Regel circa 40 Prozent der Wähler in Großstädten Panaschieren und Kumulieren wahrnehmen. Also dort, wo es zwei Mandate für eine Partei gibt, wird in der Regel eines davon ein Personenmandat sein.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Nun zu behaupten, das wäre Vorgaukeln einer falschen Wahlmöglichkeit, ist schlichtweg falsch. Sie haben es nicht begriffen, das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben deshalb ein Problem, weil Sie behaupten, es hätte keine Auswirkungen. Was steckt dahinter? Es steckt, was Herr Müller eben schon angesprochen hat, die vermeintliche Analyse von wahlrecht.de und election.de dahinter. Die gehen davon aus, dass die Wähler grundsätzlich die Nummer eins auf der Liste wählen und der Kandidat/die Kandidatin, die auf Platz eins einer Wahlkreisliste stehen, die meisten Personenstimmen bekommen. Sie halten den Wähler, dem Sie zunächst zubilligen – wie ich finde, zu Recht –, er nehme seine Auswahlmöglichkeit differenziert und klug wahr, im nächsten Schritt aber für so dämlich, dass er grundsätzlich nur das tut, was die Parteien ihm vorschreiben. Sie erzählen den Hamburger Wählern, eigentlich, lieber Wähler, du bist zu doof für dieses Wahlrecht, weil du immer nur die Nummer eins wählst.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es nicht so sein wird. Die Hamburger Wähler werden sehr klug entschei-

den. Sie werden diejenigen Kandidaten mit ihren Personenstimmen auswählen, die sie persönlich für die richtigen Kandidaten halten, sei es die Nummer eins, zwei, drei oder zehn, und das ist der entscheidende Punkt. Wenn sie das tun, dann wird es in sehr vielen Wahlkreisen in der nächsten Bürgerschaft Abgeordnete geben, die in der Tat von den Wählern direkt, und zwar vorbei an jeder Parteiliste und Reihenfolge, entsandt werden. Wir glauben fest daran, dass das so ist und wenn Sie glauben, dass die Wähler nur die Spitzenkandidaten wählen, dann trauen Sie den Wählern in dieser Stadt wenig zu. Das müssen Sie verantworten, wir glauben etwas anderes.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es auch interessant zu sehen, was mit dem Modell der GAL passiert, wenn man von dieser Grundannahme von election.de und wahlrecht.de ausgeht, es werde immer nur die Nummer eins gewählt, weil der Wähler so einfältig sei, immer nur die Nummer eins zu wählen. Ihr Modell führt absolut zu keinen Veränderungen, denn bei allen Prognosen haben Sie die Chance, in ungefähr acht Wahlkreisen ein Mandat zu gewinnen. Und was passiert? Achtmal gewinnt Ihr Spitzenkandidat und alle Kandidaten jenseits der Nummer eins sind Makulatur, sind reine Staffage und würden nach Ihren eigenen Prognosen, die Sie bei der Bewertung unseres Systems zugrunde legen, absolut ins Leere laufen. Sie streuen mit Ihrem System den Menschen in dieser Stadt Sand in die Augen, denn das führt bei Ihren Annahmen zu keinen Veränderungen.

Aber ich will auch eines klarstellen. Wenn die Mehrheit der Wähler in einem Wahlkreis die Personenstimmen für die Nummer eins der Liste abgibt – das mag gelegentlich so sein, wenn die Parteien in ihrem Auswahlprozess weise und klug sind –, dann muss das auch bei der Entscheidung entsprechend berücksichtigt werden.

(Bernd Reinert CDU: Ja!)

Es kann nicht sein, dass der Wähler Platz eins mit den meisten Personenstimmen versieht, dann aber durch einen willkürlichen Kunstgriff wieder ausgehebelt wird, indem man sagt, derjenige, der die meisten Stimmen hat und zufälligerweise auf Platz eins steht, ist gar nicht mehr der Wahlkreis kandidat mit den Personenstimmen, das ist jetzt wieder der Listenkandidat. Sie hebeln mit Kunstgriffen das Wählervotum aus

(Bernd Reinert CDU: Sehr richtig!)

und da sind wir bei dem Unterschied zwischen dem, was wir Ihnen heute vorschlagen und dem, was die Kollegen der SPD-Fraktion präferieren, nämlich dem Bremer Modell. Der einzige Unterschied zwischen diesen beiden Modellen besteht darin, dass wir deutlich sagen, wenn tatsächlich derjenige Kandidat mit den meisten Personenstimmen auch derjenige sein sollte, der auf Platz eins steht, der Kandidat, der mit den meisten Personenstimmen ausgestattet ist, der Personenkandidat des Wahlkreises und nicht der Listenkandidat ist; bei der SPD ist es andersherum. Sollte es so sein, dass der Wähler in dieser Stadt differenziert von seinem Wahlrecht Gebrauch macht und sagt, der– oder diejenige Kandidatin auf Platz fünf bekommt die meisten Personenstimmen, dann ist der Unterschied zwischen Bremen und Niedersachsen gleich null, das muss man hier einmal ganz deutlich sagen. Dieser Kunstgriff, der in Bremen angewandt worden ist, um das Wählervotum im Nachhinein

C

D

- A noch einmal zu verfälschen, ist falsch und das wollen wir so nicht mitmachen.

(*Nebahat Güclü GAL*: Meinen Sie, dass Ihre Fraktion das verstanden hat?)

– Ich bin ganz sicher, dass man das in meiner Fraktion verstanden hat. Dass die GAL-Fraktion es nicht verstanden hat, hat man bei dem Beitrag von Herrn Müller sehr deutlich gemerkt, liebe Kollegen.

(Beifall bei der CDU – *Farid Müller GAL*: Über Bremen habe ich gar nicht gesprochen!)

Mit dieser von uns vorgelegten Wahlrechtsmodifikation werden wir die schweren Fehler des volksbeschlossenen Gesetzes beseitigen. Wir bekommen ein bewährtes und verfassungssicheres Wahlgesetz, das einen sinnvollen Ausgleich zwischen politischer Stabilität durch Mitwirkung der Parteien gemäß unserem Grundgesetz und gewollter, deutlich erhöhter Einflussnahme des Wählers auf seine Wahlkreisabgeordneten darstellt.

Eine Bemerkung sei mir zum Schluss noch erlaubt, auch wenn sie heute nicht mehr Gegenstand der eigentlichen aktuellen Debatte ist. Diese deutlich erhöhte Einflussnahme des Wählers verdient auch eine angemessene Wahlkreisgröße. Wer von den Kandidaten verlangt, sich in Wahlkreisen mit bis zu 120 000 Einwohnern bekannt zu machen, der will nicht wirklich, dass der Wähler in der Lage ist, eine differenzierte Personenentscheidung abzugeben. Der überfordert sowohl den Wähler als auch den Kandidaten in vielen Bereichen.

- B Ich sage Ihnen ganz offen: Ich wünsche mir, dass wir über diesen Aspekt des Wahlrechts nach einer Wahl vielleicht mit ein bisschen mehr Ruhe noch einmal erneut diskutieren. Wir werden in Hamburg kleinere Wahlkreise brauchen, damit wir ein wählerfreundliches Wahlrecht für alle bekommen und nicht nur für wenige Leute.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Dressel hat das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Voet van Vormizeele, wenn Sie jetzt anfangen, sich vor den Volksentscheid zu stellen und ihn hochzuhalten, dann kann einem schon Angst und Bange werden. Der Volksentscheid hat andere Leute verdient, die an der Seite der direkten Demokratie stehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Warum müssen wir uns heute wieder mit diesem Thema befassen? Es geht darum, dass Sie mit Ihrem im letzten Herbst beschlossenen Wahlrecht die Verfassung gebrochen haben, und zwar mit Ihrer Relevanzschwelle. Das ist der Grund, warum wir heute diese Korrektur vornehmen müssen. Das sollte man an der Stelle nicht unter den Tisch fallen lassen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Was war der Hintergrund?

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jäger zu?

Dr. Andreas Dressel (fortfahrend): Nein, der kann sich gleich noch melden und dann können wir das alles noch hören.

(*Dr. Manfred Jäger CDU*: Das mache ich auch! – *Dr. Till Steffen GAL*: Der ist so nervös!)

– Er kann es nicht abwarten.

Mit dem Kumulieren und Panaschieren war eine Mitwirkung der Bürger gewünscht. Sie haben diese mit der Relevanzschwelle faktisch wirkungslos gemacht. Einige können sich auch noch an die mündlichen Verhandlungen vor dem Verfassungsgericht erinnern. Die Prognose von *wahlrecht.de* hat bei den Verfassungsrichtern wirklich Eindruck gemacht, weil sie nachvollzogen haben, was von der Mitwirkung der Wähler übrig bleibt, wenn das Gesetz bleibt, das Sie vorgeschlagen haben. Das ist nicht der Fall und das Verfassungsgericht hat es Ihnen ganz deutlich ins Stammbuch geschrieben; ich will die Urteilstpunkte nicht noch einmal zitieren.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Ach, schadel!)

Ich kann es gerne noch einmal nennen, zwei Begriffe waren besonders bezeichnend. Wenn ein Verfassungsgericht einer Regierungsmehrheit Irreführung und Intransparenz ins Stammbuch schreibt, dann ist das so ziemlich die größte Ohrfeige, die ein Verfassungsgericht einer Regierungsmehrheit geben kann; das sollten Sie sich einmal merken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Verbindlichkeit von Volksentscheiden ist weiterhin ein offener Punkt. Das ist ein Wermutstropfen, über den Sie sich freuen, was wir aber ausdrücklich bedauern. Das Volk selbst kann jetzt nur noch den Volksentscheid in der Verbindlichkeit retten, die Sie faktisch abgeschafft haben – siehe LBK, siehe Wahlrecht. Da können wir den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt nur noch zurufen: Nutzen Sie im Herbst die Chance, stärken Sie den Volksentscheid.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Verfassungsgericht hat uns Hausaufgaben aufgegeben und wir haben die in bemerkenswerter Schnelligkeit hinbekommen. Noch vor der Sommerpause liegen drei Gesetzentwürfe vor: ein Entwurf der CDU, einer von der GAL, der heute noch einmal zur Abstimmung gestellt wird, und im Ausschusspetitum steht unser Entwurf mit drin. Die CDU hat etwas vorgelegt, was zugegebenermaßen äußerst schwer zu verstehen ist. Den Wortlaut der Norm muss man sehr lange lesen, um ihn verstehen zu können. Trotzdem ist – das will ich an der Stelle nicht bestreiten, das hat auch unser Prozessvertreter beim Verfassungsgericht gesagt – dieser Vorschlag mit der Verfassung vereinbar; das gehört zur Vollständigkeit dazu. Da haben Sie immerhin einen Fortschritt erreicht und bei dem Thema "direkte Demokratie" etwas vorgelegt, das die Verfassung wahrt. Dazu kann ich nur sagen: Herzlichen Glückwunsch.

Eine vernünftige Rechtsberatung hatten Sie nämlich bei den anderen Gesetzen bisher nicht. Das ist ein bisschen unter den Teppich gefallen, aber Sie haben uns eine zweite Drucksache auf den Tisch gelegt, die Drucksache 18/6340, in der auf mehreren Seiten ausführlich alle Fehler, die Sie im Herbst beim Wahlrecht gemacht haben, jetzt im Windschatten mit ausgebügelt werden. Ihr Gesetz, das Sie im Herbst beschlossen haben, wo Sie im

- A Laufe des Gesetzgebungsverfahrens x-mal nachgebessert haben, hat nicht einmal eine Halbwertszeit von einem Jahr, sondern Sie mussten an fast einem Dutzend Stellen Korrekturen vornehmen. Das ist wirklich peinlich und zeigt, dass Sie Murks vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Kommen wir jetzt zu dem niedersächsischen Modell, das Sie vorgelegt haben. Das Problem Ihres Entwurfs ist, dass die Möglichkeit der Wähler, real die Liste zu verändern, faktisch gleich null sein wird, denn der Wähler will nicht jemanden von Platz zehn auf Platz acht nach vorne wählen, sondern er will entweder jemanden ins Haus hinein- oder herauswählen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das kann er!)

Das ist mandatsrelevant und election.de, aber auch wahlrecht.de haben sehr genau nachgewiesen, dass diese Möglichkeit nicht eintritt. Natürlich haben die Leute die theoretische Möglichkeit, aber es geht auch darum, faktisch etwas zu bewirken. Deshalb sollten Sie nicht immer herumtheoretisieren, sondern sehen, was für den Wähler dabei herauskommt und das ist bei Ihnen verdammt wenig, Herr Voet van Vormizeele.

(Beifall bei der SPD)

Genau deshalb haben wir – es ist für die Vielfalt der Debatte durchaus gut, wenn wir drei Vorschläge haben – das bremische Wahlrecht vorgeschlagen, das auf dem niedersächsischen basiert. Es ist insgesamt ein System, das sich in der Praxis durchaus bewährt hat. Aber an dem entscheidenden Punkt, um den es hier geht, welche Auswahl wir den Wählerinnen und Wählern ermöglichen, bewirkt es mehr Demokratie. Es ist übrigens von "Mehr Demokratie" in Bremen selbst eingebracht worden und Ihre bremischen Kollegen in der Bremischen Bürgerschaft haben dieses Wahlrecht auch unterstützt und übernommen; das ist dort auch Gesetz geworden. Das zeigt, dass es an der Stelle die Möglichkeit gibt, einen besseren Kompromiss zwischen der Listenwahl, die auch wir als SPD-Fraktion weiterhin wollen, und dem Persönlichkeitselement zu erreichen. Dieser Kompromiss bildet es wesentlich besser ab. Alle Berechnungen im Verfassungsausschuss haben gezeigt,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Es gab nur eine!)

dass eine deutlich stärkere Veränderung möglich ist. Deshalb treten wir für diesen Kompromiss ein und glauben, dass wir einen guten Vorschlag vorgelegt haben.

Eines zum Schluss: Egal, wie heute die Entscheidung fällt – Ihr Gesetz wird vermutlich die Mehrheit bekommen –, aber glauben Sie nicht, dass dieses Kapitel, Ihr Umgang mit der direkten Demokratie, heute zugeschlagen wird. Dass Sie ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie dieser Stadt haben, wird im Herbst beim Volksentscheid und bis zur Wahl ein entscheidender Punkt der Auseinandersetzung in diesem Wahlkampf sein.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist echt eine Frechheit!)

Bis dahin haben wir einen Punkt, bei dem wir vielleicht einmal staatspolitisch zusammenstehen können, nämlich, wie erklären wir dieses Wahlrecht, das aus unterschiedlichen Zutaten zusammengesetzt ist, den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt.

(Bernd Reinert CDU: Das macht Herr Naumann!)

Hier haben wir alle gemeinsam eine Aufklärungsarbeit zu leisten und das wird eine schwierige Arbeit, der wir uns aber gemeinsam stellen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat Herr Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Voet van Vormizeele, Sie haben eben kritisiert, dass das Wahlrecht, das wir im Endeffekt haben, in der Tat sehr kompliziert sei, das aber auf den Volksentscheid zurückzuführen sei, der ein solches kompliziertes Wahlrecht eingeführt habe. Natürlich war das bisherige Wahlrecht, das wir bis zur letzten Bürgerschaftswahl hatten, das einfachste Wahlrecht. Aber von diesem Wahlrecht wollte das Volk, das mit Mehrheit in diesem Volksentscheid für dieses neue Wahlrecht gestimmt hat, bewusst weg. Es war bewusst so angelegt, dass es mehr Gestaltungsmöglichkeiten gibt und das bedeutet notwendigerweise, dass ein Wahlrecht komplizierter werden muss.

Ich sage deswegen, so ungern ich meinen Kollegen Farid Müller korrigiere, in der Tat ist vielleicht "Wahlrechtsmonster" nicht der treffendste Begriff als Kritik an dem, was Sie hier vorlegen.

(Bernd Reinert CDU: Ne, nicht?)

Der treffendere Begriff für das, was Sie heute beschließen, ist doch wohl "Wahlrechtszombie".

(Beifall bei der GAL und Unmutsäußerungen bei der CDU)

Wir haben nach wie vor ein Wahlrecht, das in der Anwendung weiterhin ähnlich kompliziert ist, wie es das vom Volk mit guten Gründen beschlossene Wahlrecht ist, ohne dass es vergleichbare Effekte hätte. Es ist also ein Untoter der Demokratie, den Sie heute auf den Weg schicken, man kann nicht einmal sagen, ins Leben rufen.

Es ist tatsächlich ein Trauerspiel, das wir hier erleben. Wir haben dieses an Beispielen im Verfassungsausschuss vorgerechnet bekommen und die Prognosen sind eben nicht total aus der Luft gegriffen, sondern basieren auf Erfahrungswerten in anderen Bundesländern. Diejenigen, die diese Prognosen aufgestellt haben, sagen auch nicht, die Hamburger Wählerinnen und Wähler wären dumm oder irgendwie weniger intelligent; die Verteilung der Intelligenz ist über die Bundesländer relativ gleich verteilt.

(Bernd Reinert CDU: Nein!)

Und warum aus Erfahrung die Wählerinnen und Wähler der Person auf Platz eins die meisten Stimmen geben, ist letztlich dahingestellt. Es mag sein, dass ein Teil das nicht so weit durchschaut und sich nicht die Mühe macht, sich die weiteren hinteren Kandidaten auch noch anzuschauen. Es mag sein, dass tatsächlich erfahrungsgemäß die Parteien diejenigen Kandidatinnen oder Kandidaten nach vorne setzen, die ohnehin schon am bekanntesten sind; so machen das üblicherweise Parteien. Es mag auch sein, dass Parteien im Wahlkampf – so wird es wahrscheinlich auch im Hamburger Wahlkampf sein – die Nummer eins auf der Wahlkreisliste am meisten bewerben; das hat alles seine Effekte. Aber man darf doch nicht die Augen davor verschließen, dass es diese soliden Erfahrungswerte gibt, die auf einer ganzen Menge von

- A Daten beruhen und diese Erfahrungswerte führen nun einmal zu einem bestimmten Wahlverhalten, das in aller Regel und nicht in jedem Falle bedeutet, dass tatsächlich Platz eins die meisten Stimmen bekommt.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Also keine Veränderung!)

Nichtsdestotrotz hätte sogar – das hat eine Hochrechnung ergeben – das Volkswahlrecht, das im Rahmen des Volksentscheids beschlossen wurde, bei den Parteien, die nur jeweils einen Kandidaten aus einem Wahlkreis hätten entsenden können, zu einer erheblichen Zahl von Veränderungen geführt, immerhin in 21,4 Prozent der Fälle.

(*Bernd Reinert CDU*: Die verfassungswidrig gewesen wären!)

– Richtig, Herr Reinert.

Aber das Motiv des Volkswahlrechts war eindeutig: Es auch bei diesen Konstellationen zu einer Veränderung zu führen. Wir mussten uns in der Tat umgucken, wie man sich neu orientieren kann.

Unser Gestaltungsspielraum ist natürlich auf der einen wie auf der anderen Seite etwas eingeengt worden, sodass es in der Tat gegenwärtig kein Modell gibt, das es überhaupt möglich macht, bei der Konstellation, dass von einer Partei eine Person aus dem Wahlkreis gewählt wird, zu relevanten Veränderungen zu kommen. Deswegen stellt sich natürlich die spannende Frage, wie es denn bei den anderen Konstellationen aussieht. Da gibt es den statistisch durchaus häufigen Fall, dass in einem Wahlkreis eine Partei zwei Mandate erringt. Nummer eins bekommt die meisten Stimmen, Nummer drei die zweitmeisten Stimmen und gewählt sind Nummer eins und zwei nach dem Wahlrecht, das Sie heute beschließen wollen. Dieses Ergebnis ist absurd und damit legen Sie die Axt an das letzte Stückchen Wurzel, das vom Wahlrecht überhaupt noch zu sehen ist.

B

(Beifall bei der GAL)

Wir haben uns dagegen bemüht, mit unserem Gesetzesentwurf einen Entwurf vorzulegen, der dem Gedanken, dass die Auswahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler zwischen den einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkreis entscheidend sein soll, noch am meisten Rechnung trägt, soweit das innerhalb des Gestaltungsspielraums möglich ist, den uns das Verfassungsgericht gesetzt hat. Wir haben ganz klar gesagt, wir sehen das auch als eine Kompensation zu der Veränderung, die Sie bei der Landesliste gemacht haben, wo es gar keine personelle Auswahlmöglichkeit mehr geben soll. Wir haben gesagt, dann machen wir es doch einfach so, dass im Wahlkreis die persönliche Wahl stattfindet, wenn auf der Landesliste nur die Parteiauswahl stattfinden kann. Es ist für uns ein wichtiges Ziel, dass dort die persönliche Auswahl stattfindet und dann werden natürlich die Leute auch veranlasst, eine persönliche Auswahl zu treffen und sich mit dem Angebot, das die Parteien jetzt machen müssen, mehr auseinanderzusetzen. Das fänden wir sinnvoll und deswegen haben wir diesen Vorschlag vorgelegt.

(*Ekkehart Wersich CDU*: Jubel! – *Kai Voet van Vormizeele CDU*: Standing Ovation!)

Sie haben sehr stark darauf abgestellt, dass Ihr Entwurf von keinem Experten in der Expertenanhörung mit dem

Verdikt der Verfassungswidrigkeit versehen worden sei. Wie das Verfassungsgericht tatsächlich entscheiden würde, weiß keiner und die Neigung, es kurz vor einer Wahl noch einmal auf eine Entscheidung ankommen zu lassen, ist verständlicherweise bei allen Beteiligten begrenzt. Davon hätten auch die Wählerinnen und Wähler wenig.

C

Deswegen kommt es nicht unbedingt auf die Frage an, wie das Verfassungsgericht entscheiden würde, wenn es irgendwann vielleicht doch noch zu einer Entscheidung kommt, sondern es kommt auf die politische Frage an. Man fragt sich, warum die CDU diese Gelegenheit nicht nutzt, nachdem ihr gesagt worden ist, dass sie mit ihrem radikalen Kurs der Beschneidung der Möglichkeiten der Wählerinnen und Wähler im Wahlrecht in einem zentralen Punkt gescheitert ist, innezuhalten und zumindest ein Stück weit umzukehren. Es sind Modelle vorgelegt worden, es gibt das bremische Modell, es gibt unser Modell. Das bremische Modell ist in der praktischen Anwendung genau das gleiche wie das niedersächsische, nur im Auszählmodus anders. Warum nutzen Sie diese Gelegenheit nicht, ein Signal zu setzen und zu sagen, wir haben verstanden, wir wollen auf die Wählerinnen und Wähler zugehen, wir wollen diesen Gestaltungsspielraum, der ist uns wichtig, das ist uns ein Anliegen. Aber so, wie Sie sich hier verhalten, liefern Sie noch den letzten Beweis, dass Sie das ganze Anliegen des Volksentscheids für übel halten und genau das werden die Hamburgerinnen und Hamburger nicht vergessen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Jäger hat das Wort.

D

Dr. Manfred Jäger CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU hatte vor allem drei Gründe, das Wahlrecht zu ändern.

(*Michael Neumann SPD*: Erstens Macht, zweitens Macht, drittens Macht!)

Zum einen war es zu kompliziert, zum anderen war es – das ist mir besonders wichtig – ungerecht, denn die Wählerinnen und Wähler, die die Listenstimmen sowohl im Wahlkreis als auch auf der Landesliste gewählt hätten, hätten keinen Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Parlaments gehabt. Diesen Wählern zum Recht zu verhelfen – das ist immerhin die Mehrheit, wie wir aus den Erfahrungen wissen –, war eines unserer Hauptanliegen.

(Beifall bei der CDU)

Der dritte Grund – der ist fast entscheidend – ist ein Punkt, den sowohl Herr Dressel als auch Herr Müller immer gern verschweigen und auch in dieser Debatte wieder verschwiegen haben. Das vom Volk beschlossene Wahlrecht war in vielen Teilbereichen verfassungswidrig.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das stimmt nicht!)

Auf diesen Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, haben die CDU-Abgeordneten in jeder der vielen Debatten, die wir zum Wahlrecht geführt haben, hingewiesen. Die neunmalklugen Experten der Opposition haben nichts unversucht gelassen, uns glauben zu machen, verfassungsrechtlich sei alles in Ordnung. So sagt der Kollege Müller am 11. Oktober 2006, verfassungsrechtliche Bedenken gebe es nicht und der Kollege Dressel führte gebetsmühlenartig am 28. Sep-

A tember 2005, am 10. Mai 2006 und am 27. September 2006 aus, das Gesetz habe keine verfassungsrechtlichen Fragezeichen oder die CDU spreche von herbeigesuchten verfassungsrechtlichen Bedenken.

Was hat nun das Hamburgische Verfassungsgericht zu diesem Thema gesagt.

(Bernd Reinert CDU: Oh ja!)

"Das Gericht weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Paragraf 4 Absatz 3 des Wahlgesetzes in der Fassung des Volkswahlgesetzes die Anforderungen der Normenklarheit ebenfalls verfehlt. Dabei dürften, da es bei der nach dem Volkswahlgesetz vorgesehenen Regelung das insoweit wirkende Korrektiv der Relevanzschwelle nicht gibt, die aus der Normenunklarheit resultierenden Folgen hinsichtlich der Nichtwertung der Listestimmen für die Personenauswahl als noch gravierender zu bewerten seien."

Deutlicher kann man es nicht sagen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Dressel, damit ist die Frage, wer denn hier die Ohrfeige vom Verfassungsgericht erhalten hat, eindeutig beantwortet.

(Beifall bei der CDU)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, waren nämlich Sie. Mit Fug und Recht können Sie sich nunmehr den Titel des selbsternannten Verfassungsexperten gern an den Hut heften.

B (Heiterkeit bei der CDU)

Es gibt zwei Möglichkeiten, warum Sie das Wahlgesetz nicht ändern wollten. Entweder Sie wussten es wirklich nicht besser oder Sie haben es bewusst und opportunistisch in Kauf genommen, dass die nächste Bürgerchaftswahl wegen eines verfassungswidrigen Wahlgesetzes hätte wiederholt werden müssen.

(Manuel Sarrazin GAL: So ein Quatsch!)

In dem einen Fall wären Sie nur ahnungslos gewesen, in dem anderen Fall hätten Sie verantwortungslos gehandelt.

(Beifall bei der CDU – Manuel Sarrazin GAL: Weil wir uns hier so einen Mist anhören müssen!)

Ich glaube Ihnen gern, dass Sie das nicht hören wollen, aber das gehört zur Wahrheit genauso dazu wie alles andere auch.

Beide Alternativen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, sind für Sie nicht schmeichehaft.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Sarrazin, beruhigen Sie sich bitte.

Dr. Manfred Jäger (fortfahrend): Aber das müssen Sie mit sich selbst abmachen.

Ich kann jedenfalls für die CDU-Fraktion feststellen, dass wir die Gefahren gesehen haben, die sich aus dem Wahlgesetz ergaben und verantwortungsbewusst zum Wohle unserer Stadt gehandelt haben.

(Uwe Grund SPD: Das ist unglaublich!)

Das mag unpopulär sein, zeigt aber, dass wir unsere Verantwortung ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Maier hat das Wort.

Dr. Willfried Maier GAL:* Meine Damen und Herren! Ich möchte eigentlich nur eine Art persönliche Erklärung machen. Ich bin ein Mensch von durchschnittlicher Intelligenz,

(Ingo Egloff SPD: Ah!)

von etwas überdurchschnittlichem politischem Interesse und erkläre hiermit öffentlich, dass ich nicht verstanden habe, wie das von Ihnen vorgeschlagene Wahlrecht funktionieren soll. Der Mechanismus, den Sie einführen wollen, ist überhaupt nicht verständlich.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Aber Ihr Wahlrecht, das können Sie erklären!)

Sie haben bisher nur über mögliche Konsequenzen geredet, aber der Mechanismus selbst ist von keinem Ihrer Sprecher erläutert worden. Ich werde in der Öffentlichkeit beliebig häufig erklären, dass ich das Wahlrecht nicht verstehe, das die CDU eingeführt hat und nach dem wir wählen sollen. Ich habe es nicht studiert, dann würde es sich mir irgendwann erschließen, aber ich gehe nicht davon aus, dass die Hamburgische Bürgerschaft das Wahlrecht studieren muss, um wählen zu können. Aber so, wie Sie es einführen, ist das der Fall; es ist einfach undurchsichtig.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Lieber Herr Dr. Maier, es ist ganz einfach.

(Michael Neumann SPD: CDU wählen und dann klappt das!)

Wenn eine Partei in einem Wahlkreis einen Sitz gewinnt, dann entscheidet nach unserem Vorschlag darüber, wer den Sitz bekommt, ganz einfach die Mehrheit der Wähler dieser Partei. Werden mehr Personenstimmen als Listestimmen abgegeben, bekommt der Bewerber mit der höchsten Personenstimmenzahl den Sitz, werden mehr Listestimmen als Personenstimmen abgegeben, kommt die Nummer eins von der Liste ins Parlament.

So einfach ist das. Selbst für Menschen mit durchschnittlicher Intelligenz – wobei Sie da Ihr Licht ziemlich weit unter den Scheffel gerückt haben – ist das problemlos verständlich.

Weil wir gerade dabei sind,

(Jens Kerstan GAL: Machen Sie mal mit Nummer zwei und drei weiter!)

bei zweien hängt es davon ab, wie jeweils das Verhältnis von Personen- zu Listestimmen ist. Wenn ich jetzt eine Wandtafel hier hätte, würde ich mich an meine alten Lehrerzeiten zurückerinnern fühlen und Ihnen das gerne an 17 verschiedenen Beispielen deutlich machen. Vielleicht treffen wir uns einmal irgendwo an einer Wandtafel, dann bekommen wir das hin.

C

D

A (Antje Möller GAL: Das wäre wohl etwas anstrengend! – Dr. Willfried Maier GAL: Sie haben mit 1,2 Millionen Menschen zu tun, die das gleiche Problem haben!)

Worauf es letzten Endes ankommt, ist ganz einfach zu erklären. Wenn dann gesagt wird, Herr Müller, das niedersächsische Wahlrecht sei ein monströses, dann möchte ich doch einmal die Frage an die SPD und die GAL richten, wer denn eigentlich das niedersächsische System erfunden hat? Nach meiner Kenntnis waren es die SPD und die Grünen in Niedersachsen, die das System eingeführt haben. Sind die bei Ihnen so viel klüger als Sie hier?

(Michael Neumann SPD: Das ist die Lehrer-Fraktion!)

Das kann ich mir eigentlich nicht vorstellen, aber es ist die einzig mögliche Schlussfolgerung.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch einmal auf den Punkt zurückkommen, den ich Herrn Dr. Maier eben in einem Satz erklärt habe.

(Dr. Till Steffen GAL: Das war aber ein langer Satz!)

– Ja, aber Herr Dr. Maier versteht das auch. Dann möchte ich noch einmal einen kurzen Vergleich zu dem SPD-Vorschlag Bremen anstellen.

Lieber Herr Dr. Dressel, Sie werden lange brauchen, um einem Wähler zu erklären, dass es ziemlich egal ist, wie viele Personenstimmen der Spitzenkandidat im Wahlkreis bekommt, weil er sowieso aufgrund einer willkürlichen Setzung im Wahlgesetz gewählt worden ist. Wir sagen mit unserem Entwurf: Liebe Wählerinnen, liebe Wähler, entscheidet ihr. Gibt es mehr Personenstimmen, wird nach Personenstimmen besetzt, gibt es mehr Listenstimmen wird nach Liste besetzt. Das ist eine klare, saubere, nachvollziehbare Regelung.

B

(Gesine Dräger SPD: Bei einem!)

– Auch bei zweien. Deswegen halten wir diese Regelung auch für die Hamburger für sehr gut machbar.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Dressel, Sie haben das Wort.

(Wolfgang Beuß CDU: Jetzt versucht er es zu erklären!)

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Reinert, ich glaube, ehe Sie auf die Wähler losgelassen werden, um ihnen das zu erklären, machen Sie vielleicht noch einmal beim Landeswahlamt einen kleinen Trainingskurs und lassen sich solch einen Digitalen Wahlstift aushändigen. Dann können Sie noch einmal wiederkommen. Das hat als Erklärung jedenfalls noch nicht richtig überzeugt, weil Sie zu den ganzen Feinheiten, die im Kleingedruckten stehen, natürlich nichts gesagt haben.

Was ist an der Stelle noch weiter zu sagen.

(Barbara Ahrons CDU: Gar nichts!)

Wer hat es eigentlich komplizierter gemacht? Man muss einmal sehen, was ursprünglich im Volkswahlrecht enthalten war. In der Tat zehn Stimmen, das heißt fünf für

den Wahlkreis, fünf für die Landesliste. Aber es waren Bezirksversammlungswahl und Bürgerschaftswahl getrennt. Man kann über Sinn und Unsinn dieser Maßnahme streiten,

C

(Olaf Ohlsen CDU: Das haben wir doch nun geklärt!)

aber jedenfalls ist an der Stelle der Volksentscheid so gewesen, dass er das getrennt hat. Sie haben das jetzt wieder zusammengeführt, haben bei der Landesliste aus fünf Stimmen eine Stimme gemacht. Das hat aber durch das Zusammenziehen der Bezirksversammlungswahl mit der Bürgerschaftswahl dazu geführt, dass die Leute jetzt insgesamt zwölf Stimmen haben und sie beides gleichzeitig erklären müssen. Dieses Zusammenführen wird eine Verkomplizierung für die Wählerinnen und Wähler bedeuten. Das müssen Sie dann den Leuten erklären und auch da sind Sie für mehr Komplexität selber verantwortlich.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL – Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist ja wohl der Hammer!)

Dann kommen wir noch einmal zu dem Thema verfassungsrechtliche Bedenken. Da wäre es schön, wenn der Kollege Jäger ein bisschen bei der Wahrheit bleiben würde. Wie war das denn an der Stelle? Das Volkswahlrecht ist damals vom Volk beschlossen worden. Dann gab es die Diskussion, ob der Senat dieses Volkswahlrecht verkünden wird, denn der Senat hat nach unserer Verfassung ein verfassungsrechtliches Prüfungsrecht. Da haben wir damals nachgefragt, wie sich das eigentlich verhält. Dann hat der Senat verkündet – das haben wir schriftlich –, dass es keine verfassungsrechtlichen Bedenken gibt.

D

(Bernd Reinert CDU: Das haben wir doch anders gesehen!)

Jetzt stellen Sie sich hin und sagen, Sie hätten immer schon gewusst, dass das verfassungsrechtlich schwierig ist. Bleiben Sie bei diesem Thema einmal bei der Wahrheit, Herr Reinert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann dieses Thema, aus großer Verantwortung für das Gemeinwesen und für den Staat und die Demokratie mussten Sie handeln.

(Frank-Thorsten Schira CDU: So ist es!)

Ich kann gerne noch einmal die Presseerklärung von Ihnen, Herr Reinert, herausuchen. Ich glaube, es war am 14. Juni 2004. Das habe ich schon ein paar Mal zitiert, ich kann es mittlerweile schon auswendig vortragen.

(Bernd Reinert CDU: Ist ein guter alter Bekannter!)

Es ist immer blöd, Herr Reinert, wenn man an die eigenen Zusagen noch einmal erinnert wird.

(Bernd Reinert CDU: Im Gegensatz zu Ihnen werde ich klüger!)

Dort haben Sie nämlich den Hamburgerinnen und Hamburgern zugesagt, dass der Volksentscheid zum Wahlrecht respektiert wird. Dann sind Sie umgefallen, weil in irgendwelchen Hinterzimmern der CDU Leute Ihnen einge-flüstert haben, das ist der Untergang für die CDU, da müssen wir etwas machen. Dann sind Sie umgefallen.

- A Das ist die Wahrheit und die muss hier auch gesagt werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zur Wahrheit gehört auch, dass wir an dieser Stelle nicht umgefallen sind, obwohl wir damals für ein anderes Modell gestanden haben.

(Jörg Hamann CDU: Herr Kahrs wollte etwas anderes!)

Es interessiert mich an dieser Stelle nicht Herr Kahrs, sondern mich interessiert an dieser Stelle, was diese Fraktion hier im Rathaus vorschlägt und beschließt.

(Zurufe von der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Dr. Dressel hat das Wort und alle anderen beruhigen sich bitte etwas.

(Olaf Ohlsen CDU: Der soll doch nicht solch einen Blödsinn erzählen!)

Dr. Andreas Dressel (fortfahrend): – Vielen Dank. Ich kann verstehen, dass Sie das ärgert, dass die Koalition, die wir vor dem Volksentscheid hatten, gemeinsam dieses 50er-Modell vorgeschlagen hat. Dann ist unser Modell abgelehnt worden, vermutlich auch, weil wir mit dem Erklären ein bisschen spät angefangen haben.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Sie gar nicht!)

- B Dann haben wir gesagt, dass wir zu dem stehen, was das Volk entschieden hat, auch wenn uns vielleicht nicht jeder einzelne Punkt gefällt. Das ist von Anfang an unsere Position gewesen. Die haben wir bis zum Ende durchgehalten. Sie haben diesen Verfassungskonsens verlassen, dass das Thema Wahlrecht nur etwas ist, das hier in einem gemeinsamen Konsens angegangen werden kann. Deswegen fällt diese Sache voll auf Sie zurück. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Müller hat das Wort.

Farid Müller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir das eben einmal vorgestellt, wie Herr Reinert mit einer Wandtafel durch Hamburg geht und den Wählerinnen und Wählern das CDU-Wahlrecht erklärt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dorfschullehrer!
– Karen Koop CDU: Volksnah ist das!)

Ich finde, das ist eine wunderschöne Idee. Machen Sie so weiter, Herr Reinert. Wir werden das wahrscheinlich übernehmen und genau daran festmachen, was die CDU an diesem Wahlrecht verbrochen hat. Sehr schön, diese Wandtafel werde ich mir merken. Vielleicht ist das sogar etwas, das die Agenturen nächste Woche als eine Idee vorschlagen, wie wir als Bürgerschaft das neue Wahlrecht erklären sollen. Ich würde sagen, Sie kommen bestimmt gut darin vor.

Aber ich will noch etwas sagen. Herr Kollege Jäger, wir haben schon einige Zeit in dieser Bürgerschaft zusammengesessen. Ich fand Ihre Bemerkung – für den entsprechenden Hinweis bin ich auch Herrn Dressel sehr dankbar – ziemlich schäbig. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Sie werfen uns vor, wir hätten immer wieder ge-

sagt, das Volkswahlrecht sei gar nicht verfassungswidrig. Wir haben uns in diesem Punkt – und das hat Herr Dressel hier noch einmal wunderbar vorgetragen – auf den CDU-Senat mit seinem großen verfassungsrechtlichen Sachverstand verlassen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Woher kommt das Vertrauen auf einmal!)

Er hat das Gesetz ausgeführt. Dann hatten wir, nachdem Sie die Axt angelegt hatten, vor einem Jahr eine große Expertenanhörung, wo keiner der Experten gesagt hat, das Volkswahlrecht sei verfassungswidrig.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Gut, dass das noch einmal getestet wurde!)

Sie haben daraufhin, auch mit Ihrem großen juristischen Sachverstand nichts geändert an diesem Wahlrecht, zum Beispiel, dass zukünftig die Parteistimme gezählt werden müsste. Sie haben dann die Relevanzschwelle hineingenommen, die nämlich auch die Parteistimme nicht weiter berücksichtigt hat.

(Bernd Reinert CDU: Stimmt ja nicht!)

Kommen Sie mir nicht mit verfassungsrechtlichem Sachverstand. Der sitzt hier überhaupt nicht.

(Bernd Reinert CDU: Aber da vorne steht auch keiner!)

Deswegen kann man eines sagen: Nur, weil die Experten dieses Mal auch nichts gesagt haben – deshalb habe ich vorhin diesen Zwischenruf gemacht –, sollten wir uns hier als Abgeordnete nicht hinstellen und sagen, ach, dann wird das schon in Ordnung sein. Ich würde sagen, dass wir durch Ihre Gesetzgebung inzwischen ein Stadium erreicht haben, dass wir überhaupt nicht mehr sicher sein können, ob wir hier noch einmal verfassungsrechtlich richtig wählen. Das ist doch die Situation.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

Der andere Punkt, den ich auch schäbig finde, ist, dass Sie uns hier ein Wahlrecht vorlegen, wo Ihre erstplatzierten Kandidaten in jedem Fall auf Platz 1 bleiben und in die Bürgerschaft einziehen.

(Olaf Ohlsen CDU: Blödsinn ist das!)

Solch einen Fall von Selbstbedienung beim Wahlrecht hat es in der Bundesrepublik noch nie gegeben. Das muss man hier auch noch einmal sagen. Das ist schäbig, das ist Selbstbedienung und hat nichts mehr mit Demokratie zu tun.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Zurufe von der CDU: Buh, buh!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Voet van Vormizeele hat das Wort.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob der letzte Satz des Kollegen Müller wirklich eine Replik verdient.

(Barbara Ahrons CDU: Nein!)

Vielleicht sind die bevorstehenden oder noch ausstehenden Nominierungen bei der GAL in den Wahlkreisen doch ein Grund für zunehmende Nervosität bei dem einen oder

C

D

A anderen Kollegen. Ich kann das bei Herrn Müller verstehen.

(Bernd Reinert CDU: Ja!)

Lassen Sie mich noch eines zu der vermeintlichen Verfassungswidrigkeit und Ähnlichem sagen. Verehrter Kollege Müller, bei der ersten Anhörung zum Wahlrecht hat es zwar bei den einzelnen Sachverständigen durchaus verfassungspolitische Bedenken gegeben, aber die Änderungen der CDU, die wir vorgeschlagen haben, wurden nicht als verfassungsrechtlich bedenklich bezeichnet.

Dessen ungeachtet sind Sie und die Kollegen der SPD mit solch einer Liste von Punkten zu Gericht gezogen

(Bernd Reinert CDU: Ja!)

und haben uns über Wochen mit abenteuerlichen Vorwürfen, wie Putsch und Ähnlichem überzogen. Dagegen ist das Wort schäbig, das Sie eben benutzt haben, noch lächerlich. Herausgekommen ist – übrigens nicht das erste Mal –, dass Sie in ausnahmslos allen von Ihnen argumentierten Punkten eine riesige Bauchlandung gemacht haben, denn auch dem Punkt Relevanzschwelle – da empfehle ich Ihnen, Herr Dr. Dressel, das Urteil noch einmal ganz genau zu lesen –,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben es offensichtlich nicht gelesen!)

wie Sie ihn argumentiert haben, ist das Gericht so nicht gefolgt. Der Grund, den das Gericht angelegt hat, ist von Ihnen in keiner einzigen Argumentation genannt worden. Die Punkte, die Sie genannt haben, hat das Gericht samt und sonders als unbegründet bezeichnet.

B

(Beifall bei der CDU)

Ich will mich gar nicht darüber auslassen, was unzulässig gewesen ist. Wer so etwas – übrigens nicht zum ersten Mal in dieser Amtsperiode – von einem Hamburgischen Verfassungsgericht in sein Stammbuch geschrieben bekommen hat, der sollte sich hier wirklich nicht als Verfassungsexperte aufspielen. Sie haben bewiesen, dass Sie davon keine Ahnung haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum GAL-Antrag aus der Drucksache 18/6583. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich bei einer großen Anzahl von Enthaltungen abgelehnt.

Nun zum Bericht des Verfassungsausschusses aus der Drucksache 18/6495. Wer möchte Ziffer 1 der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft und des Gesetzes über die Wahl zu den Bezirksversammlungen aus Drucksache 18/6340, Neufassung, beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit mehrheitlich mit einer großen Anzahl von Enthaltungen angenommen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

C

Wer möchte Ziffer 2 der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft aus der Drucksache 18/6339 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Punkt 34b auf, Drucksache 18/6550, Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache: Teilbörsengang der Hamburger Hafen- und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA).

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/6210: Teilbörsengang der Hamburger Hafen- und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) (Senatsantrag) - Drs. 18/6550 -]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/6584 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der GAL: Teilprivatisierung der HHLA ohne Einflussverlust für Hamburg - Drs. 18/6584 -]

Wer wünscht das Wort? – Herr Kruse, bitte.

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Drei Tatsachen zum Anfang:

Erstens: Dem Hafen geht es gut.

Zweitens: Der HHLA geht es gut.

Drittens: In beiden Bereichen sind erhebliche Investitionen erforderlich.

Drei politische Absichten: Wir wollen die Hafenentwicklung zügig voranbringen, wir wollen den Einfluss der Stadt auf die HHLA erhalten und wir wollen das große kulturelle Erbe Speicherstadt von jeglicher Spekulation fernhalten. Und in der Logik – da werden Sie mir folgen können – drei Lösungsbestandteile, die da heißen: Teilprivatisierung der HHLA, Börsengang und aktienrechtliche Herauslösung der Speicherstadt.

Mit diesen Erlösen – das ist ja nicht die erste Privatisierung, die es in dieser Stadt gab –, aber folgerichtig – so, wie wir hier immer vorgehen –, des Börsenganges wollen wir ausschließlich die Instandhaltung, Modernisierung und Erweiterung der Infrastruktur des Hafens vorantreiben.

D

- A Der HHLA geht es gut. Das will ich an drei Zahlen festmachen.

Erstens: 20 Prozent mehr Umsatz, jetzt also 1 Milliarde Euro. Zweitens: Rund 60 Prozent mehr Gewinn nach Steuern und drittens – das ist für mich die schönste Zahl dabei –: 346 mehr Mitarbeiter als im Vorjahr.

Stichwort Mitarbeiter. Wir haben eine Lösung gewählt, die für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Hafen und der hafenbezogenen Wirtschaftskette gut ist. Wir gehen hierbei davon aus, dass bis 2015 bis zu 12 000 neue Arbeitsplätze entstehen werden.

Wir haben eine Lösung gewählt, die die Zustimmung der Mitarbeiter der HHLA findet und das hat für uns einen großen Wert. Wir führen ein Modell ein, bei dem die Mitarbeiter über Aktien an ihrem Betrieb beteiligt sind. Das entspricht genau dem, was wir in der Bundesrepublik gerade heiß diskutieren: Arbeitnehmerbeteiligung an den Betrieben. Wir machen es.

Stichwort Speicherstadt. Eigentum und Management bleiben bei der HHLA. Keine quotale Beteiligung der hinzutretenden Aktionäre an diesen Immobilienwerten. Es sind ausschließlich die im Eigentum der HGV stehenden Speicherstadttaktien, die nicht an die Börse gebracht werden. Das nennt man dann Tracking Stock. Das ist kein Nullachtfünfzehn-Verfahren, aber es ist auch kein Nullachtfünfzehn-Unternehmen,

(Gesine Dräger SPD: Tja!)

gerade was das kulturhistorische Erbe angeht und darum wählen wir diese Lösung.

- B Stichwort Börsengang. Eine Teilprivatisierung in Höhe von 30 Prozent hat natürlich auch zur Folge – das ist logisch –, dass die Stadt bei zukünftigen Gewinnen 30 Prozent weniger davon abbekommt. Das wären bei den 100 Millionen Euro 30 Millionen Euro, die wir weniger hätten. Die Alternative ist die Kreditaufnahme und dann würden wir unseren Schuldenberg noch einmal um 1,7 Milliarden Euro erhöhen

(Gesine Dräger SPD: Das wird ja immer mehr!)

und die Zinsen für diese 1,7 Milliarden Euro liegen in etwa bei 80 Millionen Euro. Da können wir alle selber rechnen, womit wir besser fahren.

(Gesine Dräger SPD: Was für ein Quatsch!)

Es ist eindeutig besser, die Schulden nicht zu erhöhen und dafür bei zukünftigen Gewinnen auf einen Anteil zu verzichten.

Wir haben einen hohen Investitionsbedarf im Hafen und wir wollen den Hamburger Hafen weiter voranbringen. Aber wir wollen weder neue Schulden für den Hafen aufnehmen, noch andere Bereiche in dieser Stadt vernachlässigen.

Stichwort Sperrminorität. Die Höhe der Transaktion von rund 30 Prozent ist gewählt, weil dann die Finanzierung steht. Die Möglichkeit der Sperrminorität wäre, dass notwendige Finanzierungsmaßnahmen, die über das Übliche hinausgehen, blockiert werden könnten. Dazu haben wir auch in der Anhörung von unseren Experten, und zwar von allen gehört, dass dies eine theoretische Möglichkeit ist, weil erstens einige allgemeine Hindernisse dieser Sperrminorität entgegenstehen, nämlich die breite Streuung, die Meldepflicht et cetera. Aber

es gibt ja diesen schönen Spruch, mit Bajonetten kann man alles machen, nur nicht darauf sitzen. Was soll denn jemand mit einer Sperrminorität, wenn es einen Gesellschafter gibt, der steht mit seinen 70 Prozent. Was will er damit machen? Das übliche Verfahren ist – das wissen wir –, man holt sich einen Teil des Unternehmens, um dann an den Streubesitz heranzukommen. Dieses Angebot kann man hier nicht machen. Es ist wirtschaftlich sinnlos zu investieren, um den Hamburger Hafen zu ruinieren. Das wird man mit dieser Methode nicht schaffen. Es ist wirtschaftlich sinnlos zu investieren, um zu blockieren – die Unternehmensentscheidung kann der Hauptgesellschaft dann alleine treffen –, und es ist auch fraglich, ob eine Sperrminorität überhaupt politisch in irgendeiner Form zur Geltung gebracht werden könnte.

All dies zeigt, dass es sehr unwahrscheinlich wäre, dass jemand überhaupt den Ehrgeiz hätte, diese Minorität zu erreichen, abgesehen davon, dass es auch rein praktisch schwierig wäre. Solange – und das ist die Konsequenz – Hamburg den Anteil in dieser Höhe hat, gibt es überhaupt keinen Grund, sich darüber Sorgen zu machen. Das ist auch der Grund, warum wir dieses Modell auch mit der Belegschaft so vereinbaren konnten, denn Sie glauben ja nicht, dass sie einem anderen zugestimmt hätten.

In Wahrheit haben wir einen Streubesitz zu erwarten und dieses ist gerade in der Anlage für den Privaten, der auch Freude daran haben kann, dass er hier einerseits ganz gut verzinslich etwas bekommt, eine Rendite einstreicht, und es ist für uns Norddeutsche, für uns Hamburger, auch ein Stück Lokalpatriotismus. Ich bin mir ganz sicher, dass neben Jan und Hein und Klas und Pit, die dann Aktien haben, auch Sie und ich, in der Lage sein werden und Interesse daran haben, von diesem Hamburger Traditionsunternehmen eine Aktie zu kaufen. Wäre ich bei der "Bild"-Zeitung würde ich schreiben: "Die Volksaktie Hafen kommt", denn das ist der Fall. Es ist ein wirklich gutes Angebot und es ist eine herausragende Leistung, zumal wir auch bei der jetzigen Situation im Herbst den Vorteil haben, dass es keinen anderen Börsengang eines Logistikergibt. Die Börse steht gut für eine solche Maßnahme und wir können darauf setzen, dass es ein sehr, sehr großes Interesse an dieser Aktie geben wird.

Fazit: Der Börsengang der HHLA, die Beteiligung der Mitarbeiter an dem Unternehmen, die Sicherung der Speicherstadt als kulturelles Erbe und die Finanzierung des Hafenausbaus aus den Einnahmen sind der richtige Weg für Unternehmen, Mitarbeiter und Stadt. Darum bitte ich Sie um die Zustimmung. – Danke.

(Beifall bei der CDU – Christian Maaß GAL: Das mit der "Bild"-Zeitung ist keine schlechte Idee!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Dräger, Sie haben das Wort.

Gesine Dräger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte zunächst meiner Verwunderung Ausdruck verleihen. Wir entscheiden heute das erste Mal über einen freihändigen Börsengang, bei dem 30 Prozent eines der wichtigsten Unternehmen dieser Stadt verkauft werden sollen. Ich gucke auf die Senatsbank – ich sehe keinen Bürgermeister, ich sehe keinen Finanzsenator, aber freundlicherweise einen Wirtschaftssenator.

(Wolfhard Ploog CDU: Na bitte, immerhin etwas!)

C

D

- A Aber ich finde, dass ein derartiger Verkauf es schon wert wäre, dass auch ein Bürgermeister und ein Finanzsenator Stellung dazu nehmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich muss schon sagen, dass das bei mir den Eindruck hervorruft, als wollten sich gewisse Menschen von gewissen Dingen vielleicht auch ein bisschen distanzieren. Das könnte ja sein.

Ich möchte auf ein paar Sachen eingehen, die Herr Kruse gesagt hat, die einfach falsch sind, auch rechnerisch falsch sind, aber dafür habe ich genug Zeit. Wir sollen heute über eine Drucksache beschließen und ihr zustimmen – das wünscht sich Herr Kruse, aber das werden wir nicht tun –, mit der der Senat eine für ihn sehr peinliche Geschichte beenden will, die Geschichte des HHLA-Verkaufs, den der Senat gegen jede Vernunft und auch – und das werde ich sehr ausführlich begründen – gegen jede Notwendigkeit heute durchsetzen will. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, ein bisschen in die Geschichte dieses Verkaufs hineinzugehen.

Zum Jahreswechsel 2005/2006 überraschte der Bürgermeister mit der Ankündigung, er wolle die Mehrheit, nämlich 74,9 Prozent an der HHLA und damals auch noch an der Hochbahn verkaufen. Das war ein schlechter Jahreswechsel für die Beschäftigten und es ist ganz wesentlich den Beschäftigten und ihrer Vertretungen und auch der Gewerkschaft zu verdanken, dass dieser Verkauf damals wieder vom Tisch kam.

(Beifall bei der SPD)

- B Warum wollte der Bürgermeister das damals tun? Ich glaube, am besten eingeschätzt hat es damals ein Kommentator der "FAZ" und die "FAZ" ist üblicherweise nicht das Verlautbarungsorgan der Sozialdemokratie. Das wäre mir aufgefallen.

(Michael Neumann SPD: Kann noch werden!)

Der hat damals eingeschätzt, dass der Bürgermeister sich wohl von der Versuchung hätte blenden lassen, mit der Deutschen Bahn einen Unternehmenssitz nach Hamburg zu bekommen, mit dem er sich nicht nur brüsten könnte, sondern womit er auch ein weiteres Hochglanz- und Prestigeobjekt hätte bauen lassen können in dieser Stadt. Das war die erste Motivation. Das konnte man so natürlich nicht öffentlich sagen. Deswegen hat man die Geschichte aufgebaut, die HHLA bräuchte die Mittel aus einem Dreiviertelverkauf der HHLA, um ihre eigenen Investitionen zu tätigen. Inzwischen ist klar geworden, dass die HHLA so Not leidend nicht ist. Herr Kruse hat es beschrieben. Die HHLA kann ihre Investitionen schaffen und sie kann das insbesondere dann, wenn sie, wie sehr erfolgreich beim Containerterminal Altenwerder, das auch gemeinsam mit strategischen Partnern macht. Das ist ein Erfolgsmodell. Dass ich dieses Modell hier erwähne, zeigt auch, dass es uns bei der Diskussion um den Verkauf sehr wenig um eine ideologische Frage geht, sondern sehr praktisch um das, was sich aus den Chancen und Risiken für die HHLA ergibt.

Herr Kruse, Sie haben sehr eindrucksvoll – das war das einzig Eindrucksvolle – beschrieben, wie gut es der HHLA geht. Der HHLA geht es hervorragend. Wenn man ein so hervorragendes Unternehmen verkauft, muss man Gründe haben, die sehr stichhaltig sind. Der erste Grund, der genannt worden war, war nicht stichhaltig, wurde

fallen gelassen. Danach kam die nächste Legende. Die nächste Legende war, dass die HHLA großartige Expansionen plane, Zukäufe, die sie nicht aus eigener Kraft bewältigen könnte. Deswegen müsse man verkaufen. Leider konnten Sie das in den Diskussionen nicht belegen, weil diese Expansionspläne offenbar nur in der Begründungshierarchie des Senats lagen, aber gar nicht im Interesse der HHLA. Auch dieses Argument haben Sie fallen lassen, weil es nicht passte. Spätestens jetzt wäre der Zeitpunkt gewesen, wo Sie mit den fehlenden Argumenten auch endlich den Verkauf hätten fallen lassen müssen. Das haben Sie nicht gemacht, das war unvernünftig.

Also begab man sich weiter auf die Suche nach einem Argument für den Verkauf und man fand eine Zahl. Sie haben es eben noch einmal ein bisschen überhöht, 1,7 Milliarden Euro. 1,6 Milliarden Euro sei die Deckungslücke, die bisher im Haushalt nicht veranschlagt sei und die man deswegen unbedingt durch einen Verkauf decken müsse. Nun fand ich das, was Sie eben vorgerechnet haben, sehr interessant und da kommt Ihr Fehler, weil Sie nämlich gesagt haben, entweder man verkauft die HHLA oder man muss die 1,7 Milliarden Euro selber aufbringen. Es war bisher nie davon die Rede, dass man mit dem HHLA-Verkauf 1,7 Milliarden Euro Erlösen könne.

(Uwe Grund SPD: Unglaublich!)

Selbst die besten Schätzungen, die zum Beispiel in der Presse standen, lagen bei einer Milliarde Euro. Wenn man sich dann dieses Rechenexempel anschaut, das Sie eben mit den 80 Millionen Euro Zinsen gemacht haben, die man hätte erwirtschaften müssen und die durch die 30 Millionen Euro, die man jetzt nicht mehr erwirtschaften würde, nicht gedeckt seien, kommt man darauf, dass sehr viel geringere Zinskosten zu erwirtschaften sind und dass der Preis, den man zahlt, plötzlich ein sehr viel geringerer geworden ist. Statt 80 Millionen Euro Zinskosten sind es roundabout 45 Millionen Euro. Immer noch dagegen 30 Millionen Euro. Das heißt, für läppische 15 Millionen Euro, meinen Sie, müsste man dieses Unternehmen verkaufen.

Ich will noch mehr sagen zu dieser Zahl. Diese Zahl hat eine Geschichte, denn als wir vor einiger Zeit darüber sprachen, wie die Hafeninvestitionen in Hamburg zu beziffern seien, war die Zahl, mit der auch der Senator argumentierte, eine Zahl von 900 Millionen Euro. Das ist eine Menge Geld. Das war aber nicht genug, um zu begründen, dass man deswegen die HHLA verkaufen muss.

Also, hat man im Haushalt gesucht, was noch möglich wäre. Man hat als erstes gesagt, wir stocken diese Summe mal auf und stellen 250 Millionen Euro für sonstige Maßnahmen ein. Das sind Maßnahmen, sonstige Planungen, die noch nicht einmal konkretisiert sind. Die hat man schon einmal aufgestellt und gesagt, eine ganze viertel Milliarde Euro werden wir für Projekte ausgeben, von denen wir jetzt noch nichts wissen. Da war man dann schon bei 1,15 Milliarden Euro und hatte schon ein bisschen mehr zu bieten. Aber man hatte wohl den Eindruck, auch das könnte die Hamburgerinnen und Hamburger noch nicht davon überzeugen, dass man so etwas wie die HHLA verkaufen müsste. Also, hat man noch einmal eine halbe Milliarde Euro oben draufgelegt. Wie hat man das gemacht? – Der Wirtschaftssenator hat die nicht besonders plausible Annahme getroffen, spätestens ab 2011 würde die Stadt nicht wie bisher pro Jahr

C

D

- A rund 125 Millionen Euro in den Hafen investieren – das tut sie bereits seit vielen Jahren, weil der Hafen eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte in der Stadt ist, das haben Sozialdemokraten gemacht, das hat auch der CDU-Senat gemacht –, sondern die Stadt würde diese Förderung ab 2011 einstellen, sofort und schlagartig.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Das bedeutete, dass man für die Planung, um die es hier geht, nämlich von 2011 bis 2015, vier Mal 125 Millionen, insgesamt also eine halbe Milliarde Euro, weiter auf die Rechnung stellen könnte und damit den Hamburgerinnen und Hamburgern in Hamburg ordentlich Angst vor der großen Lücke machen könnte. Diese Annahme ist nicht plausibel und sie ist auch nicht glaubwürdig.

Überhaupt gilt: Keiner muss die restlichen, jetzt noch übrig bleibenden 900 Millionen Euro morgen auf den Tisch legen. Im Gegenteil, wir reden von Investitionen für die nächsten acht Jahre. Und wir reden von einer Stadt – das sage ich hier –, die sich diese Investitionen leisten kann – wenn sie will –, ohne die HHLA zu verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu ein kleiner Exkurs: Nach der letzten Steuerschätzung, die wir im Haushaltsausschuss diskutiert haben, plant der Senat, weitere 400 Millionen Euro in die allgemeine Rücklage zu stecken. Knapp 900 Millionen Euro stecken bereits darin. Das macht 1,3 Milliarden Euro. Weitere 200 Millionen Euro sind für 2008 vorgesehen. Ich sage das nicht, um den Eindruck zu erwecken, die Stadt schwimme in Geld. – Jede

- B Investition, die Sie uns vorlegen, muss geprüft werden und jede Investition muss sich wirtschaftlich rechnen. Wir müssen über die Finanzierung reden. – Sondern ich sage, dass es nicht wirtschaftlich notwendig ist und dass Sie nicht aus der Not heraus die HHLA verkaufen, wie Sie gerne suggerieren und wie Sie mit den aufgebauchten Zahlen immer wieder sagen, sondern es ist eine politische und letztlich eine ideologische Entscheidung.

(Beifall bei der SPD)

Man möchte das vom Bürgermeister angestoßene Projekt zu Ende bringen, weil offenbar im Senat und in den Behörden keiner den Mut hat, jetzt davon abzugehen und zuzugeben, dass der Verkauf von Anfang an falsch war.

(Beifall bei der SPD)

Sie sehen, auch diese Zahl – die 1,6 Milliarden Euro – taugt nicht, um den Verkauf der HHLA zu rechtfertigen. Ich will noch ein bisschen zu dem Umfang der Investitionen sagen. Wir haben in den letzten Monaten immer wieder Drucksachen – halbe und ganze, sage ich einmal – im Haushaltsausschuss gehabt, mit denen Investitionsvorhaben begründet worden sind. Ich muss sagen, dass bei mir das Misstrauen gewachsen ist, dass der Senat und die von ihm beauftragte HPA in der Lage sein werden, das große Investitionsvolumen, um das es hier geht, so schnell abzuwickeln, wie die Mittel angeblich fließen müssen.

Ich nenne ein paar Stichworte. Ich nenne die Niedernfelder Durchfahrt oder zum Beispiel die Reth-Hubbrücke. Das sind Dinge, die neu geplant werden mussten und sich die Investitionen deutlich verzögert haben. Ich nenne auch – auch wenn wir das nachher, so gegen neun, noch einmal machen werden – die unselige Drucksache zur

C Hafenbahn, bei der zwar die konkreten Maßnahmen richtig und notwendig sind, sich aber trotzdem der Eindruck verfestigt hat, wie sehr wir von der Hand in den Mund leben und wie wenig bei diesem wichtigen Infrastrukturprojekt konzeptionell zu Ende gedacht worden ist.

Die politische Entscheidung – ich habe begründet, warum es eine ist –, die HHLA zu verkaufen, lässt sich auch nicht mit den Aussagen von Beratern begründen. Sie haben im Ausschuss gesagt, die Banken und Berater wüssten, dass noch die parlamentarische Abstimmung notwendig sei, sie würden aber trotzdem schon einmal arbeiten. Sie haben auch gesagt, dass sie alle sehr dafür sind. Das ist kein Wunder, denn sie erhalten Geld und werden dann bezahlt, wenn die HHLA verkauft wird. Glauben Sie, einer von denen – man kann es ihnen ja nicht übel nehmen – sagt jetzt zu Ihnen: "Ach wissen Sie, wir haben festgestellt, dass da doch Risiken sind. Lassen Sie das lieber mir dem Verkauf." Ich meine, die wären schön blöd.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vorausschauende Hafenplanung hat von jeher die Hamburger ausgezeichnet, selbst wenn der Nutzen erst späteren Generationen zugute kam. Das hat, Herr Senator Uldall, Ihr Vorgänger Helmuth Kern – Ihr Vorvorgänger, Vorvorvorgänger Helmuth Kern – gesagt. Diese Einstellung war es, die vor 40 Jahren, 1967 nämlich, die Umstellung auf den Containerverkehr ermöglichte. Damals haben das nicht viele so gesehen, dass die Zukunft des Hafens darin liegt. Und es war klar: Die Investitionen, die damals gemacht worden sind, würden sich nicht innerhalb der nächsten Monate oder Jahre auszahlen. So lange wollen Investoren und Aktienbesitzer häufig nicht warten.

D Jetzt komme ich neben der Frage, ob der HHLA-Verkauf notwendig ist, zu den Risiken des HHLA-Verkaufs. Wir haben uns in den Ausschussberatungen sehr darauf konzentriert. Ich will noch einmal – ich kann es Ihnen nicht ersparen – zurück zu der Geschichte des HHLA-Verkaufs. Damals hat der Bürgermeister gesagt – sehr laut behauptet –, mit einer Sperrminorität von 25,1 Prozent könne die Stadt selbstverständlich das strategische Geschick der HHLA steuern, und zwar immer. Die Interessen Hamburgs könnten mit dieser Sperrminorität gewahrt werden. Heute sagen Sie im Ausschuss, 30 Prozent – Herr Kruse hat gesagt, 25 Prozent –, damit kann man doch gar nichts anfangen. Damit kann man doch überhaupt nichts steuern. Also, entweder der Bürgermeister hat sich damals vor einem Jahr sehr gründlich geirrt oder Sie liegen jetzt falsch. Ich glaube, an beidem ist ein bisschen etwas dran. Damals ging es dem Bürgermeister darum, den Eindruck zu vermitteln, man könnte mit dieser Sperrminorität positiv gestalten, man könnte sozusagen die strategische Planung übernehmen, selbst wenn man nur ein Viertel hätte. Das glaube ich nicht. Ich glaube nicht daran – und das sage ich hier auch –, dass man mit einer Sperrminorität derartig positiv auf ein Unternehmen Einfluss nehmen kann. Die Experten konnten diese Sorge nicht zerstreuen, sie konnten sie nur für unwahrscheinlich erklären. Nun ist Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht mein liebstes Fach gewesen, aber ich weiß zumindest, dass Wahrscheinlichkeiten nichts sind, denen man das Schicksal der gesamten Stadt anvertrauen sollte.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

- A Ich glaube, dass ein Aktienbesitzer auch mit einem geringeren Anteil Mittel und Wege zur Verfügung hat, zum Beispiel über Blockade, also über destruktive Handlungen, durchaus über gezielte Klagen und über eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel auf Hauptversammlungen et cetera, der Stadt sehr viel Ungemach zu bereiten. In solchen Situationen versucht man in der Regel solches Ungemach abzuwenden, indem man sich auf Kompromisse einlässt, die man vielleicht nicht schließen würde, wenn man sich nur an dem Aktienrecht orientieren würde und dieses Erpressungspotenzial nicht mit einbeziehen würde.

Ich will nicht zwischen einem Kaffeehändler und dem größten deutschen Umschlagplatz für Kaffee vergleichen. Aber trotzdem: Wenn Sie heute die Zeitung lesen, sehen Sie, wie ein Unternehmen, bei dem man sicher davon ausgehen kann, dass 70 Prozent der Aktien auf jeden Fall zusammenstehen, bereits nach dem Verkauf von vier Einzelaktien in die Presse kommt, weil man Sorge haben muss, dass eine Einzelperson Ärger und Unruhe stiftet. Ich weiß nicht, warum Sie der Stadt das unbedingt zumuten wollen.

(Beifall bei der SPD)

Also, der erste Widerspruch: 2006 sagte der Bürgermeister, man könne mit 25 Prozent alles machen. Heute sagt der Finanzsenator, mit 30 Prozent könne man nichts machen.

Der zweite Widerspruch: Wir haben im Ausschuss sehr ausführlich über die Möglichkeit diskutiert, auch Vorzugsaktien anzubieten. Da ergab sich folgende Situation: Zwei Stunden lang wird uns erklärt, warum das Stimmrecht völlig wertlos ist. Und dann wird uns erklärt, dass die Investoren aber so dumm sind, dass sie für dieses völlig wertlose Stimmrecht viel Geld zahlen müssen und dass deswegen Vorzugsaktien so viel billiger abgegeben werden müssen.

(Michael Fuchs CDU: Wer hat Ihnen das erklärt?)

Auch das zeigt, dass diese Aussage, man könne mit 30 Prozent nichts ausrichten, nicht stimmt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich komme zum dritten Widerspruch. Da gehe ich einmal auf das ein, was Sie zur Speicherstadt gesagt haben. Ich mache es mir ein bisschen leicht. Ich zitiere aus dem Bericht des Haushaltsausschusses, was der Senat gesagt hat:

"Es sei mit einzubeziehen, dass sich aufgrund der Sicht einzelner Aktionäre durchaus Konstellationen ergeben könnten, in denen die Frage auftauchte, ob die fortgesetzte behutsame Entwicklung der Speicherstadt vor einem Kapitalverwertungsinteresse stehe."

Das heißt: Würde die Speicherstadt genau wie die anderen Besitztümer der HHLA zu 30 Prozent verkauft, müsste man Angst um die Speicherstadt haben, weil man dann dem Kapitalverwertungsinteresse von einzelnen Aktionären nachkommen müsste. Gleichzeitig sagen Sie, dass das für den Logistikkbereich nicht gelte. Auch das ist ein Widerspruch. Ich will damit nicht sagen, dass ich dagegen bin, die Speicherstadt zu schützen, im Gegenteil. Aber ich bin dafür, auch die ganze HHLA zu schützen.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat geht sehr leichtfertig davon aus, dass die Interessen von Investoren und der Stadt immer gleichlaufend sind, und zwar sowohl in der Sache als auch im zeitlichen Ablauf. Das ist eine gewagte Annahme. Ein Investor, auch jemand, der ein kleines Paket von der HHLA kauft, kann damit durchaus ganz andere Interessen verbinden. Er kann aufgrund seines sonstigen Geschäftsbetriebs oder aufgrund seines Gesamtportfolios durchaus ein Interesse daran haben, Entscheidungen bei der HHLA zu blockieren, weil er sich dadurch für seinen sonstigen Geschäftsbetrieb Vorteile verspricht. Aber auf dieser riskanten Annahme, diese Interessen seien immer gleichlaufend – er kann übrigens auch einmal das Interesse haben, dass bestimmte Gewinne schneller realisiert werden, als es für die Gesamtentwicklung des Hafens gut wäre, auch das kann ein Problem sein –, beruht letztlich Ihre Bereitschaft, 30 Prozent des Aktienkapitals an die Börse zu bringen. Ein möglicher Investor, ein Aktienbesitzer, der seine ganz eigenen Interessen bei der HHLA und darüber hinaus durchsetzen will, riskiert sein Geld, vielleicht nicht einmal sein eigenes, vielleicht auch nur einen ganz kleinen Anteil seines Gesamtportfolios. Sie, wenn Sie heute zustimmen, riskieren die Zukunft der HHLA und damit die Zukunft des Hafens und die Zukunft dieser Stadt. Diesen Weg gehen wir nicht mit. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

(Michael Neumann SPD: Na, dann streng' Dich einmal an!)

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir debattieren heute über den dritten Anlauf dieses Senates, Teile der Hamburger Hafen und Logistik AG zu verkaufen. Durch den von Ole von Beust geführten Senat hat die Stadt bereits Erfahrungen mit Privatisierungen gemacht, schlechte Erfahrungen. Eine weitere missglückte Privatisierung, wie wir sie leidvoll beim Landesbetrieb Krankenhäuser erlebt haben, kann sich Hamburg bei der HHLA nicht erlauben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

In der Tat erweckt der Senat nicht den Eindruck, dass er weiß, was er will, wenn man sich die Geschichte dieser verschiedenen Anläufe der HHLA-Privatisierung ansieht.

(Ingo Egloff SPD: Er weiß auch nicht, was er tut!)

Vor gut einem Jahr war dieser Senat bereit, die HHLA mehrheitlich an einen privaten strategischen Investor zu verkaufen.

(Olaf Ohlsen CDU: Mit Zustimmung der GAL!)

– Das war damals ganz und gar nicht der Fall, Herr Ohlsen. Da haben Sie dann wieder einmal geschlafen. Genauso, wie Ihre Abgeordneten ...

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist ungezogen!)

– Also bitte schön. Dann lesen Sie einmal die Protokolle, wie die Debatten damals gelaufen sind.

(Wolfhard Ploog CDU: Darin steht nicht, dass er geschlafen hat!)

Das war damals gegen heftigen Widerstand nicht nur von uns, sondern auch von der SPD. Wenn Sie das nicht

- A mitbekommen haben, Herr Ohlsen, dann muss ich sagen, verfolgen Sie anscheinend solche entscheidenden Debatten für ein so wichtiges Feld der Wirtschaftspolitik nicht aufmerksam genug. Aber leider – den Eindruck muss man haben – gilt das nicht nur für Sie, sondern für die ganze Regierungsfraktion und auch Teile des Senats.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfhard Ploog CDU: Schlauberger!*)

Dann haben Sie ein internationales Bekundungsverfahren gestartet mit dem Ziel, einen strategischen Investor in das Unternehmen zu holen und 49,9 Prozent zu verkaufen. Auch das ist heute Geschichte. Heute reden Sie davon, 30 Prozent der stimmrechtsfähigen Aktien des Stammkapitals der HHLA an die Börse zu bringen. Man merkt ein bisschen: Je näher der Wahltermin gerückt ist,

(*Dr. Willfried Maier GAL: Da flattert das Hemd!*)

desto mehr Fracksausen haben Sie bekommen, in einen Konflikt mit der Gewerkschaft und der Belegschaft zu gehen. Man kann sich auch nicht des Eindrucks erwehren, dass Sie bei diesem Modell nicht die ganze Wahrheit sagen, denn diese Argumentation, das muss ich Ihnen ehrlich sagen – da geht es mir ähnlich wie Frau Dräger –,nehme ich Ihnen nicht ganz ab, dass diese 30 Prozent, die Sie an die Börse bringen wollen, das letzte Wort gewesen sein sollen.

(*Jörg Hamann CDU: Sie wollen doch alles verkaufen!*)

- B Ich glaube, dass das an diesem Punkt die Aussage vor der Wahl ist. Was dann mit 19,9 Prozent nach der Wahl passiert, das wird eine andere Geschichte sein. Ich glaube: Aufgrund der Erfahrungen, die wir mit Ihnen und ihren Privatisierungen gemacht haben, kann man diesen Weg nicht unterstützen, den Sie vorschlagen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ihr Hauptargument ist, dass das gar nicht so schlimm sei, denn diese 30 Prozent könnten wir weggeben und insofern bräuchte man sich dort keine Sorgen machen. Ich möchte heute nicht so sehr auf den Punkt eingehen, auf den Frau Dräger sehr umfänglich eingegangen ist,

(*Michael Neumann SPD: Sehr gut!*)

wie hoch die Investitionen im Hafen wirklich sind, die die Stadt tätigen muss. Auch aus unserer Sicht ist ganz klar, dass man erst in dem Moment über Anteilsverkäufe der HHLA nachdenken kann, wenn alle Finanzinstrumente zur Finanzierung der städtischen ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Kerstan, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jens Kerstan (fortfahrend): Nein, im Moment bitte nicht.

(*Jörg Hamann CDU: Das ist feige, Herr Kerstan! – Gegenruf von Klaus-Peter Hesse CDU: Er steckt nicht so im Thema drin!*)

Denn natürlich sollte nur dann über einen Verkauf der HHLA nachgedacht werden, wenn erstens alle Finanzinstrumente ausgeschöpft sind, die der Stadt zur Finanzierung von Hafeninvestitionen zur Verfügung stehen, und zweitens der Investitionsbedarf so hoch ist, dass er aus anderen Mitteln nicht gedeckt werden kann. Die Skepsis der SPD-Fraktion, inwieweit die von der Stadt angeführte

Höhe der Investitionen zutrifft, kann man durchaus teilen, vor allem auch, wenn man sich die Debatte und die Anhörung angeschaut hat, die an dem besagten Abend im Haushaltsausschuss nicht nur zur HHLA stattgefunden hat, sondern auch zur Hafenbahn, wo der Senat auch eine schöne Summe von 500 Millionen in den Raum geworfen hatte und auch nach anderthalb Stunden nicht so genau sagen konnte, welche einzelnen Maßnahmen damit eigentlich zu finanzieren sein sollten.

Aber ich möchte heute vor allem über die Risiken und Nachteile des vom Senat vorgeschlagenen Modells reden, das in dem Senatsantrag zur Debatte steht. Aus unserer Sicht birgt es erhebliche Risiken und Nachteile, 30 Prozent der stimmrechtsfähigen Aktien der HHLA einfach so an der Börse breit zu streuen – Risiken, die sich nicht nur für die HHLA, sondern auch für die Stadt bitter rächen können.

Zum Ersten ist es natürlich völlig unverantwortlich, Aktien an der Börse breit zu streuen, weil man dann die komplette Kontrolle darüber verliert, wer sich langfristig an der HHLA beteiligen kann. Wenn Sie die Aktien einfach so an der Börse streuen, kann sich jeder kapitalkräftige Konkurrent der HHLA eine Sperrminorität von 25 Prozent zusammenkaufen. Wir reden über Investoren, bei denen bisher in diesem Hause über alle Fraktionen hinweg Einigkeit herrschte, dass diese bei der HHLA nicht willkommen sind. Ich rede hier von Konkurrenten wie Hutchison oder PSA. Das sind asiatische Monopolbetriebe, die bereit sind, mit riesigen Finanzmitteln Konkurrenten aufzukaufen.

Vor diesem Hintergrund muss man eins feststellen: Auch wenn die HHLA in Hamburg das größte Unternehmen ist, ist die HHLA im weltweiten Vergleich ein Mittelständler, den ein Konzern wie Hutchison oder PSA locker zum Frühstück verspeisen kann. Wenn Sie sich ansehen, was diese Konzerne bereit waren auf den Tisch zu legen, dann war das bei P&O, den Hafenbetreibern in England, das Dreißigfache des Jahresgewinns. Wenn Sie das auf den Gewinn der HHLA umrechnen, sind Sie nicht bei anderthalb Milliarden, sondern bei zwei bis drei Milliarden. Das ist nicht die Summe, für die Sie jetzt den einzelnen Aktionären an der Börse die HHLA-Aktien verkaufen werden. Aber wenn dann drei Monate später jeder dieser Aktionäre ein Angebot von diesen Investoren auf den Tisch bekommt, bei dem er innerhalb von drei Monaten seinen Aktienkauf verdreifachen könnte, dann ist das kein theoretisches Modell, dass dort eine Sperrminorität zusammenkommen kann. Letztendlich handelt jemand naiv, der davon ausgeht, dass das nicht passieren kann.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist auch in der Anhörung deutlich geworden, dass es ein Problem wäre, wenn ein Investor 25 Prozent – eine Sperrminorität – zusammenhat und diese zu einer Blockadepolitik einsetzt. Denn letztendlich muss man doch eins deutlich sehen: Die HHLA kann ihre eigenen Investitionen finanzieren, sie muss dafür aber Kredite aufnehmen, eventuell auch ihr Eigenkapital erhöhen. Dafür braucht man eine Dreiviertelmehrheit auf einer Hauptversammlung. Sie wollen 30 Prozent verkaufen. Jeder, der 25 Prozent hat, kann das blockieren. Sie reden immer davon – das war auch die Meinung von sachverständigen Hamburger Unternehmen: Wer sollte das nach mitteleuropäischen Gepflogenheiten, nach einem guten Geschäftsverhalten tun? – Da muss ich wirklich sagen: Lesen Sie eigentlich keine Wirtschaftspressen? Verfolgen

- A Sie nicht, was an den Finanzmärkten los ist? Wissen Sie nicht, was für Akteure dort agieren?

Ich rede hier nicht nur von Finanzinvestoren. Der IWF zum Beispiel warnt vor milliardenschweren Staatsfonds aus autoritären Regimen weltweit, die sich strategisch in strategische Branchen einkaufen und dabei keinesfalls Renditeinteressen vertreten, sondern geopolitische und politstrategische Interessen verfolgen. Das ist dann nicht Herr Stuhlmann von der HSH Nordbank. Das ist dann vielleicht eine Gazprom in Russland oder der Staatsfonds in China. Da sieht das dann schon ganz anders aus, was mit der HHLA passiert.

(*Rüdiger Kruse CDU*: Was haben Sie denn gegen Herrn Schröder?)

Ihre eigene Bundeskanzlerin von der CDU hat gesagt, dass Börsengänge der Bahn und auch der Telekom vor diesem Hintergrund neu bedacht werden müssen und eventuell auch ganz anders strukturiert werden müssen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich erwarte schlichtweg von einem Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg, einer Stadt, die sich selber als Weltstadt begreift, gerade auch in wirtschaftlichen Dingen, dass er einfach einmal zur Kenntnis nimmt, was auf Finanzmärkten, nicht nur in Hamburg, sondern weltweit, jeden Tag passiert. Natürlich gibt es dort Finanzinvestoren und Hedgefonds, die sich ganz strategisch solche Minderheiten zusammenkaufen und dann blockieren. Und wissen Sie, warum sie das machen? – Das machen sie schlicht und ergreifend, um dann Sonderdividenden zu kassieren. Die lassen sich diese Blockadepolitik nämlich mit sehr viel Geld abkaufen – Geld, das die HHLA und letztendlich die Stadt mit ihrem Anteil dann teuer bezahlen müsste. Das ist natürlich ein Fall, der viel früher einsetzt als bei den 25 Prozent, die zusammenkommen müssen. Da muss ich wirklich sagen: Es mag ja sein, dass Sie weltweit gar nicht verfolgen, was passiert. Aber fragen Sie einmal Herrn Marnette, was für Probleme er im Moment hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wissen Sie, wie hoch der Anteil des Investors ist, der sich gerade bei Herrn Marnette eingekauft hatte? – Der hat mit 10 Prozent angefangen und ist jetzt bei 15. Dass diese für die Norddeutsche Affinerie doch sehr entscheidende Übernahme stattfinden wird, kann dieser Investor mit 15 Prozent verhindern, Herr Uldall.

(*Uwe Grund SPD*: Und so wird aus einem Jäger ein Gejagter!)

– Und so wird aus einem Jäger ein Gejagter.

Wer sagt denn, dass die HHLA langfristig immer diese Local-Hero-Strategie verfolgt? Vielleicht wird die HHLA irgendwann einmal zu dem Punkt kommen, dass sie Übernahmen anstrebt. Die kann ein solcher Investor mit einer kleinen Schachtel verhindern. Schauen Sie sich die Deutsche Börse an. Wissen Sie, wie hoch der Anteil dieses Hedgefonds war, der die Übernahme der Londoner Börse verhindert hat? – Der hatte geschlagene 5 Prozent. Die Deutsche Börse steht jetzt zunehmend allein da. Alle anderen Börsen weltweit schließen sich zusammen und mittlerweile gilt die Deutsche Börse als Übernahmekandidat. All diese Punkte spielen bei Ihnen überhaupt keine Rolle. Da frage ich mich wirklich: Ist die

HHLA und sind die Finanzen dieser Stadt bei Ihnen wirklich in den richtigen Händen? – Ich denke nein.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Kommen wir zu einem weiteren Punkt: Wenn man jetzt schon so weit ist, dass man öffentliche Unternehmen verkauft, dann sollte es doch wirklich angesichts der knappen Finanzen dieser Stadt klar sein – nicht unbedingt, dass man den maximal erzielbaren Preis nimmt, aber –, dass man einen relevanten Kaufpreis erzielt. Bei Ihrem Modell, Herr Uldall, verzichtet die Stadt auf Hunderte von Millionen, wenn man bereit ist, 30 Prozent der HHLA zu verkaufen. Wenn Sie eine Schachtel der HHLA in Höhe von 25 oder 30 Prozent an einen strategischen Investor verkaufen, ist dieser in der Regel bereit, 10 bis 20 Prozent Paketaufschlag zu bezahlen.

(*Barbara Ahrons CDU*: Jetzt fangen wir wieder von vorne an!)

– Natürlich, Frau Ahrons. Ja, darüber müssen wir auch weiter reden, wenn Sie solchen Unsinn planen, Frau Ahrons.

(*Barbara Ahrons CDU*: Sie drehen sich im Kreis, Herr Kerstan! – Gegenruf von *Dr. Willfried Maier GAL*: Wenn Sie Pirouetten drehen!)

Bei einem geschätzten Wert der Hälfte der HHLA von 1,5 Milliarden, für die es wohl auch Angebote gegeben hat, sind 10 Prozent 150 Millionen. Wissen Sie was? Das ist eine ganze Elbphilharmonie, die Sie da so verschenken. Ich glaube nicht, dass diese Stadt im Geld schwimmt, dass man so ohne Weiteres, wenn man bereit und gezwungen ist, öffentliches Vermögen zu verkaufen, dann auch bereit sein sollte, auf Summen in dieser Größenordnung zu verzichten. Wie ist denn die Situation im Sozialbereich, wenn wir darüber reden, die soziale Teilung dieser Stadt zu verhindern und dort Maßnahmen zu ergreifen? Ich glaube nicht, dass wir dort sagen: "Gott, 150 Millionen brauchen wir dafür nicht." Da reden wir über ganz andere Beträge. Sie sind im Moment nicht da. Insofern ist der Weg, den Sie vorschlagen, auch in diesem Punkt unverantwortlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Kommen wir zur Speicherstadt: Wenn Sie sich die Aussagen der Experten im Haushaltsausschuss anschauen, werden Sie keinen finden, der sagt, dass das eine gute Lösung sei. Die haben alle gesagt: "Wenn ich ehrlich sein soll, habe ich von diesem Modell noch nie gehört. Mag sein, dass das rechtlich und finanziell so geht, aber vernünftig und sinnvoll ist das nicht." Denn letztendlich ist das eine höchst komplexe und höchst streitanfällige Lösung, die Sie dort vorschlagen, und das an einem Schlüsselpunkt der Stadtentwicklung dieser Stadt. Mitten in der HafenCity haben wir das größte Stadtentwicklungsprojekt ganz Europas und im Scharnier zwischen HafenCity und der restlichen City liegt die Speicherstadt.

Da wäre es doch verrückt, diese Flächen dem Kalkül von privaten Investoren zu überlassen, die dort nicht entscheiden, was die beste Entwicklung für Hamburg wäre, sondern die nach Renditegesichtspunkten gehen. Sie haben mit diesen Tracking Stocks eine sehr komplexe Lösung versucht zu finden, bei der aber in der Anhörung deutlich wurde, dass das enorme finanzielle Risiken bei der Prospekthaftung bedeutet und privaten Investoren, die vielleicht im Rest der HHLA einsteigen, auch Klage-

- A rechte gibt. Auch das ist keine sinnvolle Lösung. Auch in diesem Punkt kann man Ihnen nur abraten, diesen Weg zu gehen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber Sie sind sehr weit gegangen und so, wie Sie sich in der Vergangenheit bei strategischen Projekten verhalten haben, kann man nicht davon ausgehen, dass Sie Argumenten zugänglich sind. Darum werden wir heute – obwohl das sehr einfach wäre – nicht nur gegen Ihren Vorschlag reden, sondern möchten Ihnen eine Alternative vorschlagen, die einerseits den Investitionsbedürfnissen der Stadt gerecht wird und andererseits den Einfluss der Stadt auf die HHLA zu 100 Prozent gewährleistet. Ich möchte Sie ernsthaft um das bitten, was Sie in der Anhörung im Haushaltsausschuss nicht getan haben. Dort haben Sie drei Stunden lang Experten angehört, haben keine 30 Sekunden überlegt und haben dann entschieden. Darum haben wir heute einer zweiten Lesung nicht zugestimmt, weil wir möchten, dass Sie sich diese Alternative noch einmal ernsthaft überlegen. Denn letztendlich besteht im Moment – Frau Dräger hat darauf hingewiesen – kein Handlungsbedarf. Sie wollen eine günstige Börsensituation nutzen, um Geld einzusammeln. Aber der Hauptteil der Investitionen wird in den Jahren 2011 bis 2015 erfolgen.

Ich muss ehrlich sagen: Ich habe nicht das Vertrauen, dass der Senat in den nächsten acht Jahren ein paar 100 Millionen auf die hohe Kante legt. In der Zeit, glaube ich, könnte der Senat jede Menge Unsinn damit anstellen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Kann er nicht mehr!)

- B Insofern überlegen Sie sich das mit den Vorzugsaktien noch einmal sehr gut. Natürlich bringen sie im Moment nicht so viel wie Stammaktien. Aber Sie werden dort mehrere 100 Millionen Euro einsammeln, die für die nächsten paar Jahre die Hafeninvestitionen abdecken. Sie lassen der Stadt alle Handlungsmöglichkeiten, die man in wenigen Jahren noch bräuchte, wenn der Bedarf wirklich so groß ist, wie Sie uns im Moment sehr wolkig dargestellt haben. Zukünftige Senate und Bürgerschaften könnten dann frei und nicht so eingeschränkt entscheiden, wie Sie es mit diesem Modell im Moment vorantreiben.

Mit dem LBK haben Sie eine Privatisierung hingelegt, bei der Sie selber, wenn Sie ehrlich sind, sagen müssten, dass es so nicht hätte laufen dürfen. Machen Sie den gleichen Fehler nicht sehenden Auges wieder. Wir haben die gleiche Situation wie beim LBK. Sie schlagen ein Modell vor, bei dem es viele sehr begründete und ernsthafte Warnungen gibt und bei dem große Risiken existieren. Beim LBK haben Sie alle Warnungen in den Wind geschlagen und Stück für Stück müssen wir jetzt feststellen, dass jede einzelne Warnung in der Realität eingetreten ist. Machen Sie diesen Fehler bei der HHLA nicht. Dafür ist die HHLA zu wichtig und dafür ist der Hafen zu wichtig. Darum bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Zusatzantrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Hafen und die HHLA sind das Herzstück des Wirtschaftsstandorts Hamburg, zweitgröß-

ter Containerhafen Europas, achtgrößter der Welt. 133 000 Arbeitsplätze sind vom Hamburger Hafen abhängig. Der Containerumschlag hat sich in den letzten Jahren außerordentlich positiv entwickelt. Er erreichte eine Verdoppelung

(Doris Mandel SPD: Das wissen wir alles!)

und bis zum Jahre 2015 wird eine weitere Verdoppelung auf gut 18 Millionen Standardcontainer vorausgesagt.

(Gerhard Lein SPD: Gleich platzt der Jackenknopf!)

Wir wollen für den Hamburger Hafen Investitionen in einem Gesamtvolumen von etwa 2,9 Milliarden Euro tätigen. Dieses Geld ist hervorragend investiert, weil es nicht nur die Hafenwirtschaft ernährt, sondern in Wahrheit die gesamte Stadt.

(Doris Mandel SPD: Und das alles setzen Sie aufs Spiel!)

Ich will Ihnen deutlich machen, dass wir in den nächsten Jahren allein aus der Hafenwirtschaft erhebliche Mehreinnahmen erwarten können. Den Investitionen stehen Steuereinnahmen gegenüber, die wir für zehn Jahre auf etwa 10 Milliarden Euro aus dem Hafenbereich vor Länderfinanzausgleich taxieren. Das heißt, der Hafen finanziert auch Schulen, der Hafen finanziert Kindergärten, der Hafen finanziert die gesamte Stadt.

(Doris Mandel SPD: Warum verkaufen Sie dann?)

Deshalb kommt es natürlich darauf an – darüber sind wir uns, glaube ich, in diesem Hause alle einig –, dass wir die richtigen finanziellen Entscheidungen fällen.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass die Haushaltspolitik dieses Senats sich von der Haushaltspolitik SPD-geführter Senate unterscheidet. Sie haben uns einen völlig verschuldeten Haushalt hinterlassen. Wir müssen den in Ordnung bringen und genau das tun wir.

(Beifall bei der CDU – Unmutsäußerungen bei der SPD und der GAL)

Sie haben zwischen 1990 und 2000 Privatisierungen im Volumen von 3,5 Milliarden Euro vorgenommen. Dieses Geld ist vollständig in den Löchern der Haushalte verschwunden. Sie haben Vermögen vernichtet, wir mehren das Vermögen mit unserer Politik. Da unterscheiden wir uns mit Überzeugung von Ihnen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

Wir werden eines nicht tun, das sage ich Ihnen ganz klar: Wir werden die aktuelle gute konjunkturelle Situation, die auch gut für den Hamburger Haushalt ist, nicht in die Richtung bewegen, die Sie eingeschlagen haben, nämlich einen Verschuldungshaushalt. Wir werden das Geld, das wir jetzt einnehmen, primär dafür verwenden, um die Neuverschuldung so schnell wie möglich auf Null zu bekommen. Wir müssen endlich anfangen, auch die alten Schulden zurückzuzahlen. Das ist unser Credo, daran werden wir uns halten. Es ist keine Zeit für Geschenke.

(Beifall bei der CDU – Uwe Grund SPD: Er ist und bleibt ein Ochsenfrosch!)

Wir haben uns bei den Investitionen für den Hamburger Hafen für eine Variante entschieden, die darauf hinausläuft, rund 30 Prozent des HHLA-Grundkapitals an der

- A Börse zu platzieren, weil wir für eine gute Zukunftsinvestition im Hamburger Hafen Finanzierungsbausteine brauchen. Die 2,9 Milliarden Euro sind durch verschiedene Töpfe abzudecken. 733 Millionen Euro sind bereits in den Haushalt und in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt. Die mittelfristige Finanzplanung umfasst aber nicht alle Investitionen bis zum Jahr 2015. Deshalb müssen wir natürlich auch weitere Refinanzierungsinstrumente nutzen und insofern ist der Börsengang das richtige Instrument.

Wir haben folgende Grundsätze aufgestellt: Hafen finanziert Hafen, das heißt, was durch den Börsengang an Mitteln in die Stadt hineinkommt, wird für die Hafenfinanzierung verwandt. Entscheidendes Element unseres Börsenganges ist, dass Hamburg im Hafen das Steuer fest in der Hand hält.

Ihre Beiträge, die Sie in Bezug auf 30 Prozent bringen, sind widersprüchlich. Sie haben natürlich ein schlechtes Gewissen, denn Sie haben Infrastrukturunternehmen verkauft. Wer hat die HEW mehrheitlich verkauft? Sie waren es. Sie haben Hamburg dauerhaft um die HEW gebracht, wir sichern dauerhaft die Mehrheit der HHLA und des Hafens in Hamburg. Das unterscheidet uns zu 100 Prozent.

(Beifall bei der CDU)

Insofern brauche ich von Ihnen keine Belehrungen, was eine Minderheitsbeteiligung – 30 Prozent ist ein Minderheitsanteil – für Risiken für die Stadt bedeutet. Darüber werde ich mich gleich gern noch mit Ihnen auseinander setzen. Wären Sie bei der HEW doch bloß so sensibel gewesen wie heute, dann hätten wir die HEW noch. Sie haben sie verkauft und deshalb haben Sie ein schlechtes Gewissen. Wir sind anders als Sie, meine Damen und Herren.

B

(Beifall bei der CDU – *Manuel Sarrazin GAL*: Das kann doch nicht wahr sein!)

Für uns ist ein Punkt sehr wichtig, der hier auch angesprochen worden ist. Wir wollen im Hamburger Hafen eine Maßnahme – wenn es irgend geht, im Schulterschluss mit den Arbeitnehmern –, die für die Zukunft entscheidend ist. Das ist für uns ein wichtiges Argument und wir haben mit dieser Lösung den Schulterschluss mit den Arbeitnehmern gefunden. Dass Sie sich auf einmal nicht für Arbeitnehmerinteressen interessieren, wundert mich. Die Arbeitnehmer stehen auf unserer und nicht auf Ihrer Seite. Ich kann gut damit leben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – *Manuel Sarrazin GAL*: Das ist nur Blabla! Sie sagen keinen anständigen Satz!)

Der Börsengang ist auch aus wirtschaftlichen Gründen eine gute Lösung.

Sie müssen sich entscheiden. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben eben gesagt, eine Minderheit von 30 Prozent sei sehr riskant und es wäre im Grunde viel besser gewesen, wenn man – das sagten Sie im zweiten Satz, Herr Kerstan – mehr Geld herausholen würde. Sie sagten, ein 49,9 Prozent Trade Sale wären dann besser gewesen, weil es mehr Geld gibt. Sie müssen nur einmal sagen, was Sie wollen. Auf der einen Seite werfen Sie uns vor, 30 Prozent sei ein Risiko für die Stadt. Auf der anderen Seite fragen Sie, warum wir keine

Lösungen beschließen, die noch mehr Geld in die Kasse bringen, das heißt, dass wir noch mehr als 30 Prozent verkaufen. Was wollen Sie? Eines von beidem geht nur. C

Dann sagen Sie in einem weiteren Schritt, Herr Kerstan, dass Sie keine Stammaktien verkaufen wollen.

(*Dr. Till Steffen GAL*: Sie haben gar nicht zugehört, wir wollen, dass Sie zuhören, Herr Freytag!)

– Sie müssen auch zuhören, dann können wir uns besser verstehen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Dr. Steffen, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Senator Dr. Michael Freytag (fortfahrend): Sie müssen sich entscheiden, wenn Sie uns vorwerfen, wir verkaufen Stammaktien statt Vorzugsaktien. Das haben Sie eben gesagt.

(*Martina Gregersen GAL*: Seit wann entscheiden Sie denn das?)

Auf der einen Seite werfen Sie uns vor, dass 30 Prozent Aktien weniger bringen als andere Lösungen. Dann sagen Sie, Stammaktien seien schlecht, Vorzugsaktien seien die richtige Lösung. Vorzugsaktien bringen beim Verkauf aber deutlich weniger Geld in die Kasse als Stammaktien und sie kosten auch mehr, denn der Preis für die Vorzugsaktien ist eine höhere Verzinsung. Das heißt, Sie müssen aus dem Unternehmen heraus für Vorzugsaktionäre auch mehr bezahlen. Sie müssen sich die Argumentation schon logisch zurechtlegen. Eines von beidem geht nur. D

Die Partner, die wir uns ausgesucht haben – es handelt sich um internationale und nationale auch in Hamburg sehr erfolgreiche professionelle Unternehmen – bearbeiten Börsengänge als tägliches Brot. Wir haben KPMG als Berater im Boot, wir haben Freshfields, eine der internationalen Top-Anwaltskanzleien, wir haben als Konsortialführer JP Morgan und die Citigroup. Ich darf heute bekannt geben, dass wir weitere deutsche und Hamburger Banken in das Konsortium aufgenommen haben. Der Co-Lead Manager wird für Deutschland die Commerzbank AG sein und wir werden vier Hamburger Kreditinstitute einbinden. Es handelt sich um die Berenberg Bank, um die Haspa, um die HSH Nordbank, um die Warburg Bank und als weiterer Partner wird das Bankhaus Lampe ausgewählt. Das bedeutet, wir haben bei diesem Börsengang beste Begleitung, hoch professionelle Partner.

Die Anhörung im Haushaltsausschuss hat für die Opposition wenig Ergiebiges gebracht, denn die große Mehrheit der Experten, die wir gehört haben, hat dem Senat eindeutig Rückenwind gegeben. Es gab nur einen Experten, der früher Hamburger Bürgermeister gewesen ist und der Bedenken geäußert hat. Das mag so sein. Diejenigen, die vom Fach sind, die aus der Branche kommen, haben uns bestätigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Deshalb ist die Anhörung im Haushaltsausschuss eine eindrucksvolle Unterstützung für den Senat und für die Bürgerschaftsmehrheit.

Die Mehrheitsverhältnisse sind entscheidend. Auch das war im Haushaltsausschuss eine Erkenntnis. Wenn 70 Prozent stehen – das heißt, wenn der Mehrheitsaktionär

- A Hamburg steht –, dann macht es schlichtweg keinen Sinn, eine Sperrminorität anzustreben. Zunächst haben wir klar gesagt, wir wollen keine großen Pakete, sondern Streubesitz verkaufen. Sperrminoritäten machen, wenn man sie – theoretisch – über viele Jahre zusammenkaufen sollte, schlichtweg keinen Sinn, insbesondere nicht für Fonds, die eben als Beispiel genommen worden sind. Wenn Sie mit Fonds oder als Investor Geld verdienen wollen, dann müssen Sie Mehrheitsentscheidungen durchdrücken und die Geschicke des Unternehmens steuern können. Mit einer Sperrminorität können Sie gar nichts entscheiden. Sie können versuchen, bestimmte Dinge zu beeinflussen, aber sie machen mit Sperrminoritäten nicht den überdurchschnittlichen Gewinn, den beispielsweise Hedgefonds als Maßstab für ihr Engagement haben. Deshalb haben die Experten, die aus der Branche kommen – und nicht der Senat –, gesagt, dass unsere Aufteilung in Streubesitz und 70 Prozent fest in der Hand des Mehrheitsaktionärs richtig ist.

Es ist richtig, die Speicherstadt und die Fischmarktimmobilien als Juwelen unserer Stadt dem Zugriff von Aktionären zu entziehen. Wir haben in Beratungen mit unseren Partnern mit dem Tracking Stock eine Konstruktion gewählt, die sicherstellt, dass wir als Stadt Hamburg 100 Prozent Einfluss auf unsere Speicherstadt haben. Wir wollen 100 Prozent Einfluss und nicht 70 Prozent, vor allen Dingen wollen wir die Speicherstadt nicht dem Risiko von Klagen der 30 Prozent Aktionäre aussetzen, die von uns in der Speicherstadt Gewinn- und Profitmaximierung um jeden Preis verlangen könnten. Die Speicherstadt ist für uns ein Juwel, das wir unserer Stadt für Hamburg und die HHLA erhalten wollen. Es ist eine sehr gute Lösung, die wir gewählt haben.

- B Der Börsengang findet zu einem Zeitpunkt statt, in dem die Börse boomt. Die Aussage der Kapitalmarktexperten ist eindeutig gewesen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, ein solches Aktienpaket an der Börse zu platzieren, weil man jetzt die Chance hat, deutlich überdurchschnittliche Erträge zu erzielen. Wir setzen darauf, was uns die Experten sagen, die ihr Geschäft verstehen. Wir wollen mit dem Börsengang der HHLA das nötige Kapital bekommen, um bis zum Jahre 2012 ohne zusätzliche Neuverschuldung die Infrastrukturinvestitionen für den Hamburger Hafen abdecken zu können. Wir werden strikt an unseren Haushaltsprinzipien festhalten, die Neuverschuldung so schnell wie möglich zu reduzieren, alte Schulden abzubauen und Vorsorge für andere Investitionen zu treffen, die unsere Stadt braucht. Wir sehen auch den erheblichen Risiken bei den Pensionslasten entgegen, die im Haushalt bereits jetzt 1 Milliarde Euro – mit zunehmender Tendenz – betragen. Wir haben nach wie vor eine dramatische Zinssituation. Wir müssen jedes Jahr Zinszahlungen für Altschulden in Höhe von über 1 Milliarde Euro aufbringen. Das sind 3 Millionen Euro am Tag. Außerdem besteht das Risiko, dass aus der Steuerreform Belastungen auf die Hansestadt Hamburg zukommen könnten. Wir müssen natürlich auch davon ausgehen, dass die aktuelle konjunkturelle Aufschwungssituation nicht die nächsten zehn Jahre selbstverständlich sein wird. Wir müssen also auch Vorsorge treffen, damit unser Haushalt komplett saniert wird. Ich sage Ihnen auch, wann wir das machen werden: Jetzt werden wir es machen, es ist der richtige Zeitpunkt. Wenn wir unseren Haushalt, und zwar nicht nur für den Hafen, sondern für alle Bereiche unserer Stadt, jetzt nicht in Ordnung bringen, wann sollten wir es sonst machen?

Der Ausbau des Hafens mit einem Börsengang der HHLA ist notwendig und richtig zur Sicherung der Zukunft. Er ist gut für die HHLA, er ist gut für den Hafen und er ist gut für unsere Stadt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erinnere mich dunkel daran, dass wir hier einmal einen Abgeordneten Freytag hatten, der in seiner Zeit als Oppositionsabgeordneter und Haushaltssprecher der CDU den Verkauf sämtlichen städtischen Vermögens verlangte. Er wollte seinerzeit 10 Milliarden D-Mark dafür einnehmen. Nur so viel zur Klarheit und Wahrheit, was den Verkauf städtischer Unternehmen angeht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist auch dieser Senat gewesen, der die letzten 25,1 Prozent der HEW verkauft hat. Es sind keine sozialdemokratischen Senatoren gewesen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Olaf Ohlsen CDU:* Hört doch auf, ihr habt doch alles verkauft!)

Weil wir die Lektion gelernt haben, dass es für diese Stadt schädlich sein kann, öffentliche Unternehmen zu verkaufen, sind wir bei der letzten Perle, die uns verblieben ist, nämlich der HHLA, so skeptisch, was diesen Verkauf angeht. Sie haben einen Lernprozess durchmachen müssen, den Sie nicht freiwillig gemacht haben. Ihr Vorgänger, Herr Dr. Peiner, Herr Freytag, war es doch, der zusammen mit dem Bürgermeister in dilettantischer Art und Weise die Mehrheit an diesem Unternehmen an die Deutsche Bahn AG verkaufen wollte. Das ist noch gar nicht lange her und das haben die Hamburger nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ohne den massiven Einsatz der Belegschaft und der Gewerkschaften wären Sie gar nicht auf die Idee gekommen, von dieser Idee Abstand zu nehmen. Sie sind gezwungen worden, dieses zu tun, das haben Sie nicht freiwillig gemacht. Nun stellen Sie sich nicht als Retter des Vaterlandes hin. Sie sind ein Getriebener gewesen und versuchen, aus dieser Situation jetzt noch herauszukommen. Nichts anderes passiert hier, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die Hamburger Sozialdemokraten haben immer zu diesem Hafen gestanden und wir haben als Opposition auch das Sonderinvestitionsprogramm mit verabschiedet. Wir stehen auch zur Elbvertiefung. Das haben wir in dieser Stadt immer verkündet. Die Hafenunternehmen und die Hamburger können sich darauf verlassen, dass wir zu diesem Hafen stehen.

Aber wir haben in dieser Situation auch immer darauf hingewiesen, dass wir wissen wollen, wie es nach dem Sonderinvestitionsprogramm weitergeht, weil wir gesehen haben, dass es weitere Investitionsbedarfe gab oder gibt. Die Antwort des Wirtschaftssenators im Wirtschaftsausschuss war drei Jahre lang: Das ist eine gute Frage, ich habe keine Antwort. Wir haben uns in den letzten Haushaltsberatungen im November dieses Jahres viereinhalb Stunden im Wirtschaftsausschuss und über fünf Stunden

- A im Haushaltsausschuss über die Frage des Wirtschaftshaushalts unterhalten. Während eines Großteils der Zeit haben wir über die Frage der Hafenfinanzierung diskutiert. Mit keinem Wort ist erwähnt worden, dass Fehlbedarfe in Höhe der in der Drucksache genannten Größe vorhanden sind. Das haben Sie hier en passant in einer Debatte über den Verkauf der HHLA getan, in der Ihnen mit einem Male die Argumente ausgegangen sind. Frau Dräger hatte darauf hingewiesen. Das erste Argument war, die HHLA braucht das, um ihre eigenen Investitionen zu finanzieren. Das Argument konnten Sie nicht mehr aufrechterhalten, weil das Wirtschaftsergebnis der HHLA so gut war, dass die Vorstände gesagt haben, das können wir selbst. Dann hat Herr Dr. Peiner gesagt, wir gucken, ob die HHLA sich nicht in anderen Häfen engagieren kann. Nun gibt es nicht so viele Häfen, in denen es Sinn macht, sich zu engagieren. Also war auch das Argument weg. Dann kam Herr Uldall und sagte, übrigens, mir fehlen 965 Millionen Euro. Daraus sind dann über einen Zwischenschritt 1,1 Milliarden Euro geworden. Jetzt steht in der Drucksache 1,6 Milliarden Euro, Herr Kruse macht 1,7 Milliarden Euro daraus. Meine Damen und Herren, die Grundlage der Entscheidung, die wir heute fällen sollen, weil es angeblich diese Fehlbedarfe gibt, ist ein sehr schön bunt aufgemachter Zettel, auf dem die Hamburg Port Authority aufgelistet hat, was sie meint, welche Investitionen es in Zukunft gibt. Da wird "mal eben über'n dicken Daumen" gepeilt und gesagt, wir brauchen 500 Millionen Euro für die Hafenbahn. Frau Dräger und Herr Kerstan haben darauf hingewiesen, wie die Diskussion im Haushaltsausschuss gewesen ist, bevor wir über den Börsengang diskutiert haben. Außerdem werden noch 250 Millionen Euro für Unvorhergesehenes vorgesehen und so weiter und so fort.
- B

Ich will gar nicht bestreiten, meine Damen und Herren, dass es zukünftige Finanzierungsbedarfe gibt und dass wir uns Gedanken darüber machen müssten, wie das zu finanzieren ist. Aber ich möchte eine verlässliche Grundlage haben, wenn wir ein Unternehmen verkaufen, das 122 Jahre im Besitz der Stadt ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Diese Zettelwirtschaft, die Sie uns in den Ausschüssen zugemutet haben, ist keine verlässliche Grundlage, eine solche schwerwiegende Entscheidung für diese Stadt zu treffen.

Es wird immer so getan, als wenn wir 965 Millionen Euro oder 1,1 oder 1,6 Milliarden Euro – oder wie viele es immer sein müssen – sofort brauchten. Das ist gar nicht der Fall. Dann würde ich sagen, okay, wir müssten uns sofort überlegen, was wir tun. Aber diese Hafeninvestitionen sind eine laufende Investition. Herr Kerstan und Frau Dräger haben darauf hingewiesen, wann wir diese Finanzbedarfe decken müssen. Wir haben im Grundstock im Moment 1,3 Milliarden Euro zurückgelegt. Der Senat geht in seiner Drucksache davon aus, dass die Hafeninvestitionen dafür sorgen werden, dass jährlich 350 Millionen Euro mehr in die Kasse kommen.

Es gibt auch noch andere Möglichkeiten, das zu finanzieren, als Sie uns in einer mehr als dünnen Drucksache vorgeschlagen haben. Es gibt die Möglichkeit – einer der Experten hat darauf hingewiesen –, das zu tun, was in der Vergangenheit passiert ist, wenn es um Hafeninvestitionen ging. Man sucht sich für einzelne Terminals und für einzelne Investitionen Partner, die man dafür benutzen kann, dieses mitzufinanzieren.

(Wilfried Buss SPD: Eben, eben!)

C

Darüber haben Sie überhaupt nicht nachgedacht, weil Sie Ihr ideologisches Ziel stur verfolgen und weil Sie sagen, wir müssen es noch unbedingt vor der Wahl hinkriegen.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommen wir noch einmal zu dem Punkt Prospekthaftung. Auch das hat in der Presse seinen Niederschlag gefunden und ist auch im Ausschuss diskutiert worden. Wir haben im Zuge der Protokollerklärung mitgeteilt bekommen, was das Anwaltsbüro dem Senat rät. Da heißt es:

"Verbreiten Sie keine in die Zukunft gerichteten Informationen über die HHLA wie zum Beispiel Vorhersagen, Hochrechnungen, bewertende Informationen, Erwartungen, Prognosen oder Planziele."

Wie sollen wir Hafenpolitik machen, wenn die Bewertungen durch diesen Senat über die Zukunft des Hafens nicht mehr stattfinden und in den Ausschüssen der Bürgerschaft bewertet werden? Das haben wir im Ausschuss diskutiert. Wie wollen Sie über den Terminalausbau und die Finanzierung reden, wenn Sie das in diesen Gremien nicht tun? Das dürfen Sie danach gar nicht mehr machen, wenn Sie nicht Gefahr laufen wollen, sich mit irgendwelchen Sachen in die Haftung zu begeben. Was ist denn mit der Elbvertiefung? In den Protokollerklärungen steht, die Planverfahren seien eingeleitet und wenn alles klar geht, sei man 2009 am Ziel. Aber so, wie dieser Senat das betreibt, werden wir 2009 nicht am Ziel sein. Das wird dann ein Problem sein.

D

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen auch Aussagen darüber treffen, wie die Zukunft des Unternehmens aussieht. Wie geht es weiter, wenn die Terminals, die die HHLA jetzt ausbaut und wo die Kapazitäten verdoppelt werden, mit ihrer Kapazität 2015 am Ende sind? Ich habe im Haushaltsausschuss auch die Frage gestellt, wie die Zukunftsentwicklung der HHLA mit der Politik der HPA – beispielsweise, was den mittleren Freihafen angeht – zusammen passt. Ist vielleicht die Äußerung, Herr Senator Uldall, die man in den letzten Tagen in der Zeitung lesen konnte, es gäbe die Überlegung, die Firma Buss und die HHLA könnten gemeinsam den mittleren Freihafen entwickeln, darauf zurückzuführen, dass Sie gemerkt haben, dass Ihre Politik falsch ist, wenn Sie den mittleren Freihafen weltweit ausschreiben wollen? Das wäre zumindest ein gutes Ergebnis, wenn das aus der Diskussion, die wir geführt haben, herausgekommen wäre.

Aber das zeigt, meine Damen und Herren, welche Risiken hiermit verbunden sind. Was die Frage nach strategischen Investoren angeht – darauf haben die Kollegen Kerstan und Dräger hingewiesen –, die liegen auf der Hand. Herr Bandow oder Herr Dr. Dreyer sagten im Ausschuss, sie könnten es sich eigentlich nicht vorstellen, dass jemand so handelt. In welcher Welt leben die, wenn sie nicht sehen, mit welchen harten Bandagen im Hafengeschäft gekämpft wird? Wir haben uns nicht umsonst gemeinsam gegen Port Package II ausgesprochen. Wir wollten verhindern, dass Hutchison Whampoa Ltd. – oder wie die anderen Firmen heißen – in diesen Hafen kommt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

- A Sie trauen diesen Unternehmen nicht zu, wenn es darum geht, dass sie in diesem Hafen keinen Einfluss gewinnen können, sich eine Sperrminorität zu besorgen, um vielleicht einen lästigen Konkurrenten zu behindern? Das ist blauäugig, was Sie hier machen, und es ist gefährlich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich möchte noch ein Wort sagen, weil Herr Dr. Freytag sich hier als Arbeiterführer geriert hat. Er sei auf der Seite der Belegschaft und die Sozialdemokraten sind die Bösen, die den Arbeitnehmern irgendetwas wegnehmen wollen.

(Harald Krüger CDU: Stimmt!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Belegschaft der HHLA fragen, ob sie einen Börsengang wollen oder ob sie möchten, dass dieses Unternehmen zu 100 Prozent im Besitz der Stadt bleibt, wird die Antwort sein: Ja, wir möchten, dass das Unternehmen zu 100 Prozent im Besitz der Stadt bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist überhaupt keine Kritik am Betriebsrat oder auch an Ver.di, dass sie gesagt haben, wir sind bereit, in dieser Art und Weise bei einem Börsengang mitzumachen. Die Betriebsräte, meine Damen und Herren, sind von den gleichen Annahmen ausgegangen, die man uns immer erzählt hat, dass es ohne andere Finanzierungsmöglichkeiten nicht geht. Sie sagten, wir möchten eigentlich nicht, dass das Unternehmen verkauft wird, aber wenn es der Stadt hilft und es nicht anders geht, dann soll es wenigstens auf schonende Art und Weise geschehen. Dafür habe ich volles Verständnis, aber die Realität sieht insgesamt anders aus. Meines Erachtens muss dieses Unternehmen nicht verkauft werden. Ich bin der Auffassung, Herr Dr. Freytag und Herr Senator Uldall, dass es schlechter Stil ist – egal, ob die Börse im Moment gut ist oder nicht –, dass Sie dieses Unternehmen, das 122 Jahre der Freien und Hansestadt Hamburg gehört hat, das entscheidend dazu beigetragen hat, dass sich der Hamburger Hafen entwickelt hat, unmittelbar vor der Wahl verkaufen wollen, um Tatsachen zu schaffen, und nicht abwarten wollen, wie der Wähler entscheidet. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Goldberg.

Thies Goldberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Expertenanhörung hat eindeutig ergeben, dass das vorgesehene Privatisierungsvorhaben in dieser Form sinnvoll und vernünftig und dass es auch der richtige Zeitpunkt ist.

Es gab allerdings einen sogenannten Experten – es war aber kein Finanzexperte –, der in nostalgischer Totalablehnung überhaupt nicht möchte, dass sich bei der HHLA irgendetwas ändert. Das ist sehr schade.

Ich finde es besonders interessant, dass Sie uns vorwerfen, wir würden vor Ver.di und vor dem Betriebsrat kniefen. Herr Kerstan hat dies gesagt. Warum werfen Sie uns vor, dass wir in der jetzigen Situation Einvernehmen mit der Belegschaft über das Verfahren zur Aufnahme privater Mitgesellschafter herstellen? Bisher wurde uns immer das Gegenteil vorgeworfen. Aber es ist natürlich Aufgabe

der Opposition, hier das Handeln von Regierung und Regierungsfraktion zu kritisieren.

Frau Dräger, Sie fragten nach der Begründung. Warum wollen wir die HHLA Teilprivatisieren? Erst einmal ist es finanzpolitisch richtig, dass wir Infrastrukturinvestitionen mit einem möglichst hohen Maß an Eigenkapital finanzieren und die Eigenkapitalfinanzierung dem Fremdkapital vorziehen. Deshalb ist es richtig, dass wir im Stadtvermögen eine Vermögensumschichtung vornehmen. Finanzpolitisch ist es vernünftig, in der Zukunft auf Zinsbelastungen zu verzichten.

Es ist ordnungspolitisch richtig, dass wir den wesentlichen Einfluss und den Zugriff auf die Infrastrukturentwicklung und die dazugehörigen Investitionen behalten. Es ist arbeitsmarktpolitisch richtig, weil wir mit den Hafeninvestitionen und dem dort investierten Eigenkapital Wachstum realisieren können. Das bedeutet die Schaffung von vielen 1000 Arbeitsplätzen. Es ist wirtschaftspolitisch richtig, weil wir damit Wachstumspotenzial heben, das unsere Wettbewerbsfähigkeit in Hamburg stärkt.

Wir haben die Alternativen intensiv geprüft. Wir haben uns in einem langwierigen Verfahren mit der Möglichkeit eines Trade Sales und eines Verkaufs von 49 Prozent an Finanzinvestoren auseinandergesetzt. Dieses Verfahren hat uns aber gezeigt, dass es mit Finanzinvestoren und strategischen Partnern keine von uns zu tragende vernünftige Option gibt.

Ich denke, es war richtig, dass wir das ausprobiert haben und zu dem Ergebnis gekommen sind, dass ein Börsengang mit 30 Prozent Stammaktien der richtige Weg ist. Mit 70 Prozent, die wir behalten, werden wir auf einer Hauptversammlung nach wie vor die faktische satzungsändernde Mehrheit behalten. Wir werden den Erlös aus diesem Börsengang über die HPA und anderweitig in Hafeninvestitionen umsetzen und auch damit die Ertragskraft der HHLA stärken.

Herr Kerstan, Sie haben gesagt, es gebe aber andere, die einen dreißigfachen Jahresertrag zahlen würden. Sie reden von einem Beispiel, bei dem ein Unternehmen mit mäßiger Ertragskraft, ein Mehrheitsaktionär, der die unternehmerische Führung übernommen hat, gekauft hat. Diese Situation haben wir hier nicht. Wir haben einen Börsengang mit einer breiten Streuung. Es gibt keinen strategischen Investor, der die unternehmerische Führung übernimmt, sondern diese behalten wir selbst.

(Beifall bei der CDU)

Sie fordern in Ihrem Zusatzantrag die Herauslösung von Speicherstadt und Fischmarkt. Mit dem Tracking-Stock-Verfahren tun wir genau das. Das Einzige, was daran ungewöhnlich ist, ist der Begriff. Ansonsten kann man hier die unbegründete, aber tief verwurzelte Furcht vor Veränderungen und Neuem erkennen. In jedem mittleren Unternehmen ist es schon so, dass sie getrennte Buchungskreise haben, dass sie Abgrenzungen von Jahren, Inhalten und Geschäftsbereichen vornehmen. So richtig neu ist hier wirklich nur die Bezeichnung. Jeder Wirtschaftsprüfer wird Ihnen sagen, dass es relativ einfach möglich ist, diese Dinge so voneinander zu trennen, dass sie vernünftig abgewickelt werden können. Davor brauchen wir keine Angst zu haben.

Wenn Sie aber schon Angst vor unterschiedlichen Aktiengattungen haben, warum wollen Sie dann noch zwischen Stammaktien und Vorzugsaktien trennen?

- A Dann sagen Sie, wenn Aktionäre mit hineinkommen, dann könnten die klagen. Die können aber bei Vorzugsaktien genauso klagen wie sie es bei Stammaktien tun können. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, dass wir Zukunftsentscheidungen auf die Streit- und Klagefreudigkeit von Querulanten oder Veränderungs- und Entwicklungspessimisten abstellen. Ich halte das nicht für vernünftig. Das wäre aus meiner Sicht ein bisschen zu hasenfüßlerisch. Vorzugsaktien bringen uns nicht weiter. Sie bedeuten einen Mindererlös bei der Platzierung und einen Mehraufwand mit Garantie- und Vorzugsdividende. Das halten wir nicht für vernünftig.

Am Ende des Tages wird es so sein, dass wir keine Angst davor haben müssen, dass sich eine Sperrminorität bildet. Warum nicht? Wir haben einen Mehrheitsaktionär mit 70 Prozent, der nach wie vor die Geschicke bestimmen kann. Selbst wenn Sie sagen, es würde für einen Konkurrenten aus Südostasien Sinn machen – was immer der dann hier in Hamburg blockieren will –, eine Kapitalerhöhung zu blockieren, selbst wenn es so wäre, dann kann der Mehrheitsgesellschafter, genauso wie er es könnte, wenn er ganz alleine der Gesellschafter wäre, zum Beispiel durch eine Einzahlung in die Kapitalrücklage die Investition trotzdem finanzieren, die es zu finanzieren gibt. Das heißt, die Stadt kann das Geld, das sie als 100-Prozent-Aktionär aufwenden würde, auch als 70-Prozent-Aktionär aufwenden, wenn es denn soweit käme.

Was Sie machen, ist – wie immer – Bangemacherei. Davon lassen wir uns nicht beeindrucken. Wir sind auf einem guten Weg und werden uns heute für den Börsengang entscheiden. – Danke.

- B (Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Freytag, wenn wir Sie wirklich mit dem Titel Finanzsenator anreden sollten, dann sollten Sie sich bei zukünftigen Debatten angewöhnen, solche fachpolitischen Themen nicht wie Wahlkampfreden eines CDU-Ortsverbandsvorsitzenden anzufangen.

(Beifall bei der GAL)

Das war ein Einstieg in die Debatte, der eines Finanzsenators dieser Stadt unwürdig war.

(Beifall bei der GAL)

Letztendlich haben Sie zu den Argumenten wenig gesagt. Da hat sich Herr Goldberg als Abgeordneter wesentlich mehr Mühe gegeben als der zuständige Finanzsenator. Aber das ist relativ typisch für Ihr Amtsverständnis. Letztendlich haben Sie ein einziges Argument zu den Risiken angebracht, die ich benannt habe. Bei der Aufzählung Ihrer tollen Berater haben Sie Namedropping gemacht: KPMG, Berenberg Bank und Ähnliche. Das Spielchen könnte ich mitmachen. Ich nenne Ihnen auch mal ein paar Namen: Die Wirtschaftsprüfer Arthur Andersen, die Investmentbanken Merrill Lynch, Citigroup, JP Morgan und die Royal Bank of Scotland, alles international bedeutsame Namen. Wissen Sie, für wen die im Jahr 2000 gearbeitet haben?

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Nee!)

Die haben im Jahr 2000 für den Enron-Konzern gearbeitet. Das wird vielleicht nicht allen geläufig sein. Der

Enron-Konzern war einer der zehn größten Konzerne der USA, der zu der Zeit wegen Bilanzfälschung und betrügerischer Machenschaften und falscher Beratung für Berater die größte Pleite der USA eingelegt hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Rolf-Dieter Klooß SPD: Hört, hört!)

Darum möchte ich Sie fragen, was Sie uns eigentlich damit sagen wollen, dass Sie solche Berater haben? Ich möchte Ihnen sagen, dass dieses Namedropping für picklige, pubertäre Jungs mit Minderwertigkeitskomplexen vielleicht angemessen sein mag, für einen Finanzsenator dieser Stadt ist das einfach nur peinlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD - Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Kerstan, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jens Kerstan (fortfahrend): – Nein.

(Thies Goldberg CDU: Oh, schade!)

Insofern, Herr Freytag, haben Sie da selber eine Verantwortung, egal, was Ihre Berater Ihnen aufschreiben. Sie selber und Sie von der Regierungsfraktion müssen dieses Geschäft, das Ihnen dort vorgeschlagen wird, verantworten. Da habe ich von Ihnen, meine Damen und Herren, bisher noch nicht so viel gehört. Von dieser Enron-Geschichte kann man viel lernen. Die Investmentbank Merrill Lynch hat zum Beispiel gesagt, sie hätten niemals wissentlich zu diesem Bilanzbetrug beigetragen. Ich glaube, davon kann man sich wenig kaufen, Herr Freytag.

(Unruhe im Hause - Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich muss Sie noch einmal unterbrechen, weil es so laut ist, dass bei mir kaum noch etwas ankommt. Ich bitte die Damen und Herren, vielleicht hinauszugehen. Dann ist hier ein bisschen mehr Ruhe. – Vielen Dank.

(Michael Neumann SPD: Aber denkt an die Abstimmung!)

Jens Kerstan (fortfahrend): Wenn Sie die gleiche Sorgfaltspflicht, wie beim Lesen unseres Antrags bei dem, was die Berater Ihnen aufgeschrieben haben, anwenden, dann kann es einem grauen. Ich habe unser Modell in meiner Rede nicht so im Detail vorgestellt, weil ich dachte, dass der Finanzsenator dieser Stadt solche Vorschläge auch liest und versteht. Es tut mir leid, da habe ich Sie anscheinend überschätzt, Herr Freytag. Deshalb möchte ich es jetzt gerne noch einmal nachhören.

(Michael Neumann SPD: Der hört wieder nicht zu!)

Es geht nämlich nicht darum, dass ich gesagt habe, man müsse jetzt unbedingt 49,9 Prozent an Stammaktien verkaufen, dann bekäme man mehr Geld, sondern für die gleichen 30 Prozent Stammaktien gibt es zwei Modelle, wie Sie mehr Geld bekommen. Die Variante, bei der Sie am wenigsten Geld bekommen, ist, breit an der Börse zu streuen. Die andere Variante ist, dieses einzige Paket, 30 Prozent an einen strategischen Investor zu verkaufen. Dann bekommen Sie einen Paketaufschlag und der würde in diesem Fall ungefähr zwischen 100 und 200 Millionen liegen. Aber das ist gar nicht der entscheidende Punkt. Der entscheidende Punkt, warum wir zum jetzigen Zeitpunkt gegen Stammaktien sind, ist, dass der Verlust

A bei der Stadt in einem noch viel höheren Maße wäre. Wenn man jetzt der Meinung ist, Anteile der HHLA zu verkaufen, wäre es sinnvoll, erst einmal Vorzugsaktien auszugeben und später, wenn man Geld braucht, zusätzlich vielleicht 30 Prozent an einen strategischen Investor zu verkaufen. Wenn Sie aber als erstes Stammaktien an die Börse bringen, und zwar 30 Prozent, eine Sperrminorität, dann brauchen Sie die Zustimmung dieser 30 Prozent Aktionäre für Vorzugsaktien. Die werden Sie aber nicht bekommen, denn Stammaktionäre werden dem nicht zustimmen, weil ihre Gewinne damit verwässert werden, denn auf Vorzugsaktien bekommt man eine erhöhte Dividende. Auch in diesem Punkt wieder mehrere hundert Millionen Euro, auf die Sie ohne Not verzichten, meine Damen und Herren. Ich würde eigentlich erwarten, dass ein Finanzsenator dieser Stadt diese doch relativ einfache Argumentation nachvollziehen kann, aber auch da habe ich mich anscheinend bei Ihnen getäuscht, Herr Freytag.

Insofern, meine Damen und Herren, habe ich bisher immer noch nicht gehört, was Sie zu diesen Fällen in dieser Stadt sagen. Sagen Sie jetzt zu Herrn Marnette, jetzt stellen Sie sich mal nicht so an.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Ich muss Sie noch einmal unterbrechen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Herr Freytag muss sich unbeteiligt geben! Er gibt sich dabei große Mühe!)

Fahren Sie bitte fort.

B **Jens Kerstan** (fortfahrend): – Vielen Dank, Frau Präsidentin. Was sagen Sie Herrn Marnette, der jetzt einen Aktionär mit 15 Prozent Beteiligung hat und der – wie die Norddeutsche Affinerie sagt – jetzt anfängt, die strategisch entscheidende Übernahme dieses belgischen Kupferkonzerns zu blockieren. Was sagen Sie dem? Ist das ein Idiot? Hat der keine Ahnung? Wir haben eine Debatte über eine strategische Entscheidung und der zuständige Finanzsenator gibt sich nicht die Mühe, inhaltlich auf die Argumente einzugehen

(Michael Neumann SPD: Kann er ja auch nicht!)

und das nach einer verantworteten Privatisierung des LBK, wo jedes Risiko, vor dem wir gewarnt haben, eingetroffen ist.

(Barbara Ahrons CDU: Das haben Sie eben schon einmal gesagt!)

– Ja, das habe ich eben schon einmal gesagt und Herr Freytag hat nichts darauf erwidert. Wissen Sie auch warum? Darauf kann er nichts erwidern, weil das schlichtweg die Wahrheit ist, Frau Ahrons.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie unbedingt die günstige Börsensituation nutzen wollen – das bestreitet ja keiner –, dann sagen Sie mir doch schlicht und ergreifend, warum Sie unseren Vorschlag nicht aufgreifen. Sie können jetzt 30 Prozent des Kapitals der HHLA als Vorzugsaktien an die Börse bringen, behalten 100 Prozent des Einflusses auf die HHLA und in Zukunft können wir alle, Sie oder andere Mehrheiten in diesem Hause entscheiden, wenn mehr Geld benötigt wird. Wenn Sie aber Ihren Weg gehen, dann ist diese Möglichkeit für die Zukunft verbaut. Ich glaube nicht – und wir alle kennen die Haushaltslage dieser Stadt sehr

gut –, dass wir so etwas leichtfertig tun könnten. Dazu habe ich bisher noch kein Argument von Ihnen gehört.

(Michael Fuchs CDU: Sie wissen auch warum!)

Sie können auch später jederzeit Stammaktien an die Börse bringen, wenn Sie unbedingt so risikofreudig sind. Aber warum Sie nicht erst Vorzugsaktien ausgeben und dann nach der Wahl, wenn wir neue Mehrheiten haben

(Wolfgang Beuß CDU: Wovon träumen Sie!)

– da muss ich Herrn Egloff zustimmen –, über die strategische Ausrichtung dieses Unternehmens entscheiden, meine Damen und Herren, dazu haben Sie nichts gesagt und damit machen Sie sich diese Debatte wirklich zu einfach. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Michael Fuchs CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Goldberg.

Thies Goldberg CDU: Lieber Herr Kerstan, Sie bringen mal wieder ganz tolle Beispiele. Sie halten uns ENRON vor. Sie reden vom größten Betrugsskandal der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte. Wen wollen Sie in diesem Zusammenhang mit hineinbringen? Den Vorstand der HHLA oder die Großaktionärin? Was soll dieser Vergleich? Das ist doch völlig absurd.

(Beifall bei der CDU – Dr. Monika Schaal SPD: Großartig!)

Dann reden Sie von einem 15-Prozent-Aktionär bei der Affi. Die Norddeutsche Affinerie hat im Wesentlichen Streubesitz. Mit 15 Prozent der Aktien können Sie auf der Jahreshauptversammlung locker eine satzungsändernde Mehrheit verhindern. Das ist richtig.

(Dr. Willfried Maier GAL: So wie mit 30 Prozent auch!)

Wir reden aber bei der HHLA von einem Unternehmen, bei dem der Hauptaktionär 70 Prozent hat. Der ist immer präsent. Bei der Affi haben Sie in der Hauptversammlungspräsens im Regelfall zwischen 30 und 40 Prozent. Da machen 15 Prozent etwas anderes aus. Wenn die Freie und Hansestadt Hamburg den Termin zur Jahreshauptversammlung nicht versäumen sollte, dann ist sie immerhin mit 70 Prozent präsent.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Das ist bei dem Senat aber auch nicht sicherzustellen!)

Also auch dieser Vergleich hinkt ganz wunderbar.

Dann reden Sie von einem 15-Prozent-Aktionär bei der Affi, der zufälligerweise auch 20 Prozent bei dem Unternehmen hält, das die Affi gerne kaufen möchte und wo er die Zustimmung braucht. Das ist das Problem von Herrn Marnette, nicht dass der 15 Prozent an der Norddeutschen Affinerie hält.

Jetzt kommt noch das Tollste: Sie machen uns die ganze Zeit Angst vor einem strategischen Investor, der Entscheidungen und so weiter blockieren könnte, sagen dann aber, wir sollen Vorzugsaktien ausgeben, damit wir hinterher einen strategischen Investor hineinnehmen können. Tolle Idee. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

- A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

(Harald Krüger CDU: Gnade! – Olaf Böttger CDU: Mache doch mal einen Crashkurs im Aktienrecht!)

Jens Kerstan GAL:* – Ich glaube, den Crashkurs im Aktienrecht könnten auch eine Menge von Ihnen gut gebrauchen, sonst würden Sie nämlich heute dem Vorschlag Ihres Senats nicht zustimmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zunächst einmal, Herr Goldberg, ist es richtig, dass man bei der Affi mit 15 Prozent Aktienanteil vielleicht satzungsändernde Mehrheiten verhindern kann, weil da die Präsenz nicht so hoch ist, aber für eine Satzungsänderung brauchen Sie eine Dreiviertelmehrheit. Wenn ich richtig rechnen kann, dann sind drei Viertel 75 Prozent und Sie wollen 30 Prozent verkaufen, das heißt, egal, wie hoch Ihre Präsenz auf der Hauptversammlung ist, eine satzungsändernde Mehrheit werden Sie dann nicht mehr hinbekommen und das ist unser Kritikpunkt, meine Damen und Herren.

Der zweite Punkt ist, Herr Goldberg, dass wir als GAL nicht grundsätzlich vor strategischen Investoren warnen. Wir wollen ihn uns nur aussuchen und wenn wir schon einen brauchen, dann wollen wir einen nehmen, der für die HHLA gut ist und bei dem man sich nicht Sorgen machen muss, was die dann mit der HHLA anfangen und was dann aus dem Hafenstandort Hamburg wird. Das ist genau Ihre Lösung. Wer da so kommt und ob da einer kommt, das wissen Sie nicht und wenn der Falsche kommt, dann werden wir ein großes Problem bekommen.

- B Da möchte ich nur auf die Argumentation Ihres verflochtenen Senators Peiner verweisen. Als er die HHLA zu 75 Prozent verkaufen wollte, hat er nämlich genau diese Argumentation gebracht und gesagt, wir suchen uns einen Investor aus und versuchen dann, die entscheidenden Dinge mit Konsortialverträgen festzuzurren. Aber Herr Peiner ist jetzt Geschichte und Sie selber sagen, das geht gar nicht mehr. Da muss man sagen, was Sie vorher vorhatten, war dann auch der nackte Wahn, oder? Insofern hat sich da bei Ihnen nicht allzu viel geändert, meine Damen und Herren. Man kann einen strategischen Investor aussuchen und eine Minderheit verkaufen und dann nimmt man nicht Hutchison oder PSA oder andere und dann macht man einen Konsortialvertrag, mit dem er sich verpflichtet, bestimmte Entscheidungen zu akzeptieren und dann hat man diese Risiken nicht mehr. Aber wenn sich dort jetzt jemand einkauft – wer auch immer kommt –, dann weiß man nicht, was er dort tut und dann empfehle ich Ihnen nur: Lesen Sie mal die Wirtschaftspressen, das "Handelsblatt" oder die "Financial Times Deutschland". Da werden Sie feststellen, dass die Hälfte der Zeitungen über feindliche Übernahmen und über nicht erwünschte Investoren berichtet und was die diesen Unternehmen dort für Probleme generieren. Auf diese Fragen möchte ich eine fundierte Antwort haben, und zwar eine Antwort, aus der hervorgeht, dass Sie das Argument erstens verstanden haben und zweitens vielleicht auch mal ein Argument haben, das diese Dinge entkräftet. Aber darauf kann ich heute anscheinend lange warten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Uldall.

- Senator Gunnar Uldall:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beiträge der Kolleginnen und Kollegen

(Antje Möller GAL: ... sind immer besser geworden!)

aus den Oppositionsfraktionen haben keinerlei stichhaltige Beiträge und Argumente geliefert,

(Michael Neumann SPD: Sie sind wohl eingeschlafen zwischendurch!)

mit denen eine Ablehnung der vorliegenden Drucksache gerechtfertigt wäre, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich wiederhole – auch wenn es Herrn Neumann nicht passt –, dass es keinerlei stichhaltige Beiträge gibt, die heute Abend hier geliefert worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal zum Finanzbedarf. Beim Finanzbedarf möchte ich festhalten, dass der Bedarf zu groß ist, als dass man ihn durch klug ausgewählte Debattenbeiträge einfach wegreden könnte. Die Finanzlücke ist zu groß. Michael Freytag hat im Einzelnen dargelegt, um welche Zahlen es sich handelt.

(Dr. Willfried Maier GAL: Nein, hat er leider nicht! – Michael Neumann SPD: Da haben Sie auch geschlafen!)

Diese Zahlen sind in der Ausschussberatung vorgetragen worden. Es hat eine Große Anfrage der SPD zu diesem Thema gegeben. Diese Fragen sind alle auf den Tisch gelegt worden und brauchen jetzt nicht wiederholt zu werden.

Ich will aber auf einen wichtigen Punkt hinweisen. In der letzten Bürgerschaftssitzung hatte der Senat einen Antrag auf Mittel für einen zusätzlichen Drehkreis für den Burckhardtkai und den Eurogate-Ausbau gestellt, insgesamt knapp 250 Millionen Euro. Davon würde ein Teil durch andere Finanzmobilisierung finanziert werden können, aber der Rest müsste durch einen entsprechenden Erlös aus dem HHLA-Verkauf finanziert werden.

Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokraten und nach meiner Erinnerung auch die GAL haben diesem Antrag zugestimmt und ich sage: Wer die Ausgaben mit beschließt, der muss auch bei der Finanzierung mit zustimmen. Wer A sagt, muss auch B sagen.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Letztens waren Sie überzeugender! Wo ist Ihre gute Laune geblieben?)

Es geht noch weiter. Es wurde in der letzten Sitzung – das weiß ich definitiv – einstimmig Hochwasserschutz für den Hamburger Hafen in Höhe von knapp 100 Millionen Euro beschlossen. Sozialdemokraten und die GAL haben zugestimmt, weil Sie richtig sagten, dass das notwendige Maßnahmen seien. Wir müssen die Betriebe im Hamburger Hafen sichern.

Meine Damen und Herren! Auch hier war klar, dass die Finanzierung aus dem Erlös der HHLA-Teilverkäufe erfolgen muss.

- A (Dr. Monika Schaal SPD: Wo stand denn das?
– Michael Neumann SPD: Wo sind die 50 Millionen Euro aus dem SIP geblieben?)

Wir werden nachher einen Beschluss über die langfristige Planung der Hamburger Hafenbahn fassen. Im Haushaltsausschuss hat die SPD dieser Planung zugestimmt. Die GAL hat sich der Stimme enthalten. Es geht um einen Betrag von etwa 500 Millionen Euro. Frau Dräger hatte das schon angesprochen.

Jeder weiß, dass diese Beträge nicht mal soeben zu erwirtschaften sind, sondern eine besondere Finanzierung benötigen, sonst können wir den Hafenausbaun nicht sichern. Ich wiederhole: Wer A sagt muss auch B sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte ein positives Beispiel dafür bringen, wie man durch ein kluges Zusammenspiel von privaten Investoren und einem öffentlichen Investor großartige Leistungen als Unternehmen erzielen kann, und zwar die in Hamburg ansässige Firma Eurogate. Eurogate befindet sich zu 50 Prozent in den Händen der Bremer Lagerhausgesellschaft – ich sage mal, im Besitz der Stadt Bremen. Die übrigen 50 Prozent befinden sich im Besitz der Familie Eckelmann beziehungsweise sind als Eurokai an der Börse notiert. Dieses Zusammenspiel hat hervorragend funktioniert. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass dieses in einer vergleichsweise guten Zusammenarbeit mit der HHLA in Hamburg möglich sein wird.

In Rotterdam sind die Terminals weitestgehend, ich glaube sogar ausschließlich im Besitz von privaten Gesellschaften. Kein Mensch käme in Hamburg auf den Gedanken zu sagen, im Rotterdamer Hafen läuft das alles ganz schlecht. Nein, die Expansion geht dort gut voran und insofern ist dieses ein Zeichen dafür, dass alle diese schrecklichen Befürchtungen, die hier an die Wand gemalt wurden, so nicht eintreten müssen.

(Michael Neumann SPD: Nicht müssen, aber können!)

Es trifft auch nicht zu, wenn Frau Dräger sagt, es wäre früher gesagt worden, mit 25,1 Prozent könnte man nichts verhindern und heute würden wir sagen, wir müssen uns dagegen sperren. Nein, Frau Dräger, mit 25,1 Prozent hat man nach der Gesetzeslage natürlich Einfluss. Aber wo wir unterschiedlicher Auffassung sind: Wir sagen, bei einem Unternehmen, bei dem 70 Prozent in der Hand eines Einzelaktionärs sind, der Stadt Hamburg oder der HGV, wird es nicht möglich sein, ohne dass man dagegen Maßnahmen ergreifen kann, 25,1 Prozent zusammenzukaufen. Das hat Herr Goldberg eben sehr eindrucksvoll dargelegt,

(Dr. Willfried Maier GAL: Darüber hat er gar nicht gesprochen!)

dass das Beispiel, das Herr Kerstan gebracht hatte, dass die Deutsche Börse damals durch Übernahmebemühungen gebremst wurde oder die NA jetzt aktuell mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hat. 70 Prozent sind in der Stadt Hamburg verankert. Diese Ankerfunktion werden wir ausüben und wenn bei der NA oder bei der Deutschen Börse oder bei irgendjemand anders die Verteilung der Aktien in der gleichen Form wäre, wie wir sie für die HHLA anstreben, dann wäre hier eine Sicherung des Einflusses in jedem Fall gewährleistet.

Wer dieses als Aussage eines CDU-Senators nicht akzeptiert, dem möchte ich sagen, dass das sowohl der Börsenpräsident Udo Bandow als auch der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank, Vorstandsvorsitzender a.D. Herr Stuhlmann, oder der Präses der Handelskammer Hamburg, Herr Dr. Dreyer, diese Auffassung vertreten. Wem das nicht reicht, dem sage ich, dass der von der GAL benannte Experte, der Steuerberater Dobroschke, genau die gleiche Auffassung vertritt. Deswegen lehne ich es strikt ab, dass hier ein schwieriger Sachzusammenhang so dargestellt wird, als könnte damit eine Gefährdung unseres Einflusses auf die HHLA eintreten. Dieses ist unlauter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch nicht richtig, wenn in den Debattenbeiträgen der sozialdemokratischen Kollegen so getan wird, als hätte die HHLA selber keinen Eigenkapitalbedarf. Die HHLA hat einen sehr hohen Eigenkapitalbedarf. Einen Teil dieses Eigenkapitalbedarfs wird die HHLA selber erwirtschaften können. Es bleibt aber eine gewaltige Summe. 100 Millionen Euro werden aus dem Erlös des Börsenganges für eine Stärkung des Eigenkapitals der HHLA eingesetzt werden. Dieses ist nicht irgendeine unnötige Bilanzmanipulation oder Bilanzmaßnahme, sondern das beste Risikopolster für ein Unternehmen ist eine starke Eigenkapitalsituation und damit die beste Maßnahme zur Sicherung der Arbeitsplätze bei der HHLA. Deswegen darf die Eigenkapitalaufstockung der HHLA durch den Börsengang in keinem Fall durch das Parlament oder sonstige Leute verhindert werden.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt auch nicht die Möglichkeit – der Kollege Freytag hat darauf hingewiesen –, dass wir dieses riesige Finanzierungspaket, das vor uns liegt, durch eine zusätzliche Schuldenaufnahme finanzieren. Dieses kommt mit dem jetzigen Senat und der Mehrheitsfraktion in diesem Parlament nicht infrage,

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Woher wissen Sie das denn?)

denn die Schulden sind eine Belastung für die zukünftige Generation. Wer heute diese Finanzierungsmaßnahme, wie wir sie vorschlagen, ablehnt und gleichzeitig sagt, wir wollen die folgende Generation nicht übermäßig belasten, der muss sich hier hinstellen und sagen, welchen Schulneubau er streichen will und er muss sagen, welche Kindertagesheime er in Hamburg nicht haben will, welchen Straßenausbau er nicht möchte. Es geht nicht darum, dass man einfach nur so tut, als würden diese Gelder nicht benötigt. Er muss sagen, wo er seinerseits die Mittel streichen will.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Können wir auch sagen, welchen Senator wir nicht mehr haben wollen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Egloff und Frau Dräger hatten das Zahlenwerk kritisiert. Ich kann nur noch einmal sagen, dass alle Fragen, die gestellt worden sind, im Ausschuss beantwortet worden sind. Wir haben nicht eine Haushaltsplanung in dem Sinne, dass wir sagen, wir schreiben heute bereits die Haushaltspläne für die Jahre bis 2015 fest, sondern unser Anliegen war es, dass wir jetzt, bei Beginn dieser gewaltigen Ausbaumaßnahmen, bei Beginn eines langfristigen Programms zur Verdoppelung der Container-Umschlagskapazitäten im

- A Hamburger Hafen ganz klar sagen, welche Mittel insgesamt benötigt werden, um dieses Programm durchzuführen zu finanzieren.

Wir wollen es nicht so machen wie Sie beim Containerterminal Altenwerder. Wir sagen, wir brauchen als Perspektive die und die Beträge. Sie haben damals beim Containerterminal Altenwerder eine sehr oberflächliche Finanzierungsmöglichkeit dadurch sicherstellen wollen, dass Sie gesagt haben, diese Finanzmittel in Höhe von etwa einer Viertel Milliarde Euro Erlösen wir durch den Verkauf von Grundstücken in der HafenCity.

(Ingrid Cords SPD: Hinterher ist man immer schlauer!)

Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Unser Finanzsenator muss heute zusätzlich eine Viertel Milliarde Euro mitfinanzieren, die dadurch entstanden ist, dass der vorhergehende Ausbau eines Containerterminals durch den SPD/Grünen-Senat nicht richtig und nicht solide finanziert wurde.

(Beifall bei der CDU)

Nun, meine Damen und Herren, zu Herrn Kerstan und zu seinem Antrag, den er heute vorgelegt hat. Wir sagen klar, dass wir keine Vorzugsaktien wollen, weil damit ein gewaltiger Verlust in Millionenhöhe verbunden wäre. Herr Kerstan räumte ein, dass damit gewaltige Mindereinnahmen verbunden sind. Deswegen sagt er, wir sollten in einem zweiten Schritt 19,9 Prozent durch einen Investor investieren. Wir sagen ausdrücklich Nein dazu, weil dann 49,9 Prozent in den Händen eines Investors oder an der Börse liegen. Dieses kommt mit uns nicht in Frage.

- B (Beifall bei der CDU – Dr. Willfried Maier GAL: 100 Prozent geht auf 70 Prozent des Wertes!)

Mit uns wird es auch keine Herauslösung von Immobilien in der Speicherstadt und des Altonaer Fischmarkts geben, wie Sie in Ihrem Petition geschrieben haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

"Die Grünen wollen den Hamburger Hafen verkaufen."

Das war einmal eine Überschrift in der "Bild"-Zeitung aus dem Jahre 1998. Diese Zeitung habe ich mir bis zum heutigen Tage aufbewahrt.

(Martina Gregersen GAL: Glauben Sie nicht alles, was in der "Bild"-Zeitung steht, Herr Uldall!)

Wenn ich Herrn Kerstan höre, habe ich den Eindruck, dass er sich von diesem Gedanken im Grunde genommen noch nicht entfernt hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir betreiben eine langfristig angelegte Politik für den Hamburger Hafen. Wir betreiben eine Finanzpolitik, die langfristig angelegt und solide ist. Die HHLA ist eine erfolgreiche Gesellschaft. Die HHLA-Aktie wird eine interessante Aktie werden. Wir schaffen mit unserer Politik die Voraussetzungen für viele 1000 neue Jobs im Hamburger Hafen. Dieses ist ein großartiges Ziel. Für dieses Ziel werden wir uns engagiert einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senator, Sie haben gesagt, wer A sagt, muss auch B sagen. Ich sage, wer zitiert, muss auch richtig zitieren. Die Hafenbahn-Drucksache, die wir nachher nur abstimmen werden, weil die CDU-Fraktion diese Debatte gestrichen hat und wir dem angesichts der Zeit auch zugestimmt haben, ist nicht der Masterplan für die Hafenbahn, der darlegen würde, wie 500 Millionen Euro investiert werden. Es ist ein Plan, bei dem es um insgesamt 47 Millionen Euro Kassenmittel geht, die ausdrücklich nicht über irgendwelche Vermögensverkäufe finanziert werden, sondern wo jeder einzelne Euro aus dem jetzigen Haushalt finanziert wird. Wenn Sie solche Aussagen über das Verhalten der SPD im Haushaltsausschuss und das Abstimmungsverhalten treffen, bitte ich Sie, richtig zu zitieren.

(Beifall bei der SPD und bei Jörg Lüthmann GAL)

Nur auf einer solchen Basis können wir hier miteinander diskutieren und nicht, indem Sie unsere Zustimmung verdrehen.

Ich sage zum Zweiten: Ja, wir haben EUROGATE zugestimmt, es geht um 283 Millionen Euro. Ich habe aber vorhin etwas zur aktuellen Haushaltslage der Stadt und den Möglichkeiten, die die Stadt hat, gesagt. Es ist ohne Verschuldung möglich, das jetzt zu finanzieren. Wenn Sie etwas anderes behaupten, dann kennen Sie die Haushaltssituation der Stadt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Als ich vorhin über die Sperrminorität und die 25,1 Prozent redete, habe ich den Bürgermeister zitiert, der angesichts des drohenden Verkaufs der Deutschen Bahn AG gesagt hat – ich sage drohend, weil es damals für die Stadt eine Drohung war –, mit 25,1 Prozent könne man die strategische Ausrichtung der Hochbahn – das war damals auch das Thema – und der HHLA als hamburgische Unternehmen weiter bestimmen. Hat er damals gelogen? Wollen Sie ihm unterstellen, dass er den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern damals nicht die Wahrheit gesagt hat über die Möglichkeiten eines Minderheitenaktionärs gegenüber einem Mehrheitsaktionär mit nicht 70, sondern mit 74,9 Prozent Eigenanteil? Hat der Bürgermeister damals nicht die Wahrheit gesagt, als er unbedingt die HHLA verkaufen wollte?

(Zuruf von der CDU)

– Das ist nicht zu vergleichen, stimmt, 74 Prozent sind mehr als 70 Prozent.

Ich will noch ein letztes Wort zum Thema Experten sagen, ich hätte uns das gern erspart. Vorhin hat uns Herr Freytag eröffnet, Hamburger Kreditunternehmen seien jetzt an weiteren Verkäufen beteiligt, beispielsweise HSH Nordbank und Haspa. Wir hatten bei der Anhörung zwei Experten – benannt von der CDU –, Herrn Alexander Stuhlmann, den ich sehr schätze, Vorstandsvorsitzender bei der HSH Nordbank a.D., Herrn Dreyer, den ich ebenfalls schätze, aber verbunden mit der Haspa.

(Bernd Reinert CDU: Ehemalige! Diese Leute sind frei!)

– Beides Ehemalige, ich weiß.

Angesichts des Ergebnisses, dass man am Ende sagt, die Kreditinstitute, die früher von diesen beiden Herren vertreten worden sind, sind jetzt Beraterbanken, hätte

- A sich die CDU-Fraktion vielleicht überlegen sollen, ob es nicht einen besseren Eindruck gemacht hätte, wenn man andere Experten benannt hätte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die Abgeordneten Kraxner und Zuckerer haben mir mitteilen lassen, dass sie an der Abstimmung nicht teilnehmen werden.

Zunächst zum GAL-Antrag aus der Drucksache 18/6584.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 18/6550.

Die SPD-Fraktion hat hierzu gemäß Paragraph 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt. Frau Martens und Frau Thomas werden Sie daher gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie der Ausschussempfehlung folgen und den Senatsantrag aus Drucksache 18/6210 beschließen möchten, antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie ihn ablehnen wollen, mit Nein, und wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte mit Enthaltung.

Ich darf nun Frau Martens bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

- B Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich die Abstimmung für beendet.

Meine Damen und Herren! Das Abstimmungsergebnis wird nun ermittelt und Ihnen in wenigen Minuten mitgeteilt. Wir unterbrechen die Sitzung für wenige Minuten.

Unterbrechung: 20.43 Uhr

Wiederbeginn: 20.45 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe Ihnen das Abstimmungsergebnis bekannt.

Bei der Abstimmung über den Senatsantrag aus der Drucksache 18/6210 gab es 60 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen und keine Enthaltungen.

Damit ist der Senatsantrag aus der Drucksache 18/6210 in erster Lesung angenommen worden.

Stimmt der Senat der für morgen vorgesehenen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Dann wird die zweite Lesung in der morgigen Sitzung durchgeführt.

Wir kommen zur letzten Debatte des heutigen Tages, zum Tagesordnungspunkt 40, Drucksache 18/6484, Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz: Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern und Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit.

[Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz über die Drucksachen

18/5645: Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern (SPD-Antrag)

18/5693: Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern (GAL-Antrag zu der Drucksache 18/5645)

18/6215: Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit (CDU-Antrag)

- Drs. 18/6484 -]

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 18/6574, 18/6580 und 18/6581 Anträge der SPD-, der GAL- und der CDU-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit

- Drucksache 18/6574 -]

[Antrag der Fraktion der GAL: Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit

- Drucksache 18/6580 -]

Antrag der Fraktion der CDU: Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit

- Drs. 18/6581 -]

Wer wünscht das Wort? – Frau Bestmann.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Ich habe extra schon hilfreich angekündigt, dass es sich um die letzte Debatte des heutigen Tages handelt. Vielleicht spielen auch viele Emotionen mit, aber es wäre nett, wenn Sie der Rednerin zuhören würden. – Frau Bestmann, Sie haben das Wort.

Tanja Bestmann SPD:* Vielen Dank. Ich hoffe, dass diejenigen, die den Saal verlassen, jetzt nicht aus Protest "eine Rauchen" gegangen sind.

Spaß beiseite. Da es alle Fraktionen betrifft, kann man sich, glaube ich, solche Anmerkungen erlauben. Es kommt in diesem Hause wahrscheinlich nicht allzu häufig vor, dass die Opposition einen Antrag der Mehrheitsfraktion zur Debatte anmeldet, ihn höchstwahrscheinlich loben und für gut befinden und im Anschluss an unsere Beschlussfassung auch noch für eine gesellschaftliche Akzeptanz werben wird. Das liegt mit Sicherheit daran, dass das Thema Nichtraucherschutz in der Vergangenheit quer durch alle Fraktionen, bis hin zum Bundestag kontrovers diskutiert wurde.

Wenn wir an die Diskussionen vor einem halben Jahr denken und die Befürworter und Gegner einer gesetzlichen Regelung quasi interfraktionell aufgeteilt hätten, hätten wir wahrscheinlich die Sitzordnung in diesem Hause vollkommen neu zusammenstellen können.

Intensive Beratungen führen aber auch zu neuen Erkenntnissen und beeinflussen die Meinungsfindung in diesem Hause durchaus, was bei dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf und seiner Entstehung sehr gut nachvoll-

C

D

- A ziehbar und auch ein glückliches Stück Parlamentsgeschichte – wenn man das schon so sagen kann – ist.

Der Gesundheitsausschuss hat im September des vergangenen Jahres auf der Grundlage eines GAL-Antrags das erste Mal eine Expertenanhörung zum Thema Nichtraucherschutz durchgeführt. Es gab intensive Diskussionen zu unterschiedlichen Bereichen, es wurden neben medizinischen Fragen der Gesundheitsgefährdung durch das Passivrauchen auch die unterschiedlichen Möglichkeiten eines konsequenten Nichtraucherschutzes – von freiwilligen Selbstverpflichtungen bis hin zu gesetzlichen Regelungen – erörtert und unterschiedliche Schutzmöglichkeiten in Bezug auf verschiedene Personengruppen wie Arbeitnehmer und Kinder diskutiert. Wir hatten bei der Anhörung hochrangige Experten und wir alle haben die Diskussionen als sehr interessant empfunden und sie haben uns in unserer Meinungsbildung, die sich im Laufe der Beratungen entwickelt hat, stark unterstützt.

Das Ergebnis der Beratung war, dass ein konsequenter Nichtraucherschutz unterhalb einer gesetzlichen Ebene kaum zu erreichen ist. Aufgrund der durch das Passivrauchen verursachten erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen sind alle Fraktionen zu dem Ergebnis gekommen, dass hier eine gesetzliche Regelung geboten scheint. Es hat im Vorwege sehr unterschiedliche Auffassungen gegeben. Viele sagten, es muss möglich sein, nicht alles gesetzlich zu regeln. Aber wir haben gesehen, dass ein wirklich guter Nichtraucherschutz mit Selbstbindungen und gutem Zureden leider nicht durchführbar ist.

- B Die SPD-Fraktion hat daraufhin einen ersten Gesetzentwurf zum Nichtraucherschutz vorgelegt. Die CDU-Fraktion hat sich in diesem Bereich nicht lumpen lassen und im Mai dieses Jahres einen relativ lange angekündigten, jetzt aber vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht. Wir haben die unterschiedlichen Drucksachen – zwei Gesetzentwürfe und einen zusätzlichen Antrag der GAL-Fraktion – in einer weiteren Expertenanhörung im Gesundheitsausschuss noch einmal beraten. Übrig geblieben ist im Rahmen dieser Beratung der CDU-Antrag. Die anderen Fraktionen haben ihre Anträge zurückgezogen. Das erfolgte mit einem gewissen pragmatischen Realismus – das ist verständlich, wenn man die Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause kennt –, aber auch, weil der Gesetzentwurf sehr sauber ausgearbeitet ist und – auch wenn wir unterschiedliche Zusatzanträge gestellt haben – eine sehr gute Beratungsgrundlage darstellt.

Wenn dieses Gesetz in Kraft tritt, werden wir in Hamburg über einen sehr umfangreichen Nichtraucherschutz verfügen. Das Rauchen wird dann in öffentlichen Gebäuden, in Krankenhäusern, Schulen, Einkaufszentren und vielen anderen Gebäuden nicht mehr gestattet sein. Das allein wird kein großes Problem sein. In vielen Bereichen, die ich eben genannt habe, ist das Nichtrauchen schon Realität und in großen Teilen auch akzeptiert. Zurzeit erhitzen sich die Gemüter noch bei der Umsetzung des Nichtraucherschutzes in Restaurants und in Gaststätten. Wir Gesundheitspolitiker haben in der Vergangenheit sehr viele Mails und Zuschriften bekommen. Wir haben uns aber durchgerungen, denn auch die SPD-Fraktion war zuerst gespalten, ob ein gesetzliches Rauchverbot in Restaurants und Gaststätten notwendig ist. Auch bei der CDU-Fraktion hat es – Herr Krüger wird mit Sicherheit darauf eingehen – eine geänderte Meinungsfindung gegeben. Wir haben aber gesehen, dass das gesundheitliche Risiko sehr hoch ist. Jährlich sterben über 3300

C Menschen nur an den Folgen des Passivrauchens. Wir haben auch gesehen, dass freiwilligen Selbstverpflichtungen in der Gastronomie, sofern sie überhaupt eingegangen wurden, nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben. Das betraf ohnehin nur die DEHOGA-Mitglieder. Viele Gaststätten haben selbst das, was die DEHOGA angeboten hatte, nie für sich akzeptiert, sodass jetzt die Umsetzung im Prinzip gesetzlich geregelt werden sollte.

Selbstverständlich kann und will niemand das Rauchen komplett verbieten. Das ist logisch. Zigaretten sind Genussmittel – wir können als Gesundheitspolitiker natürlich auch Suchtmittel sagen –, die eine sehr lange Tradition haben. Jeder muss natürlich die Entscheidung, ob er rauchen möchte oder nicht, für sich persönlich treffen.

Der Gesetzentwurf sieht deswegen natürlich vor, dass die Möglichkeit besteht, Raucherräume zu schaffen und dort das Rauchen weiterhin zu ermöglichen. Nur eines soll es in Zukunft nicht mehr geben, dass die Raucher entscheiden, ob der Nichtraucher passiv rauchen muss. Das ist bisher die Regel. Jeder darf für sich persönlich entscheiden, aber jeder muss persönlich damit umgehen und darf den anderen nicht beeinträchtigen. Es ist sehr wichtig, dass man dieses Grundprinzip versteht und akzeptiert, um ein Nichtraucherschutzgesetz für sich persönlich annehmen zu können.

Wie bereits erwähnt, haben wir das Thema sehr sorgsam beraten. Unabhängig von der grundsätzlichen Zustimmung, die wir haben, haben wir natürlich noch einen Nachbesserungsbereich gesehen. Alle drei Fraktionen haben Zusatzanträge eingereicht. Wir sind der Meinung, dass ein Rauchverbot explizit im Rathaus bestehen sollte. Es gab Uneinigkeit, ob die jetzige Gesetzesformulierung auch das Rathaus betrifft. Wir meinen, wir Parlamentarier sollten so klug sein, dass wir uns selbst binden und im Rathaus nicht mehr rauchen, besonders nicht in den Aufgängen zur Besuchertribüne. Das würde in Zukunft ein schlechtes Bild auf dieses Haus werfen.

Des Weiteren sind wir der Meinung, dass es Gesetzeslücken im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs gibt. Auch Spielplätze sollten im Prinzip rauchfrei sein, weil hier die Gefahr einer Vergiftung besteht, wenn Kippen im Sand liegen und Kinder sie in den Mund nehmen.

Wir haben auch noch Änderungen im Bereich der Bußgeldregelungen vorgesehen. Ich habe gesehen, dass die CDU-Fraktion zu einer neuen Auffassung gekommen ist. Das halten wir für sehr wichtig. Sie hatte bei einem Verstoß gegen das Rauchverbot eine gebührenfreie Verwarnung vorgesehen. Das hätte bedeutet, dass jede erste Zigarette erst einmal umsonst geraucht werden kann, denn bei der ersten muss man kein Bußgeld zahlen, und die zweite verkneift man sich dann. Das fanden wir sehr unglücklich, aber Sie haben jetzt einen Ergänzungsantrag gestellt, der klarstellt, dass das im Prinzip nicht so sein kann.

Ich möchte noch einen Bereich ansprechen, der mir persönlich sehr am Herzen liegt und den wir auch in den Beratungen erörtert haben. Es ist die Frage, wie es Kindern im privaten Bereich ergeht. Wir sind zu der Auffassung gekommen, dass dieser gesetzlich nicht regelbar ist. Es hilft im Prinzip nur ein Appell an die Vernunft von Eltern, das Rauchen im häuslichen Bereich und auch im Kraftfahrzeug, wenn Kinder anwesend sind, zu unterlassen. Es gibt kein Gesetz, das regeln kann, dass man zu

- A Hause oder im Kraftfahrzeug nicht mehr rauchen darf, aber es ist natürlich selbstverständlich, dass man es nicht tun sollte, wenn Kinder anwesend sind.

Ich möchte eine Initiative der Gesundheitssenatorin begrüßen. Ich bin ein wenig traurig, dass die Gesundheitsbehörde bei dieser Debatte nicht vertreten ist. Trotzdem möchte ich die Initiative loben, die die Gesundheitssenatorin gemeinsam mit dem ADAC gestartet hat. Sie appellieren an Eltern, im Kraftfahrzeug nicht zu rauchen. Ich würde mich freuen, wenn die Presse morgen – sie ist jetzt nicht mehr im Hause vertreten, aber es gibt ja technische Möglichkeiten, dieser Debatte trotzdem zu folgen – nicht nur Artikel darüber bringt, wo man in Zukunft nicht mehr rauchen darf, sondern auch den Hinweis gibt, wo man nicht rauchen sollte, das heißt, in Anwesenheit von Kindern. Es würde diese Debatte etwas ausgewogener gestalten, wenn man in der Öffentlichkeit dafür wirbt. Andere Möglichkeiten haben wir nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und der GAL)

Ich kann schon fast sagen, danke für den Applaus, weil das eigentlich meine letzten Worte waren. Ich bin gespannt, wie die Debatte weiterhin verlaufen wird. Ich erwarte keine großen Überraschungen mehr, aber man weiß nie, was noch passiert. Ich denke, dass wir etwas Gutes auf den Weg bringen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Krüger.

- B **Harald Krüger** CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Bestmann hat es eben gesagt, wir stehen heute erneut vor diesem Thema, weil die freiwillige Selbstkontrolle, die eingegangen worden ist – unabhängig davon, ob alle gastronomischen Betriebe dort angeschlossen waren oder nicht – schlichtweg nicht eingehalten worden ist. Ich sage das deshalb zu Anfang, weil jeder von uns im Gesundheitsbereich sehr viele E-Mails bekommen hat. Die letzte haben wir am Freitagmorgen um 0.16 Uhr bekommen, weil es einen Spezialfall betraf. Es hätte der Gastronomie gut zu Gesicht gestanden, wenn sie dieses Problem selbst geregelt hätte, dann hätten wir es nicht gesetzlich regeln müssen.

Vor fünf Monaten, am 31. Januar 2007, habe ich hier vor zu schnellen und zu hektischen Lösungsversuchen bei dem Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens gewarnt. Die Zeit, die wir uns genommen haben, war gut investiert. Die CDU hat drei Monate später einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der so ausgewogen gewesen ist, dass er die Zustimmung aller Experten bekommen hat. Das ist bei einem solchen Thema sicherlich nicht ganz einfach. Ich habe im Januar bereits gesagt, es gibt weder SPD-Raucher noch CDU-Nichtraucher. Deswegen freue ich mich auch, dass sich alle drei Fraktionen auf den CDU-Entwurf geeinigt haben.

Der Name, der ein bisschen sperrig ist – "Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit" – ist Programm. Es geht um den Schutz vor ungewolltem Passivrauchen in der "gefühlten" Öffentlichkeit. Es ist kein Tabakkonsumverbotsgesetz. Das halte ich für sehr wichtig. Die Menschen müssen selbst entscheiden, was sie in ihren eigenen vier Wänden tun oder auch nicht tun. Aber es gibt in Hamburg eindeutig einen Paradigmenwechsel: Nichtrauchen wird in der

Öffentlichkeit in Zukunft der Normalfall sein und Rauchen die Ausnahme. C

Ich möchte an dieser Stelle etwas zur seinerzeitigen Hektik sagen. Meines Wissens sind wir das erste Parlament in Deutschland, das dieses Gesetz nicht einbringt, sondern tatsächlich verabschiedet hat. Hamburg setzt hier also ein Zeichen.

Gefühlte Öffentlichkeit bedeutet: Rauchen in Gaststätten einschließlich Diskotheken – das ist sehr wichtig – wird verboten sein. Ausnahmen sind spezielle, abgeschlossene Räume, die mit eigener Be- und Entlüftung versehen und entsprechend zu kennzeichnen sind. Aber wir haben Rauchverbot – das haben wir in beiden Anhörungen und im Ausschuss einvernehmlich festgestellt – konsequenterweise auf andere Bereiche ausgeweitet. Es geht um alle öffentlichen Gebäude, Verwaltungsgebäude, übrigens auch um dieses Rathaus. Von daher denke ich nicht, dass eine besondere Erwähnung erforderlich wird. Rauchen wird in öffentlichen Gebäuden nur noch dort erlaubt sein, wo spezielle Raucherräume eingerichtet werden.

Rauchen ist – das sollte für alle selbstverständlich sein –, in Krankenhäusern verboten. Ausnahmen sind nur da möglich, wo es aus therapeutischen oder aus menschlichen Gründen sinnvoll ist, davon abzusehen, zum Beispiel in der Palliativmedizin – man will sicherlich niemandem, der im Sterben liegt, in den letzten Lebenswochen das Rauchen abgewöhnen – oder im Maßregelvollzug, wo wir es sicherlich nicht wollen, dass jemand zum Rauchen vor die Tür geht.

Rauchen ist in Heimen verboten. Ausnahmen gibt es dort, wo Menschen in ihren eigenen Zimmern wohnen, also leben. Rauchen – auch das ist in Hamburg schon selbstverständlich – ist in Schulen, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen verboten. D

Rauchen wird in Hochschulen und Bildungseinrichtungen für Erwachsene verboten sein, in Theatern, Museen, Sporthallen, Schwimmbädern und so weiter. Und Rauchen ist verboten in allen Geschäften, in denen Lebensmittel oder Getränke zubereitet und verkauft werden. Wir wollen das natürlich aus Gründen der Wettbewerbssicherheit nicht nur in Einzelgeschäften haben, sondern auch in geschlossenen Einkaufszentren. Wir haben im Gesetz Festzelte ausgenommen, weil die Fluktuation in einem Festzeltbetrieb eine sinnvolle Kontrolle einfach nicht durchsetzbar macht und eine Durchsetzung unverhältnismäßig wäre.

Wir haben – damit gehe ich noch einmal auf die GAL-Presseinformation von heute ein – in Vereins- und Klübsheimen, die nicht öffentlich zugänglich sind, also nur Mitgliedern vorbehalten sind, die Entscheidung den Betreibern und den Vereinsmitgliedern – das ist wirklich privater Bereich – selber überlassen. Es geht nicht um jedes Vereins- und Klubheim, es geht um die nicht öffentlichen, nicht öffentlich zugänglichen Einrichtungen. Wir werden heute einen Zusatzantrag zu beschließen haben, der Ihnen vorliegt, was den Bereich der Polizei anbelangt, weil es sicherlich sinnvoll ist, dass in Arresträumen oder auch während der Vernehmung ein Täter beispielsweise nicht die Zeugenaussage unterbricht, um eine Zigarette zu rauchen, sondern dass ihm das gestattet wird.

Ganz kurz noch zu den Zusatzanträgen, von denen hier eben gesprochen wurde. Ambulante Gesundheitseinrichtungen, das sind zum Beispiel Arztpraxen, haben wir

- A bewusst nicht im Gesetz erwähnt, weil es zum einen sicherlich jedem Arzt überlassen ist, was er in seinen eigenen Räumen tut, und auf der anderen Seite habe ich noch niemals – Sie müssten mich eines Besseren belehren – eine Arztpraxis erlebt, in der im Behandlungsraum oder im Wartezimmer geraucht wird. Das gibt es nicht. Insofern, glaube ich, ist es nicht nötig.

Was den öffentlichen Personennahverkehr anbelangt, so haben wir es hier mit der konkurrierenden Gesetzgebung zu tun. Der Bund hat den Bereich des öffentlichen Nahverkehrs geregelt. Ausnahme ist in der Tat der Flughafen. Ich habe mich in den letzten Tagen noch einmal persönlich davon überzeugt, dass der Flughafen Vorrichtungen getroffen hat, dass an den 18 Rauchertischen, die es im Flughafen gibt, eine Atemluft herrscht, die sicherlich besser ist als in jedem anderen Bereich. 99 Prozent aller Partikel werden gefiltert. Hier ist eine Regelung nicht erforderlich.

Auch Spielplätze, Frau Bestmann, halte ich in der Tat vom Prinzip für genauso sinnvoll. Allerdings geht es hier um ein Gesetz, das vor den Gefahren des Passivrauchens schützen soll. Es passt einfach nicht in die Systematik dieses Gesetzes hinein, auch die Gefahren der Kippen mit zu regeln. Ich darf Sie beruhigen, alle sieben Hamburger Bezirke haben entweder das Rauchen – und die Bezirke sind für Spielplätze zuständig – auf Spielplätzen bereits verboten oder bereiten es entsprechend vor. Also, auch Rauchen auf Spielplätzen wird sicherlich im Laufe dieses Jahres der Vergangenheit angehören.

- B Dieses Gesetz soll in erster Linie Menschen motivieren Rücksicht zu nehmen und es soll zur Rücksichtnahme auffordern. Wir wollen aber keine Kriminalisierung, deshalb bleiben wir bei dem Bußgeldrahmen, den wir ursprünglich vorgesehen haben. Bußgelder von 1 000 oder gar 5 000 Euro für Rauchen halten wir einfach für unverhältnismäßig. Kein Gastronom möchte jeden Abend 500 Euro zahlen oder gar jeden Abend Kontrollen haben. Die Änderung, von der Sie gesprochen haben, ist eine sprachliche. Wir bleiben nach wie vor dabei, dass derjenige, der kontrolliert – der BOD, der Wirtschafts- und Ordnungsdienst, wer auch immer – bei der zufälligen Zigarette, die sich jemand gedankenverloren in der Gaststätte anzündet, nicht gleich mit der Gebührenkeule kommt, sondern in der Erwartung ermahnt, dass dann die Zigarette ausgemacht wird. Wer sich dem hartnäckig widersetzt, muss eben ins Portemonnaie greifen. Das, finde ich, ist auch in Ordnung. Insofern ist es eine sprachliche Richtigstellung dessen, was wir von Anfang an wollten.

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft, damit insbesondere die Gastronomen genügend Zeit haben sich umzustellen. Das ist eine Konzession, die wir an Gastwirte gemacht haben in der Erwartung, dass das dann auch konsequent umgesetzt wird.

Rauchfreiheit ist in vielen anderen Ländern gelungen. Ich habe mich gerade vor ein paar Wochen wieder in Lettland davon überzeugt – ein Land, in dem traditionell sehr viel geraucht wird und wo es seit wenigen Monaten ein sehr stringentes Rauchverbotgesetz gibt, durch das tatsächlich in jeder Diskothek, in jeder Kneipe und in jedem Speiselokal mit Ausnahme von Raucherzimmern nicht mehr geraucht wird. Es funktioniert auch in solch einem Land. Deshalb bin ich ganz sicher: Auch in Hamburg wird das Nichtrauchen in der Öffentlichkeit in wenigen Monaten Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL) C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Husen.

Katja Husen GAL: Ja, ich kann mir vorstellen, dass ich nicht die Einzige bin, die nach Hause möchte. Von daher werde ich Sie jetzt nicht mit Argumentationen und Rückblicken belästigen, die meine Vorredner und Vorrednerinnen dankenswerterweise schon sehr ausführlich gebracht haben. Ihr Gesetzentwurf ist gut. Wir werden ihm zustimmen. Er könnte besser sein, wenn Sie unserem Zusatzantrag zustimmen. Ich finde auch, dass er besser sein könnte, wenn Sie auch dem zweiten Punkt des SPD-Zusatzantrags zustimmen würden.

Ich möchte zu einigen Punkten kurz noch etwas sagen. Ich teile nicht die Auffassung, dass der Flughafen ausgenommen werden sollte, weil er technischen Nichtraucherschutz praktiziert. Wir geben diese Möglichkeit, technischen Nichtraucherschutz zu praktizieren, aus gutem Grund auch anderen Einrichtungen nicht, da wir an technischen Nichtraucherschutz nicht glauben. Das schien mir jedenfalls Konsens im Ausschuss gewesen zu sein. Von daher wundert mich ein wenig, warum der Flughafen mit modernen Abluftanlagen arbeiten darf, mit denen andere nicht arbeiten dürfen. Außerdem: Weil Sie dem Flughafen unbedingt dieses Privileg sichern wollen, nehmen Sie jetzt die Passagierterminals der Häfen, die vergleichbare Regelungen nicht haben, auch nicht mit hinein. Das finde ich wirklich inkonsequent.

Etwas Ähnliches gilt für den Wunsch der SPD, das Rathaus mit hineinzunehmen. Selbst der Senat hat zugegeben, dass in der jetzigen Lesart unklar ist, ob das Rathaus unter das Gesetz fällt oder nicht. Ich würde sehr darum bitten, dass das Rathaus vielleicht auch nicht erst zum 1. Januar 2008, sondern schon etwas früher konsequent rauchfrei wird. Da kann man sicherlich mit gutem Beispiel vorangehen und damit in der Gesellschaft auch für ein bisschen mehr Verständnis für dieses Gesetz werben, als wenn man sich selber sozusagen auch erst zum Jagen tragen lässt. D

(Beifall bei allen Fraktionen)

– Ich habe es gesehen, da haben gerade die Nichtraucher und Nichtraucherinnen geklatscht.

Wirklich ganz inständig bitten möchte ich Sie eigentlich, doch den Spielplätzen zuzustimmen. Ich finde auch, dass das Argument, das von Herrn Krüger und auch im Gesundheitsausschuss schon gebracht worden ist, dass es in irgendeiner Form nicht ins Gesetz passen würde, nicht trägt. Ich möchte Ihnen noch einmal etwas vorlesen. Ich habe das im Gesundheitsausschuss schon gemacht, aber ich möchte es hier einfach noch einmal für das ganze Haus tun. Sie haben in Paragraph 2 Absatz 5 darauf hingewiesen:

"In den Fällen ..."

Kita und Schule – Ich kürze das jetzt einmal ab.

"... erstreckt sich das Rauchverbot auch auf das Gelände, auf welchem sich die Gebäude befinden, sowie auch auf alle schulischen Veranstaltungen und alle Kinder- und Jugendveranstaltungen außerhalb der Gebäude."

- A Das bedeutet: Wenn die Kita-Gruppe mit ihren Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern zum Spielplatz geht, dann dürfen die Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern nicht rauchen, und zwar aus Passivrauchschutzgründen. Die Eltern, die daneben stehen, dürfen ihre Kleinen allerdings bequazzen. Ich finde das ehrlich gesagt kein besonders gutes Signal.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich finde, man hätte Spielplätze ohne Schmerz aufnehmen können, egal ob die Bezirke es regeln oder nicht. Ich finde, die Signalwirkung, wenn wir es im Landesgesetz haben, ist de facto die größere. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass es bei Ihnen Leute gibt, die sagen: "Aber auf Spielplätzen möchte ich eigentlich gerne rauchen." Denn auch da sind wir uns, glaube ich, einig – Frau Bestmann hatte das gerade schon angesprochen – dieses Gesetz ist natürlich ein erster Schritt hin zu einer Verhaltensänderung. Aber diese Verhaltensänderung muss natürlich auch über den Rahmen dessen, was gesetzlich regelbar ist, hinausgehen.

Es muss ganz klar weiter Aufklärung bei Schwangeren, bei Menschen, die mit Schwangeren leben und bei Menschen, die mit Kindern leben, geben, dass gerade Schwangere und Kinder von Passivrauch besonders gefährdet sind und dass deshalb natürlich wünschenswert ist, dass möglichst alle Kinder in Hamburg auch im häuslichen Umfeld rauchfrei aufwachsen. Ich bin ganz der Meinung von Frau Bestmann und, ich denke, auch von Ihnen, Herr Krüger, dass sich das dem gesetzlichen Einflussbereich entzieht, weil es eben auch die Wohnung als unantastbaren Raum und das Erziehungsrecht der Eltern gibt, aber dass es unser aller Interesse sein müsste, Kinder, soweit es geht, vor Passivrauch zu schützen. Deshalb ist es wirklich wichtig, dass Spielplätze mit hineinkommen.

Eine letzte Sache: Wir haben es in unserem Zusatzantrag schon nicht mehr drin, weil ich wusste, dass es nicht durchkommt. Ich persönlich finde immer noch, dass der Einzelhandel eigentlich auch gerne unter das Nichtraucherschutzgesetz hätte fallen dürfen, weil ich finde, dass es ehrlich gesagt auch nicht gerade ein Ausdruck von wirtschaftlicher Freiheit oder Ähnlichem ist, bei einem Frisör oder in einer Videothek bequalmt zu werden. Aber sei es drum.

Abschließend: Dem SPD-Antrag werden wir in Punkt 2 zustimmen, weil wir die Ergänzungen, die dort stehen, absolut richtig finden. Bei den anderen Sachen sind wir nicht ganz Ihrer Meinung. – Dem CDU-Antrag werden wir bei Punkt 1 zustimmen. Wir finden immer noch, dass wir in Bezug auf die Bußgelder die beste, weil weitestgehende, Formulierung haben. Wir freuen uns aber, dass Sie sich immerhin beraten lassen, dass ein Raucherregister vielleicht ein bisschen zu hoch gegriffen ist, um Raucherinnen und Raucher im Wiederholungsfall belangen zu können. Wir freuen uns sehr, dass 13 Monate – ziemlich genau 13 Monate –, nachdem wir den ersten Antrag zu dem Thema eingebracht haben, jetzt ein Gesetz dazu hoffentlich einstimmig verabschiedet wird und es eben 19 Monate nach der Antragseinbringung sogar zur Umsetzung des Gesetzes kommt. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Böttger.

Olaf Böttger CDU:* Ich weiß ja, dass der eine oder andere ungeduldig ist. Nichts desto trotz, erlauben Sie mir

(Michael Neumann SPD: Nein!)

nach etlichen Monaten des Kampfes für den Nichtraucherschutz doch noch eine kurze persönliche Erklärung. Ich bin sehr glücklich, dass wir heute so weit gekommen sind, dass wir einvernehmlich einen Entwurf verabschieden, für den wir ursprünglich mit einigen wenigen begonnen haben zu kämpfen und mittlerweile eine Mehrheit dieses Parlaments erfasst haben. Es zeigt, dass Fraktionen auch ohne interfraktionell offizielle Aktivitäten doch gut zusammenarbeiten können.

Eine kurze Anmerkung noch: Es ging nicht vor 13 Monaten los. Es ging schon vor weit über zwei Jahren los. Den einen oder anderen haben wir noch zum Jagen getragen, das muss ich noch einmal ganz stolz anmerken. – Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum SPD-Antrag aus Drucksache 18/6574. Diesen möchte die GAL-Fraktion ziffernweise abstimmen lassen. Wer Ziffer 1 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer sich Ziffer 2.1 anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 2.1 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 2.2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 2.2 ist auch mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 3 annimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 3 ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 4 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 4 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum GAL-Antrag aus Drucksache 18/6580. Diesen möchte die SPD-Fraktion ziffernweise abstimmen lassen. Wer Ziffer 1.1 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 1.1 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer sich Ziffer 1.2 anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 1.2 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 1.3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 1.3 ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 2.1 annimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 2.2 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nun kommen wir zum CDU-Antrag aus der Drucksache 18/6581. Auch hierzu liegt ein Antrag auf ziffernweise Abstimmung vor, und zwar von der GAL-Fraktion. Wer Ziffer 1 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

A chen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist einstimmig angenommen.

Wer Ziffer 2.1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wer sich Ziffer 2.2 anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 2.2 ist auch mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen schließlich zum Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz aus Drucksache 18/6484. Von Ziffer 1 der Ausschussempfehlung hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wer nun Ziffer 2 der Ausschussempfehlung folgen und das Hamburgische Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit aus Drucksache 18/6215 mit der vom Ausschuss empfohlenen Änderung und den soeben beschlossenen Änderungen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht. Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe.
– Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

B

Wir kommen zum Punkt 61 der Tagesordnung, dem Antrag der CDU-Fraktion: Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010", hier: Klimaschutz macht Schule.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010"
hier: Klimaschutz macht Schule
- Drs. 18/6511 -]**

Diese Debatte ist einvernehmlich gestrichen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer einer Überweisung der Drucksache 18/6511 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Umweltausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer dem CDU-Antrag aus der Drucksache 18/6511 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 14, der Senatsmitteilung: Krankenhausinvestitionsmittel – Sechster Bericht –.

**[Senatsmitteilung:
Krankenhausinvestitionsmittel
– Sechster Bericht –
- Drs. 18/6270 -]**

Auch diese Debatte ist einvernehmlich gestrichen worden. Wir kommen sofort zur Abstimmung. Wer einer Überweisung der Drucksache 18/6270 an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

C

Wir kommen zu Punkt 34 a der heutigen Tagesordnung, dem Bericht des Haushaltsausschusses zur Ertüchtigung und Weiterentwicklung der Hafenbahn.

**[Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksache 18/6208:
Ertüchtigung und Weiterentwicklung
der Hafenbahn
(Senatsantrag)
- Drs. 18/6549 -]**

Auch diese Debatte ist einvernehmlich gestrichen worden. Wir kommen sofort zur Abstimmung. Wer der Empfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei mehreren Enthaltungen beschlossen. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht. Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe.
– Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

D

Wir sind am Ende der Tagesordnung. – Danke.

Schluss: 21:17 Uhr.

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren die Abgeordneten Dr. Natalie Hochheim, Lutz Kretschmann-Johannsen, Dr. Heike Opitz und Silke Vogt-Deppe nicht anwesend

Anlage**Zu Punkt 34 b**

(siehe Seite 4474)

Namentliche Abstimmung**über den Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/6210:****Teilbörsengang der Hamburger Hafen- und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)****(Senatsantrag)****- Drs. 18/6550 -**

<u>Name</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>	<u>Name</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>
Ahrns, Barbara	Ja	Frank, Günter	Nein
Bestmann, Tanja	Nein	Frankenberg, Egbert von	Ja
Beuß, Wolfgang	Ja	Freistedt, Marino	Ja
Bliebenich, Bettina	Ja	Frommann, Jörn	Ja
Blömeke, Christiane	Nein	Fuchs, Michael	Ja
Boeddinghaus, Sabine	Nein	Gienow, Hanna	Ja
Böttcher, Niels	Ja	Goldberg, Thies	Ja
Böttger, Olaf	Ja	Grapengeter, Jens	Ja
Böwer, Thomas	Nein	Gregersen, Martina	Nein
Brinkmann, Petra	Nein	Grund, Uwe	Nein
Brüning, Prof. Dr. Barbara	Nein	Hamann, Jörg	Ja
Buss, Wilfried	Nein	Harlinghausen, Rolf	Ja
Capeletti, Bernd	Ja	Hecht, Heiko	Ja
Claußen, Bruno	Ja	Heinemann, Robert	Ja
Cords, Ingrid	Nein	Heintze, Roland	Ja
Dees, Hans-Christoff	Nein	Hesse, Klaus-Peter	Ja
Dietrich, Lars	Ja	Hilgers, Dr. Andrea	Nein
Dobritz, Werner	Nein	Hoth, Dietrich	Ja
Dräger, Gesine	Nein	Husen, Katja	Nein
Dressel, Dr. Andreas	Nein	Jäger, Dr. Manfred	Ja
Duden, Barbara	Nein	Jensen, Hans Heinrich	Ja
Eggers, Karin	Ja	Jürs, Vera Antonia	Ja
Egloff, Ingo	Nein	Kerstan, Jens	Nein
Ehlers, Inge	Ja	Kienscherf, Dirk	Nein
Engels, Hartmut	Ja	Kleibauer, Thilo	Ja
Ernst, Britta	Nein	Klooß, Rolf-Dieter	Nein
Fiedler, Luisa	Nein	Köncke, Gudrun	Nein
Finck, Henning	Ja	Koop, Karen	Ja
Fischer, Lydia	Ja	Kraxner, Stefan	
		Der Abgeordnete hat erklärt, nicht an der Abstimmung teilnehmen zu wollen.	

Name	Abstimmungsergebnis	Name	Abstimmungsergebnis
Krüger, Harald	Ja	Schulz, Rüdiger	Nein
Kruse, Rüdiger	Ja	Spethmann, Viviane	Ja
Lafrenz, Hans	Ja	Stapelfeldt, Dr. Dorothee	Nein
Langhein, Dr. A. W. Heinrich	Ja	Steffen, Dr. Till	Nein
Lappe, Dr. Verena	Nein	Stehr, Dr. Diethelm	Ja
Lein, Gerhard	Nein	Strasburger, Stefanie	Ja
Lemke, Dittmar	Ja	Thomas, Elke	Ja
Lieven, Claudius	Nein	Timmermann, Karin	Nein
Lühmann, Jörg	Nein	Trepoll, André	Ja
Maaß, Christian	Nein	Veit, Carola	Nein
Machaczek-Stuth, Bettina	Ja	Voet van Vormizeele, Kai	Ja
Maier, Dr. Willfried	Nein	Wankum, Andreas C.	Ja
Mandel, Doris	Nein	Warnholz, Karl-Heinz	Ja
Martens, Brigitta	Ja	Wersich, Ekkehart	Ja
Marx, Wolfgang	Nein	Winter, Herbert	Ja
Mattner, Dr. Andreas	Ja	Zuckerer, Walter	
Meyer-Kainer, Marita	Ja	Der Abgeordnete hat erklärt, nicht an der Abstimmung teilnehmen zu wollen.	
Möller, Antje	Nein		
Müller, Farid	Nein		
Müller-Kallweit, Wolfgang	Ja		
Neumann, Michael	Nein		
Niedmers, Ralf	Ja		
Ohlsen, Olaf	Ja		
Özoguz, Aydan	Nein		
Petersen, Dr. Mathias	Nein		
Ploog, Wolfhard	Ja		
Pumm, Erhard	Nein		
Quast, Jan	Nein		
Reinert, Bernd	Ja		
Riecken, Jan Peter	Nein		
Rogalski-Beeck, Karin	Nein		
Roock, Hans-Detlef	Ja		
Rosenfeldt, Jenspeter	Nein		
Rusche, Dietrich	Ja		
Sardina, Alexander-Martin	Ja		
Sarrazin, Manuel	Nein		
Schaal, Dr. Monika	Nein		
Schäfer, Dr. Martin	Nein		
Schira, Frank-Thorsten	Ja		
Schmidt, Jürgen	Nein		